

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Jakob Schissler/Christian Tuschhoff

Kognitive Schemata: Zur Bedeutung  
neuerer sozialpsychologischer Forschungen  
für die Politikwissenschaft

Eva Senghaas-Knobloch

Zur politischen Psychologie internationaler Politik

Udo Margedant

Feindbilder sozialistischer Erziehung in der DDR

Jürgen Liminski

Desinformation – Ein Relikt des Kalten Krieges?

B 52–53/88

23. Dezember 1988

Jakob Schissler, Dr. phil., geb. 1940; Studium der Politikwissenschaft, Germanistik und Philosophie in Frankfurt/M.; Wissenschaftlicher Mitarbeiter in Osnabrück, München, Frankfurt und Berlin; Postdoctoral Fellowship an der University of California/Berkeley.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit Dirk Berg-Schlosser) Politische Kultur in Deutschland, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 18/1987.

Christian Tuschhoff, Dr. phil. des., M. A., geb. 1955; Studium der Politikwissenschaft, Kommunikationswissenschaften und des öffentlichen Rechts in München und Berlin; Forschungsaufenthalt an der Harvard University; wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Einstellungsprofil und Perzeption der Sowjetunion, in: Helga Haftendorn/Jakob Schissler (Hrsg.), Rekonstruktion amerikanischer Stärke. Die Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik der USA während der Reagan-Administration, Berlin-New York 1988, S. 119–139; (zus. mit Jakob Schissler) Die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik unter Ronald Reagan, in: Beiträge zur Konfliktforschung, (1988) 3, S. 5–33.

Eva Senghaas-Knobloch, Dr. phil., geb. 1942, Privatdozentin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung, Universität Bremen.

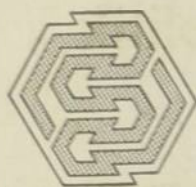
Veröffentlichungen u. a.: Frieden durch Integration und Assoziation, Stuttgart 1969; Konfliktforschung konkret, Waldkirch 1980; (Hrsg. zus. mit Klaus Horn) Friedensbewegung. Persönliches und Politisches, Frankfurt a. M. 1983; Aufsätze zu Problemen des Geschlechterverhältnisses in Gesellschaft und Politik, der Technikentwicklung und -verantwortung, internationaler Konflikte und Kooperationsformen.

Udo Margedant, Dr. phil., geb. 1942; Studium der Geschichte, Politischen Wissenschaft und Philosophie; 1981 Habilitation in Sozialwissenschaften; Privatdozent an der Universität/Gesamthochschule Wuppertal; seit 1982 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Veröffentlichungen zur politischen Ideen- und Zeitgeschichte, zur Umweltpolitik und im Bereich der Schulbuchforschung: Entwicklung des Umweltbewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 29/87; Deutsche Geschichte nach 1945, in: Manfred Hättich u. a., Die politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in Politik- und Geschichtsbüchern, Melle 1985.

Jürgen Liminski, geb. 1950, Diplom-Journalist und Diplom-Politologe; seit 1974 Tätigkeit als Journalist bei Dernieres Nouvelles d'Alsace, Rheinischer Merkur und DIE WELT; seit Juli 1988 freier Publizist für deutsche und ausländische Publikationen, Lehrauftrag an der Brüsseler Journalistenschule für Postgraduierte European Media Studies.

Zahlreiche Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und Sammelbänden im In- und Ausland.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann, Ralph Angermund, Dr. Heinz Ulrich Brinkmann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 39, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1984, 1985, 1986 und 1987 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

# Kognitive Schemata: Zur Bedeutung neuerer sozialpsychologischer Forschungen für die Politikwissenschaft

## I. Einleitung

In „Geschichte und Klassenbewußtsein“ erwähnt der ungarische Marxist Georg Lukacs ein Gleichnis, das das Verhältnis der Wissenschaften zu ihrem Fundament widerspiegelt: Brahmanen, die über Jahrhunderte geglaubt hatten, daß die Erde von einem großen Elefanten getragen würde, fragten eines Tages beunruhigt den Oberbrahmanen, worauf denn der Elefant stehen würde. Der Oberbrahmane antwortete: auf einer Riesenschildkröte. Daraufhin, so Georg Lukacs, gingen die Brahmanen beruhigt wieder an ihre Tätigkeit.

Seit den Zeiten der kosmologisch orientierten Brahmanen hat sich wenig geändert an den Wissenschaften. Letzte Annahmen, auf denen ganze Wissenssysteme basieren, sind oft trivial und werden eines Tages hinterfragt und neu fundiert. Daß freilich solche neuen Fundierungen immer nur „Schildkröten“ sein werden, bleibt eine beunruhigende Möglichkeit, kann aber von Zeitgenossen nie genau bestätigt werden, gehören wir als Zeitgenossen doch zu jenen „Brahmanen“, die von den neuen Antworten befriedigt wieder an ihre Arbeit gehen.

Wir nennen solche Perioden, in denen kritisch nach den Grundlagen einer Wissenschaft gefragt wird und neue Antworten versucht werden, häufig „wissenschaftliche Revolutionen“. Den großen Revolutionen, wie sie sich aufgrund der Newtonschen Physik ergaben, sind viele kleine gefolgt. Der Begriff „Wissenschaftsrevolution“ mag dadurch manchmal inflationär gebraucht werden, jedoch bringt es die Überraschung des Neuen oft mit sich, daß der Bruch zu bisherigen Wissensbeständen derart dramatisiert wird.

Wir wollen im folgenden von einer vielleicht nur kleinen Wissenschaftsrevolution berichten, die jedoch in bestimmten Sparten der Politikwissenschaft ihre Spuren hinterlassen hat und diese in den kommenden Jahren wahrscheinlich noch mehr verdeutlichen wird. Es geht dabei um eine neue Sichtweise, wie man die Rangordnung von abstrakten und spezifischen Elementen im Denken von Individuen neu

bestimmt und damit viele Probleme der Politik auch neu sehen und interpretieren wird. Nur beispielhaft steht dafür der Ideologiebegriff. War es bisher üblich, eine Rangordnung von obersten Werten, über deren weltanschauliche Verfestigung als Ideologie bis hinunter zu den jeweiligen politischen Einstellungen und Meinungen zu verfolgen und damit von einer Hierarchie der Wert- und Sachorientierungen auszugehen, so ergaben sich im letzten Jahrzehnt viele Zweifel an diesem Denkmodell. Heute vermutet man viel eher eine Parallelisierung unterschiedlicher Abstraktionsgrade im Denken nach Maßgabe jeweiliger Notwendigkeiten für das Erkennen. Dies wird im folgenden verdeutlicht werden.

Sollte der neue Ansatz, der Denkopoperationen nicht in hierarchisch klar gegliederter Weise anordnet, sondern diese differenziert und diffundiert, jedoch unter Bedingungen fein abgestimmter Steuerungsleistungen ansetzt, sich als erklärungskräftig erweisen, dann hätte dies auch eine Kritik des aufklärerisch-rationalistischen Denkens zur Folge, das uns in den beiden letzten Jahrhunderten dem Descartschen Diktum unterworfen hatte, daß „wahr“ nur das sei, was „klar und distinkt“ ist. Das neue Wissen baut viel stärker darauf, daß intellektuelle Fähigkeiten und spontanes Alltags- und Erfahrungswissen zusammenwirken müssen, um menschliche Umweltorientierung zu ermöglichen. Dies hat Folgen für die wissenschaftlichen Erklärungen. Die bisherigen „kopflastigen“ Denkbilder über kognitive Orientierungen müßten aufgegeben werden zugunsten einer Mischung von „Kopf- und Fußleistungen“.

Die kleine Revolution, von der wir sprechen, und die sich unter Umständen als eine große erweisen könnte, findet statt im Bereich der kognitiven Psychologie in Verbindung mit der Informationswissenschaft und besonders mit dem Feld der „Künstlichen-Intelligenz“-Forschung. Das zentrale Weltbild, um das es dabei geht, ist das sogenannte „kognitive Schema“, das sich als neues Wissenschaftsparadigma herausbildet.

## II. Das Paradigma „Kognitives Schema“

Im Unterschied zur allgemeinen Psychologie, in der sich nach dem Krieg immer mehr behaviouristische Sichtweisen und Forschungsansätze durchgesetzt haben, blieben Teile der Sozialpsychologie dem Kognitionsansatz verhaftet. Dieser geht davon aus, daß Wahrnehmungen in der Umwelt und verhaltensbestimmende Dispositionen nicht einfach kausal determiniert, sondern aufgrund der Kontextabhängigkeit dieser Orientierungen sinnhaft strukturiert seien. Das setzt eine irgendwie geartete Traditionslinie zu jenen Theoretikern vor allem deutscher Provenienz voraus, die im 19. und 20. Jahrhundert als Vertreter der „ganzheitlichen“ Psychologie bekannt wurden<sup>1)</sup>. Die Forschungsergebnisse dieser Richtung wurden schließlich in den dreißiger Jahren und danach von dem deutschen Emigranten Kurt Lewin in den USA systematisiert. Lewin selbst war der Erfinder der „Feldtheorie“, einer Präzisierung des ganzheitlichen Ansatzes, wodurch der Zusammenhang bestimmter Orientierungen mit anderen in einem Beziehungsmuster, genannt Feld, verdeutlicht werden konnte.

Nach dem Kriege waren es dann Ansätze wie die von der „kognitiven Dissonanz“<sup>2)</sup> oder der „kognitiven Balance“<sup>3)</sup>, die dem Ansatz der „spekulativen“ Kognitionspsychologie weiterhin Beachtung verschafften. Insbesondere war es aber vor allem die Sozialpsychologie, die darauf verweisen konnte, daß es ohne die Beziehung von Individuum und Sozialem keine Sozialpsychologie geben konnte, die diesen Namen verdiente. In der auf Individuen bezogenen Psychologie wurden die großen Forschungsleistungen durch Beobachtungen, Experimente, Gehirnforschungen u. ä. mit Hilfe der methodisch auf Exaktheit gebrachten diversen verhaltenstheoretischen Fachrichtungen weitergeführt. An der Sozialpsychologie blieb verständlicherweise der Vorwurf des „Spekulativen“ haften, weil viele ihrer Resultate nicht ähnlich exakt überprüft werden konnten, wie die in der Verhaltenspsychologie; vielmehr blieb immer ein Spielraum für das „Interpretative“ übrig.

Es gibt jedoch eine Möglichkeit, wie man das „Spekulative“ vor dem Ruf der Unseriösität und Beliebigkeit retten kann. Das ist dann nämlich der Fall, wenn es gelingt, das Verhältnis „allgemeiner Strukturen“ und „empirischer Daten“ durch hermeneutische Interpretation in einen Zusammenhang zu bringen, aus dem heraus in mehr oder minder kontrollierter Weise Ergebnisse entstehen, die sodann wieder der empirischen Analyse ausgesetzt werden

können oder die als solche unter bestimmten Bedingungen „wirken“. Einer der Durchbrüche kam hier in der „Atomphysik“ zustande, wo empirische Forschungen und Modellbildungen von Niels Bohr zusammenwirkten, um das Ergebnis der Kernfusion zu zeitigen.

Eine ähnlich brisante Situation ergab sich, als Ende der sechziger Jahre „kognitive Psychologie“ und künstliche Intelligenzforschung sich aufeinander zubewegten und sich gegenseitig in der Modellbildung und der Interpretation von Daten befruchteten. „Nur spekulative“ Resultate aus der Kognitionspsychologie können nämlich dann „verifiziert“ werden, wenn sie sich in der Computerprogrammstrukturierung als hilfreich erweisen. Diese Symbiose wurde Ende der siebziger Jahre in den USA im sogenannten „Yale-Projekt“<sup>4)</sup> ins Auge gefaßt und hat seitdem eine gewisse Popularität und ein erneutes Prestige der Kognitionspsychologie bewirkt. Insbesondere waren es die Professoren Robert P. Abelson (Kognitionspsychologie) und Roger Schank (Artificial Intelligence [AI]), die den programmatischen Ansatz ins Leben riefen und die nunmehr nach gut zehn Jahren Forschung einigermaßen selbstbewußt auf das Erbrachte zurückblicken<sup>5)</sup>. Auch wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß dieses Selbstbewußtsein nicht unberechtigt ist.

Der Schema-Ansatz geht zurück bis in die zwanziger Jahre, doch erst im letzten Jahrzehnt wurde der Ansatz wissenschaftlich wirklich genutzt. Der Begriff „Kognitives Schema“, oder wie Abelson heute wieder verallgemeinernd sagt „Wissensstrukturen“ (Knowledge Structures), besagt, daß kognitive Orientierungen am ehesten als eine Mischung von allgemeinen und spezifischen Eigenschaften verstanden werden können, die nach bestimmten Ordnungsbeziehungen strukturiert sind. Nimmt man die Sprachlichkeit dieser Orientierungen noch mit hinzu, dann ergeben sich inhaltlich variable Denkbilder. Um es an einem Beispiel von Abelson zu verdeutlichen: Wir hören eine Geschichte: „Die Piraten ergriffen ihr Opfer, verbanden ihm die Augen und schleiften es die Treppe hinunter.“ Wir sind im Bilde. Worum es bei der Beschreibung anscheinend geht, läßt sich in unserem Bewußtsein nach dem Schema: „Grausame Piraten“ ordnen. Dieses Schema, aufgrund vorhergehenden Lernens, sprachlich vermittelter Symbole u. ä., ordnet mehr oder minder klar die Elemente, die unter dem Denkbild „Grausame Piraten“ zu fassen sind. Jedoch, die Geschichte geht weiter: „Dann brachten sie die Frau mit den verbundenen Augen in den Saal, wo der Maskenball stattfand.“ Wir ändern natürlich sofort unser Denkbild, und aus dem Schema: „Grausame Piraten“ wird das Schema

1) Zur Geschichte vgl. Susan T. Fiske/Shelley E. Taylor, *Social Cognition*, London-Amsterdam-Don Mills-Sydney, 1984; Willam J. McGuire, *The Development of Theory in Social Psychology*, in: Robin Gilmore/Steve Duck (Eds.), *The Development of Social Psychology*, London-New York-Toronto-Sydney-San Francisco 1980, S. 53-80.

2) Vgl. Leo Festinger, *A Theory of Cognitive Dissonance*, Stanford 1957.

3) Vgl. F. Heider, *The Psychology of Interpersonal Relations*, New York 1958.

4) Vgl. Roger C. Schank/Robert P. Abelson, *Scripts, Plans, Goals, and Understanding*, Hillsdale 1977.

5) Vgl. James A. Galambos/Robert P. Abelson/John B. Black (Eds.), *Knowledge Structures*, Hillsdale 1986.

„Verkleidete auf dem Maskenball“. Diese Flexibilität der Modifizierung bereitet uns, wie hier im Beispiel, kaum Schwierigkeiten, weil die eingehenden Informationen deutliche Ordnungsbildungen erlauben. Dies ist freilich nicht immer so. Was die Kognitionspsychologen an dieser Schemabildung für wichtig halten, ist ein doppelter Vorgang: Während wir die Erkenntnis des Bildes von den „Grausamen Piraten“ gleichsam aus unserem Kopfe abrufen konnten, also aus dem, was wir ohnehin schon wußten, mußten wir bei der Modifikation der Struktur einen Moment warten, um empirische Details aufzunehmen, die uns dann schlagartig klarmachten, daß es sich um eine Maskerade handelt. Diese Modifikation oder Korrektur erfolgte gleichsam „von unten“.

Piaget<sup>6)</sup>, der in den zwanziger Jahren sich den Denkvorgang schon ähnlich konzipiert hatte und der damit der Erfinder der Schemaforschung genannt werden kann, erklärte den Vorgang als Assimilation von neuen Informationen zu alten Schemata und von Anpassung (accomodation) von alten Schemata an neue Information. Dieser Vorgang der Doppelung in der Erkenntnis ist von zentraler Bedeutung, denn nur er verdeutlicht, daß Kognition ein *aktiver und dynamischer Prozeß* ist, in dem Veränderungen geringster Art ganz große Wirkungen zeitigen. Ein Individuum konstruiert und rekonstruiert seine subjektiv wahrgenommene Realität anhand seines Gedächtnisses einerseits und neuer Informationen, die es erhält, andererseits. Damit ist er nicht passiver Konsument, sondern aktiver Teilnehmer, Benutzer und Gestalter in sozialen Prozessen<sup>7)</sup>.

Der Prozeß und die Verifikation der Schemabildung nach Abelson wird durch vier Stufen bedingt: einmal muß, wie vorhin gesagt, die Informationsverarbeitung nach dem Muster „Top-down“ (von oben nach unten) und „Bottom-up“ (von unten nach oben) ablaufen. Dabei handelt es sich aber nicht um gleichwertige Wissens Elemente. Während die Top-down-Elemente außerhalb des „Textes“ liegen, arbeiten sich die Bottom-up-Elemente innerhalb des Textes zu höheren Abstraktionsgraden vor (aus „Piraten schleppen“ — „Frau/verbundene Augen“ — „Saal“ entsteht „Maskenball“). Zweitens muß sichergestellt sein, daß die partikularen Schemata ihre Wirkung in spezifischen Kontexten entfalten, um damit der starren Abstraktion zu entgehen, die jeder Modellbildung anhaftet und die die Künstliche-Intelligenz-Forschung bislang zum Scheitern verurteilte. Eine dritte, sehr schwer verständliche Forderung besagt, daß Schemata „funktionale Flexibilität“ aufweisen müssen. Dies besagt: „Both words are operative. The ‘functional’ part says that knowledge structures do something. They aid comprehension, they organize memory, they guide learning and abstraction, and so on. The ‘flexibility’ says that knowledge structures and the

processes that use them can be combined efficiently to serve multiple purposes.”<sup>8)</sup>

Die vierte Stufe beinhaltet den wichtigen Test durch AI-Simulation; denn was immer von den Kognitionspsychologen an Begriffen und Metaphern angeführt wird, es muß soweit umgesetzt werden können, daß die Computerprogramme „laufen“. Vielfältige Forschungen aus ganz unterschiedlichen Bereichen mußten Ergebnisse erzielt haben, bevor eine solche Synopse, wie sie der Schemata-Ansatz erstrebt, wirklich umgesetzt werden konnte. Ergebnisse aus der Persönlichkeits- oder aus der Gedächtnisforschung müssen vorliegen, bevor diese neu geordnet und synthetisiert werden können. Vieles im Schemata-Ansatz dürfte noch terra incognita sein. Insofern stehen sich Wissen und Interpretation noch nicht völlig versöhnt gegenüber. Aber selbst wenn der Ansatz in erster Linie seine Bedeutung als interpretativer Ansatz hätte, wäre die Leistung für moderne Sozialwissenschaften weit über die Sozialpsychologie hinaus von großer Bedeutung.

Ist es für alle Schemata zwingend, daß in der Analyse eines bestimmten Schemas alle Attribute sowie die Relationen dieser Attribute zueinander klar erfaßt werden müssen, so trifft dies freilich für ihre Anwendung in Alltagssituationen nicht zu. Lange Zeit hat die Wissenschaft, bedingt durch die Denkvoraussetzungen des hierarchischen Diktums des Rationalismus, darauf bestanden, daß klar von oben nach unten zu ordnen sei — und was sich so nicht ordnen ließe, war irrational und nicht „durchdacht“. Sogar die aus der Lebensphilosophie stammende Phänomenologie Edmund Husserls, die mit dem Konzept „Lebenswelt“ eine eigentlich andere Organisation des Denkens als etwa die Kantische Philosophie anstrebte, versuchte, die Lebenswelt unter logisch ableitbare Regeln zu systematisieren<sup>9)</sup>. Husserls Assistent, Martin Heidegger, hatte darüber einen Disput mit seinem Professor, der sich in der neueren Zeit für das Problem der Neuordnung der Elemente des Denkens (Top-down, Bottom-up) als äußerst fruchtbar erweist. Heidegger argumentierte nämlich gegen Husserls Versuch der Unterordnung von lebensweltlicher Erfahrung unter logisch ableitbare Regelsysteme mit der Behauptung, daß dies unmöglich sei, weil jegliche Erkenntnis mit Regeln und mit Erfahrungen zugleich zu tun habe. Erfahrung sei aber nicht subsumierbar. Diese von Heidegger begründete Sperrigkeit der Lebens- und Alltagswelt hat ihre moderne überraschende Bestätigung in der AI-Forschung erhalten, wo die Rationalisten und Hierarchiebilder aus der Schule der Programmgestalter (programmers) mit ihren Computermodellen nicht recht vorankommen<sup>10)</sup>, weil sie geniale Idioten produzieren, die nicht in der Lage sind, mehrere Kombinationen von

<sup>8)</sup> J. A. Galambos u. a. (Anm. 5), S. 8.

<sup>9)</sup> Vgl. Hubert L. Dreyfus/Stuart E. Dreyfus, Making a Mind versus Modeling the Brain: Artificial Intelligence Back at a Branchpoint, in: Daedalus, 117 (1988) 1, S. 15–43.

<sup>10)</sup> Vgl. Seymour Papert, One AI or Many?, in: Daedalus, 117 (1988) 1, S. 1–14.

<sup>6)</sup> Jean Piaget, Structuralism, London 1971.

<sup>7)</sup> Vgl. die entsprechende systematische Einteilung von W. J. McGuire (Anm. 1), S. 58.

Schemata (funktionale Flexibilität) gleichzeitig umzusetzen, da sie nur Top-Down gesteuert sind.

In Informationsverarbeitungsprozessen von Computern liegen die Regeln, nach denen diese verlaufen, unveränderlich fest. In menschlichen Informationsverarbeitungsprozessen dagegen können bereits die Informationswahrnehmung und die Weiterverarbeitung die Regeln dieses Prozesses beeinflussen oder sogar verändern: Jeder Mensch, der über die Straße geht, sich dabei unterhält und auf den Verkehr achtet, kann dies nur dann tun, ohne überfahren zu werden – und wir alle tun dies täglich –, wenn er diese drei Schemata – und einiges mehr – als Top-down/Bottom-up-Informationsverarbeitungsprozesse durchführt.

Soweit sind die AI-Maschinen noch nicht; jedoch sind durch Heideggers Unbotmäßigkeit seinem akademischen Lehrer gegenüber einige der intellektuellen Schranken, die der Rationalismus gesetzt hatte, weggeräumt worden. Eine wesentliche und vielleicht noch weiterreichende Wirkung als Heidegger hat Ludwig Wittgenstein<sup>11)</sup> auf das neue Denken ausgeübt, weil er als radikaler Verfechter einer anti-abstrakten Denkrichtung (logischer Positivismus) wesentliche Denkleistungen auf dem Gebiet der Bottom-up-Theorie erbracht hat. Auch Nietzsches radikaler Aufklärungskritik kommt in dieser Neubestimmung eines gebrochenen und multifunktionalen Denkens große Bedeutung zu.

Können diese kurzen Verweise nur den Tiefgang der neuen Forschungen in die Bereiche der Wissenschaftstheorie hinein aufzeigen, so hat die Kognitionspsychologie ihrerseits sehr viel dazu beigetragen, den Ansatz zu ermöglichen. In einem neueren Lehrbuch legen Susan T. Fiske und Shelley E. Taylor<sup>12)</sup> die ganze Spannweite der Schemaforschung vor. Sie unterscheiden zwischen fünf Typen der Schemaforschung: Personenschemata, Selbst-Schemata, Rollen-Schemata, Ereignis-Schemata und prozedurale soziale Schemata. Dies sind die wichtigen eigenständigen Bereiche der Kognition auf dem Weg ins soziale Handeln. Personen- und Selbst-Schemata beschäftigen sich mit der Informationsverarbeitung von Individuen oder bezogen auf ein reflexives Ich, während das Rollen-Schema schon den Übergang der Person ins soziale Verhalten umfaßt. Ereignis-Schemata, die einen großen Raum in der Schemata-Forschung einnehmen, werden auch als „Scripts“ bezeichnet, denn sie müssen Schemata erfassen und organisieren können, in denen Sequenzen ablaufen: Deshalb die metaphorische Nähe zu literarischen oder dramaturgischen „Scripts“.

<sup>11)</sup> Vgl. H. L. Dreyfus/S. E. Dreyfus (Anm. 9).

<sup>12)</sup> Vgl. S. T. Fiske/S. E. Taylor (Anm. 1).

<sup>13)</sup> Vgl. Roger C. Schank, *Review of Dynamic Memory: A Theory of Reminding and Learning in Computers and People*, Cambridge (England) 1982.

Innerhalb der einzelnen Schemata-Typen verläuft die Organisation der Kognition dann gemäß Fiske/Taylor nach immer gleichem Verlaufsmuster ab: Wahrnehmung (perception), Gedächtnis (memory) und (Schluß-)Folgerung (inference). Um die drei Muster der Grundoperationen von Kognition im alten Beispiel von den Piraten kurz zu erläutern: Die Wahrnehmung steuert die aktuelle Erkenntnis des Schemas in seinem Kontext, aus dem Gedächtnis werden die gespeicherten Kenntnisse aus Literatur und Medien über Piraten abgerufen – denn persönliche Erfahrungen dürfte kaum jemand mit Piraten haben und wenn, gehören diese sicherlich nicht dem Abenteuer-Muster an; die Fähigkeit zur Folgerung kombiniert aus spärlichen Andeutungen den holistischen Gesamtzusammenhang, die „Gestalt“. So braucht man nicht in den Saal zu sehen, um zu „wissen“, daß dort ein Maskenball stattfindet. Auch diese drei organisierenden Muster des Kognitionsprozesses hören sich sicherlich großartiger an, als ihr wissenschaftlicher Ertrag zumindest bisher noch ist. Dennoch ist die Ordnungsleistung des Ansatzes grandios und reicht, wie im folgenden zu sehen ist, weit in andere Sozialwissenschaften hinein.

Die drei Größen: Wahrnehmung, Gedächtnis und (Schluß-)Folgerung (inference) sind selbst aber noch holistische Konzepte, die zerlegt werden müssen, um überhaupt dem von Abelson aufgestellten Erfordernis, daß ihr Lakmestest erst im Computer stattfindet, gerecht zu werden. So arbeitet die Kognitionspsychologie immer noch fieberhaft daran, zu erkennen, wie Prozesse der Kodierung ablaufen<sup>13)</sup>, damit Gedächtnisspeicherungen erfolgen können. Bei solchen Fragen ist das Feld der experimentellen Mikroforschung gefordert, das natürlich von dem Schemata-Ansatz nicht ausgeschlossen, sondern geradezu aktiviert worden ist. Dieses Problem (Was wird beim Lernen wie gespeichert?) ist übrigens eines der zentralen der AI-Forschung und geht in den letzten Jahren über den von Abelson/Schank geschaffenen Arbeitszusammenhang noch hinaus. Der auch von Schank vertretene Programmier-Approach wird nämlich seit neuestem von den sogenannten Networkers<sup>14)</sup> überrundet, die von neuen Formen der Speicherung ausgehen und diese in parallel geschalteten Computern als „neuronalen Netzwerke“ simulieren.

Was immer die Zukunft der neuen Revolution in der Kognitionspsychologie sein wird, eines dürfte jetzt schon feststehen: Sie hat das Schiff moderner Wissenschaftsentwicklung entscheidend zu einem erneuten Auslaufen provoziert und sie hat die engen Horizonte des wissenschaftlichen „methodischen Individualismus“ überwunden und erneut den Fehdehandschuh des strukturalistischen Denkens in die Debatte geworfen.

<sup>14)</sup> Vgl. David E. Rummelhart/James L. McClelland u. a., *Parallel Distributed Processing*, Cambridge 1986.

### III. Der Schemata-Ansatz in der Bundesrepublik

Es ist uns nicht möglich, die gesamte empirische und theoretische Forschung eines anderen Faches, nämlich der Psychologie, in der Bundesrepublik auch nur annähernd zu überblicken. Insofern sind wir nur in der Lage, im folgenden „begründete Vermutungen“ zu äußern. Auch hinsichtlich des Forschungsstandes in der Politikwissenschaft mögen wir uns im folgenden irren, nehmen dieses Verdikt jedoch gerne in Kauf, wenn dadurch eine Hilfestellung beim Aufwachen aus dem Dornröschenschlaf mitgeliefert werden könnte.

Die Sozialpsychologen haben 1987 eine Konferenz zum Thema „social cognition“ veranstaltet, die in der Psychologischen Rundschau dokumentiert ist. Darin gibt Fritz Strack<sup>15)</sup> einen differenzierten Überblick über die vielfältigen Leistungen des Kognitionsansatzes. Die „Yale-Schule“ wird von ihm nicht erwähnt; Abelson ist nicht zitiert. Infolgedessen ist bei Strack auch nicht von einem Paradigmenwechsel die Rede, vielmehr wird die Literatur bis zu Beginn der sechziger Jahre zurückverfolgt und eine Kontinuität der Forschung angenommen. Der von Abelson behauptete kumulative Anstieg der Forschung in den letzten zehn Jahren wird von Strack nicht dokumentiert. Gleichsam in einem Gegenreferat deckt Carl F. Graumann<sup>16)</sup> den ideologiekritischen Part ab. Graumann spricht vom „Wende-Diskurs“ und ist sich nicht ganz sicher, ob er die zunehmende Diskussion über kognitive Ansätze im Fach Psychologie mit der politischen Wende in Bonn oder Washington parallelisieren soll. Er bescheinigt der Wende, falls es sie geben sollte, daß diese nichts Neues bringen würde, weil der Kognitionsansatz bereits alt sei. Er glaubt vielmehr, daß der Begriff „social cognition“ irrig sei und einem individualistischen Ansatz das Wort geredet werde. Graumann hingegen fordert, sich mehr dem Sozialen innerhalb der Sozialpsychologie zuzuwenden. In einem dritten Beitrag fragt Gerd Gigerenzer<sup>17)</sup>, ob nicht die neuen Ansätze der kognitiven Psychologie als Metaphern im Unterschied zu empirischen Tatbeständen aufgrund experimenteller Befunde zu verstehen seien. Metaphern, d. h. Denkbilder, die eher illustrativ eine Richtung anzeigen als selbst empirisch auffindbar zu sein, werden von ihm wissenschaftstheoretisch untersucht in der Absicht, aufzuzeigen, daß sie aus den Werkzeugen des Psychologen, nämlich der Statistik, oder, wie im Fall der neueren Kognitionspsychologie, der Computersimulation, entspringen.

In allen drei Beiträgen ist die Yale-Forschungsrichtung nicht dokumentiert. Selbst wenn diese aber nicht als entscheidend angesehen werden sollte oder falls deren Anspruch, einen Paradigmawechsel begründet zu haben, als nicht stichhaltig angesehen würde, so ist doch nicht einsehbar, warum der Ansatz nicht erwähnt wird. Stracks Literaturbericht verweist auf vielfältige Forschungsleistungen, die in dem Artikel als ein buntes Mosaik erscheinen, wobei die Struktur des Gesamtzusammenhanges aber irrelevant bleibt. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die psychologische Forschung in der Bundesrepublik im verhaltenswissenschaftlichen bzw. empiristischen Hafen angekommen ist. Dieser Eindruck ergab sich auch auf dem Jahreskongreß der Psychologen 1988 in Berlin. Einzelne Ansätze pflegen ihre Mikrozugänge, und die Frage nach Strukturen oder nach heuristischen Zielen wird aufgrund eigener Kompetenz mitleidig belächelt. Die von Lewin ausgegangenen Impulse aus den dreißiger Jahren sowie andere Formen der Gestaltpsychologie gelten eher als suspekt und sind in der Ausdifferenzierung empirischer Ansätze verschwunden. Graumanns ideologiekritisches Verdikt scheint hingegen dem Konservativismus der westdeutschen Linken verhaftet zu sein, die alle neuen Denkrichtungen, sofern sie mit Modernität oder mit Aufklärungskritik behaftet sind, mit der deutschen bürokratischen Triade – gewürzt mit einem Schuß Habermas – niedermacht: Das haben wir schon längst/Da könnte ja jeder kommen/Wozu brauchen wir das?

Gigerenzer hingegen verweist sicherlich auf einen wichtigen Aspekt der neuen Kognitionspsychologie, nämlich, ob diese nicht eher Metapher als Erklärung sei. Aber Metaphern, die neue Gesamtzusammenhänge interpretieren helfen, sind wichtige Bestandteile für den Fortgang der empirischen Forschung. Zumindest der Anspruch des Yale-Projektes besteht auch darin, daß Metaphern Teil der Simulation für die Computerprogramme der AI sein sollen. Insofern solche Metaphern dann Wirkung zeitigen, sind sie keine Metaphern mehr, sondern Bestandteile empirischer Forschung.

Vielleicht basiert die Fehlanzeige hinsichtlich der Aufarbeitung dieser Richtung der Kognitionspsychologie<sup>18)</sup> einfach darauf, daß in der Bundesrepublik noch keine symbiotischen Verbindungen zwischen Psychologie und AI-Forschung bestehen oder erst im Entstehen begriffen sind. Deutsche Großfirmen wie Siemens haben sowieso ihre Dependancen

<sup>15)</sup> Vgl. Fritz Strack. Social Cognition: Sozialpsychologie innerhalb des Paradigmas der Informationsverarbeitung, in: Psychologische Rundschau, 39 (1988), S. 72–82.

<sup>16)</sup> Carl F. Graumann. Der Kognitivismus in der Sozialpsychologie – Die Kehrseite der „Wende“, in: Psychologische Rundschau, 39 (1988), S. 83–90.

<sup>17)</sup> Gerd Gigerenzer. Woher kommen Theorien über kognitive Prozesse?, in: Psychologische Rundschau, 39 (1988), S. 91–100.

<sup>18)</sup> Zwei jüngere deutsche Forscher im deutschsprachigen Raum bilden allerdings eine bemerkenswerte Ausnahme. Vgl. Klaus Fiedler, Kognitive Strukturierung der sozialen Umwelt, Göttingen 1985, sowie ders./G. R. Semin, On the Causal Information Conveyed by Different Interpersonal Verbs, in: Social Cognition, (1988), im Druck, vgl. auch Wolfgang Klimesch, A Connectivity Model for Semantic Processing, in: Psychological Research, 49 (1987), S. 53–61.

in den USA und zapfen zu wohlfeilen Bedingungen dortige Grundlagenforschungen an. Das mag dann Tendenzen zum Dornröschenschlaf hierzulande begünstigen.

Geht man von der Kognitionspsychologie zu der unserem Fache nahestehenden Politischen Psychologie über, dann muß wohl völlige Fehlannonce gemeldet werden. Wenn sich die neue Überblicksdarstellung „Politische Psychologie heute“<sup>19)</sup> gemäß ihrem Titel auf dem Stand der Debatte wähnt, dann ist zu sagen, daß in diesem umfangreichen Heft vie-

les an traditionellen Ansätzen aus der Psychoanalyse vertreten ist, auch ganzheitliche Argumentation gibt es da im Überfluß, aber eine Fortführung des ganzheitlichen Ansatzes von Lewin bis zum Schemata-Ansatzes der Moderne ist dort nicht zu finden. Deshalb bleiben die meisten Aussagen dieser Art von Politischer Psychologie metaphorisch. Wir konnten nicht feststellen, daß die im folgenden vorgestellten empirischen Arbeiten aus der amerikanischen Politischen Psychologie bei uns schon in die Forschung Eingang gefunden haben.

#### IV. Der Transfer des „social cognition“-Ansatzes in die Politikwissenschaft

In der politikwissenschaftlichen Forschung der USA ist der Paradigmenwechsel der Kognitionspsychologie nicht ohne Folgen geblieben, sondern hat die Untersuchungen auf zwei Forschungsfeldern kanalisiert: Zum einen wurden die Studien zur Analyse von außenpolitischen Entscheidungsprozessen erneut stimuliert. Auf diese Weise hat der Paradigmenwechsel Untersuchungen zu politischen Eliten beeinflusst. Zum anderen wurden die Forschungen über öffentliche Meinung durch neue Einsichten angereichert, die aussichtsreich erscheinen, die kontroverse Diskussion der Meinungsforscher über den Zusammenhang zwischen Einstellungen der Öffentlichkeit und Wahlverhalten differenziert und nutzbringend fortzusetzen<sup>20)</sup>. Auf diese Weise wird die Forschung über breite Gesellschaftsschichten vom Paradigmenwechsel in der Kognitionspsychologie programmatisch geprägt. Wir wollen uns im folgenden mit beiden Forschungsfeldern befassen.

##### 1. Die Untersuchung außenpolitischer Entscheidungsprozesse

Die Analyse außenpolitischer Entscheidungsprozesse ist ein vielschichtiges Forschungsfeld, dessen verschiedene Dimensionen in der grundlegenden Untersuchung von Snyder, Bruck und Sapin 1961 skizziert wurden<sup>21)</sup>. Empirisch vorgehende Folgestudien, die zur Modellbildung für Entscheidungsprozesse geführt haben, waren zunächst auf das Verhalten von Staaten, Institutionen oder bürokrati-

tischen Einheiten konzentriert<sup>22)</sup>. Seither sind vor allem zwei Tendenzen in der Forschung auszumachen. Erstens wird die politikwissenschaftliche Analyse von Entscheidungsprozessen von der Theoriebildung anderer Disziplinen beeinflusst und bereichert. Neben der fächerübergreifenden Organisationstheorie wurden Ansätze und Modelle aus der Betriebs- und Volkswirtschaftslehre für sozialwissenschaftliche Untersuchungen herangezogen<sup>23)</sup>. Zweitens begann die Politikwissenschaft sich schon frühzeitig unter dem Einfluß der Psychologie von der Annahme zu entfernen, daß politische Entscheidungen ausschließlich aufgrund vollständig rationaler Überlegungen zustande kämen. Unter den gegebenen Bedingungen seien nur „begrenzt rationale“ Entscheidungen möglich, da die Entscheidungsträger unter Zeitdruck handelten, nicht alle denkbaren Handlungsalternativen übersehen könnten, deren Folgewirkung nur unvollständig abzuschätzen seien und sich daher nicht in ein Kosten-Nutzen-Kalkül bringen ließen, das den Forderungen nach wirtschaftlicher Sparsamkeit genüge<sup>24)</sup>. Damit rückten der individuelle Entscheidungsträger und dessen subjektive Einstellungen und Entscheidungskriterien in das Blickfeld der Politikwissenschaftler.

Der Entscheidungsträger, so wurde angenommen, handle nicht primär anhand der ihm zur Verfügung stehenden Informationen, sondern aufgrund seiner durch Sozialisation, Erfahrung und Lernen zustande gekommenen individuellen Denkbilder (belief systems). Diese aus verschiedenen Einstellungen

<sup>19)</sup> Helmut König (Hrsg.), Politische Psychologie heute, in: Leviathan, Sonderheft 9/1988.

<sup>20)</sup> Die gegensätzlichen Standpunkte dieser Diskussion sind zusammengefaßt dargestellt bei Donald R. Kinder, Diversity and Complexity in American Public Opinion, in: Ada W. Finifter (Ed.), Political Science: The State of the Discipline, Washington 1983, S. 389–425. Zu den außenpolitischen Entscheidungsprozessen vgl. Martha L. Cottam, Foreign Policy Decision Making, The Influence of Cognition, Boulder/London 1986.

<sup>21)</sup> Vgl. Richard C. Snyder/H. W. Bruck/Burton Sapin, Foreign Policy Decision-Making, An Approach to the Study of International Politics, Glencoe 1962.

<sup>22)</sup> Vgl. Graham T. Allison, Essence of Decision, Explaining the Cuban Missile Crisis, Boston 1971; ferner David Braybrook/Charles E. Lindblom, Types of Decision-Making, in: James F. Rosenau (Ed.), International Politics and Foreign Policy, A Reader in Research and Theory, New York 1969, S. 207–216.

<sup>23)</sup> Vgl. den Überblick bei Henning Behrens, Politische Entscheidungsprozesse, Konturen einer politischen Entscheidungstheorie, Opladen 1980.

<sup>24)</sup> Vgl. Herbert A. Simon, Models of Man, Social and Rational: Mathematical Essays on Rational Human Behavior in a Social Setting, New York 1955; Herbert A. Simon, Human Nature in Politics: The Dialogue of Psychology with Political Science, in: American Political Science Review, 79 (1985) 2, S. 293–304; vgl. Henning Behrens (Anm. 23), S. 39–46.



zusammengesetzten Systeme seien abstrakte, allgemeine und gegen Veränderungen resistente Gebilde, die das Entscheidungsverhalten des Individuums steuern<sup>25</sup>). Wenn aber bestehende und wenig veränderbare Einstellungsmuster einen derartig steuernden Einfluß auf die Ergebnisse von Entscheidungsprozessen ausübten, dann wäre es wichtig, deren Inhalte zu kennen. Zu deren Analyse hat Alexander George einen Kategorialapparat aus jeweils fünf normativ-philosophischen und operativen Annahmen entwickelt, die zur Inhaltsanalyse verwendet werden konnten. Ole Holsti steuerte eine Typologie dieser Einstellungsmuster bei<sup>26</sup>).

Dagegen wurde die empirische Untersuchung, ob und gegebenenfalls wie Einstellungsmuster Entscheidungen beeinflussen und steuern weitgehend vernachlässigt. In seiner grundlegenden Untersuchung zog Robert Jervis neben Ergebnissen aus psychologischen Experimenten historische Fallbeispiele nur selektiv heran, um seine Befunde empirisch zu belegen<sup>27</sup>). Bisher liegen nur zwei Studien vor, in denen der Zusammenhang zwischen individuellen Einstellungsmustern und politischen Entscheidungen anhand von Fallstudien systematisch untersucht worden ist<sup>28</sup>). Doch obwohl es gelang, den Einfluß von Denkbildern auf außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen nachzuweisen, blieben die Ergebnisse nach wie vor unbefriedigend. Erstens scheinen Denkbilder nicht derart allgemein und abstrakt zu sein, wie George ursprünglich angenommen hatte. Zweitens erscheint fragwürdig, ob Denkbilder auch über längere Zeiträume stabil und gegen Veränderungen resistent sind. Drittens kann in Frage gestellt werden, ob Denkbilder, wie George angenommen hatte, in sich konsistent und widerspruchsfrei sein müssen. Diese drei Einwände zusammen führten zu der Schlußfolgerung, daß die Annahmen über das Gewicht von Denkbildern der Entscheidungsträger zur Erklärung von Entscheidungen zwar einen wichtigen Beitrag leisten, aber hinsichtlich Zentralität, Konsi-

stenz und Stabilität modifiziert werden müssen<sup>29</sup>).

Aus der Beobachtung, daß Entscheidungsträger in unterschiedlichen Situationen verschiedene Entscheidungen treffen, sollte nicht leichtfertig geschlossen werden, daß Denkbilder für Entscheidungsprozesse unerheblich seien. Vielmehr liegt die Vermutung näher, daß Denkbilder eine komplexere Struktur aus verschiedenen Schemata aufweisen als bisher angenommen. Welches Schema aus diesen Denkbildern eines Entscheidungsträgers zu einem bestimmten Zeitpunkt aktiviert wird, hängt demnach von der jeweiligen Situation ab, in der sich der Entscheidungsträger befindet. Die weitere Forschung zu Denkbildern in Entscheidungsprozessen wird sich folglich nicht mehr vorwiegend auf die Analyse der *Inhalte* beschränken dürfen, sondern muß die *Struktur* dieser Inhalte untersuchen. An dieser Stelle scheint es ausgesprochen nutzbringend zu sein, die Untersuchung von Entscheidungsprozessen mit dem Paradigma des „Schemas“ zu erweitern.

Die Vorteile des neuen Paradigmas liegen auf der Hand. Der Entscheidungsträger wird nicht mehr als relativ *passives* Individuum betrachtet, das in seinem Entscheidungsverhalten von seinem Denkbild gesteuert wird, sondern bekommt als *aktiver* Konstrukteur, Rekonstrukteur und Umgestalter seiner subjektiv wahrgenommenen Wirklichkeit ein Eigengewicht<sup>30</sup>). Der Anstoß zu dieser Aktivität, so wird angenommen, entstammt entweder kognitiven oder affektiven Spannungen. Im *kognitiven* Sinne geraten vorhandene Schemata eines Entscheidungsträgers in einen Spannungszustand zu neu wahrgenommenen Informationen. Der Entscheidungsträger bemüht sich daher, diesen Spannungszustand zu beseitigen, indem er die neuen Informationen mit seinen vorhandenen Schemata derart verknüpft, daß die Spannung zwischen Denkbild und Information reduziert wird.

In dem eingangs geschilderten Beispiel geschah dies dadurch, daß das Schema „grausame Piraten“ durch „Verkleidete auf einem Maskenball“ ersetzt wurde. Das Individuum ist nunmehr, nachdem es den Spannungszustand beseitigt hat, bereit, weitere Informationen aus der Erzählung aufzunehmen und zu verarbeiten. Es hat sich als ein aktiv handelnder „Problemlöser“ erwiesen, der mit seinen Schemata flexibel umgehen konnte, wenn die Situation es von ihm verlangte<sup>31</sup>). Im genannten Beispiel erfolgte dies dadurch, daß das Individuum sein Schema von den „grausamen Piraten“ deaktiviert und das von den „Verkleideten auf dem Maskenball“ aktiviert hat. Im *affektiven* Sinne wird der Spannungszustand dadurch verursacht, daß in einer Situation zwei mit-

<sup>25</sup>) Vgl. Robert Mandel, *Psychological Approaches to International Relations*, in: Margaret G. Hermann, *Political Psychology*, San Francisco-London 1986, S. 259 f.; Alexander L. George, *The Causal Nexus between Cognitive Beliefs and Decision-Making Behavior: The „Operational Code Belief“ System*, in: Lawrence S. Falkowski (Ed.), *Psychological Models in International Politics*, Boulder 1979, S. 95–124.

<sup>26</sup>) Vgl. Alexander L. George, *The „Operational Code“: A Neglected Approach to the Study of Political Leaders and Decision-Making*, in: Erik P. Hoffmann/Frederik J. Fleron (Eds.), *The Conduct of Soviet Foreign Policy*, New York 1980, S. 165–190. Holstis Typologie ist abgedruckt in Stephen G. Walker/Lawrence S. Falkowski, *The Operational Codes Foundations and Behavioral Consequences*, in: *Political Psychology*, 5 (1984) 2, S. 258–264.

<sup>27</sup>) Vgl. Robert Jervis, *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton 1976.

<sup>28</sup>) Vgl. Stephen G. Walker, *The Interface between Beliefs and Behavior: Henry Kissinger's Operational Code and the Vietnam War*, in: *Journal of Conflict Resolution*, 21 (1977) 1, S. 129–168; Christian Tuschhoff, *Denkbilder in der ersten Reagan-Administration, 1981–1984. Eine Fallstudie zur Bedeutung von Perzeptionen im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß der USA*, Berlin: Diss. 1988.

<sup>29</sup>) Dies wurde auch von Alexander George eingeräumt. Vgl. Alexander L. George, *Presidential Decisionmaking in Foreign Policy. The Effective Use of Information and Advice*, Boulder 1980, S. 55–80, besonders S. 56.

<sup>30</sup>) Vgl. Susan T. Fiske/Shelley E. Taylor (Anm. 1), S. 3 f., S. 141 f.; Deborah W. Larson, *Origins of Containment. A Psychological Explanation*, Princeton 1985, S. 50 f.

<sup>31</sup>) Vgl. W. J. McGuire (Anm. 1), S. 65.

einander unverträgliche Schemata gleichzeitig aktiviert wurden. In diesem Fall versucht der Entscheidungsträger durch aktives Suchen, ein Gleichgewicht zwischen den beiden konkurrierenden Schemata herzustellen, bei dem die Spannung reduziert ist. Dies kann z. B. durch Informationssuche oder das Setzen von Prioritäten geschehen. Der Entscheidungsträger handelt hier als „Gleichgewichtssucher“<sup>32)</sup>.

Das bedeutet, daß die Schemata eines Entscheidungsträgers keineswegs alle gleichzeitig aktiviert sind. Es bedeutet weiter, daß die verschiedenen Schemata in einem Denkbild nicht hierarchisch etwa nach Allgemeinheits- oder Abstraktionsgraden geordnet vorliegen. Die Art und Weise, wie die verschiedenen Schemata angeordnet und miteinander verknüpft sind oder aktiviert bzw. deaktiviert werden, ist nicht durch die Physiologie vorgegeben, sondern entwickelt sich erst im Laufe der Jahre durch Sozialisations- und Lernprozesse. Sie ist darüber hinaus ganz entscheidend von der jeweiligen Situation abhängig, in der sich ein Entscheidungsträger befindet. Der Entscheidungsträger hat deshalb angesichts dieser differenzierten Struktur seines Denkbildes ungleich mehr Möglichkeiten zur Konstruktion subjektiv wahrgenommener Wirklichkeit zur Verfügung, als dies aufgrund der früheren Konsistenz-, Dissonanz- oder Balancetheorien angenommen worden war.

So war es z. B. für den mit dem bisherigen Verständnis des Denkbildes von George arbeitenden emirischen Forscher schwierig zu erklären, weshalb der amerikanische Abrüstungsexperte Paul Nitze in den fünfziger Jahren auf den Aufbau eines landgestützten ballistischen Raketenpotentials gedrängt hat, um die nuklearstrategische Überlegenheit der USA zu festigen, und zu diesem Zweck — mit anderen zusammen — von einer Raketenlücke sprach. In den sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre setzte sich Nitze dann im Rahmen von Rüstungskontrolle für strategische Parität ein, um ab 1975 dann mit der Formel vom „Fenster der Verwundbarkeit“ die schärfste Attacke gegen den SALT-II Vertrag zu beginnen und wieder eine strategische Überlegenheit der USA über die Sowjetunion zu fordern<sup>33)</sup>. Innerhalb der Reagan-Administration erwies Nitze sich wiederum als ein eifriger Verfechter von Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Diese vielfältigen Veränderungen Nitzes zu zentralen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik sind mit unserem bisherigen Verständnis von Denkbildern kaum erklärbar. Mit dem Schema-Ansatz dagegen bekommt Nitzes Entscheidungsverhalten eine einleuchtende Kontur: Immer dann, wenn er sich außerhalb des amerikanischen Regierungs-

apparates befand — während der Eisenhower- und der Carter-Administration — entschied Nitze sich für die harte, nach amerikanischer Überlegenheit strebende Linie. Er sah seine Aufgabe in dieser Zeit darin, die Öffentlichkeit auf die seiner Meinung nach notwendigen Verteidigungsmaßnahmen einzustimmen. Innerhalb der Administrationen (Nitze diente den Präsidenten Roosevelt, Truman, Kennedy, Johnson, Nixon, Ford und Reagan) erwies er sich als ein sachlich-nüchterner Fachmann für Außen- und Sicherheitspolitik, der Rüstungskontrolle keineswegs nur als ein Instrument zur politischen Propaganda betrachtete, sondern als einer, der Rüstungskontrolle zur Herstellung strategischer Stabilität und Parität nutzen wollte. Dieses Beispiel soll andeuten, daß Nitzes Entscheidungen zu zentralen Fragen der amerikanischen Außenpolitik entscheidend von seinem Selbstverständnis und seinem Rollenverständnis beeinflußt waren. Offenbar hat Nitze über die Jahre verschiedene Schemata zur Grundlage seiner Entscheidungen herangezogen. Er variierte sein Selbst- und Rollenverständnis je nachdem, ob er gerade innerhalb oder außerhalb einer Administration stand.

Ähnliche Beispiele ließen sich für Präsident Reagan finden, von dem behauptet wurde, seine anti-staatliche und anti-kommunistische Rhetorik sei mit seiner Haushalts-, Wirtschafts- und Sowjetunionpolitik unvereinbar. Mithin fielen seine deklaratorische Politik und seine tatsächlichen Entscheidungen weit auseinander<sup>34)</sup>. Die Widersprüche könnten mit Hilfe des Schema-Ansatzes insoweit erklärt werden, daß Reagan offenbar in unterschiedlichen Situationen verschiedene Schemata aktivierte, je nachdem, ob er eine öffentliche Rede hielt bzw. Presseerklärungen abgab, oder ob er in seinem Kabinett eine politische Entscheidung traf. Reagan mußte sich dieser Widersprüche zwischen seinen Deklarationen und Entscheidungen nicht unbedingt bewußt sein und manches spricht dafür, daß er sich dessen auch nicht bewußt war.

Bei der Analyse derartiger Widersprüche in Entscheidungsprozessen hilft der von George empfohlene Denkbild-Ansatz nicht weiter. Diese angeblichen Widersprüche können jedoch anhand der Prämissen untersucht werden, die dem Schema-Ansatz zugrunde liegen: Danach besteht ein Denkbild aus mehreren Schemata, die ein Entscheidungsträger kreativ dazu nutzt, um Informationen kognitiv zu verarbeiten und affektive Spannungen zu vermin-

<sup>32)</sup> Vgl. ebda., S. 60 f.

<sup>33)</sup> Vgl. Steven L. Rearden, *The Evolution of American Strategic Doctrine*, Paul H. Nitze and the Soviet Challenge, Boulder-London 1984; Ronald Brownstein/Nina Easton, *Reagan's Ruling Class. Portraits of the President's Top One Hundred Officials*, New York 1982, S. 518–524; Ch. Tuschhoff (Anm. 28), S. 174–178.

<sup>34)</sup> Vgl. Garry Wills, *Reagan's America. Innocents at Home*, Garden City 1987; Helga Haftendorn, *Die Rekonstruktion amerikanischer Stärke: Eine neue Phase der Entfaltung weltweiter Führungsmacht?*, in: Helga Haftendorn/Jakob Schissler (Hrsg.), *Rekonstruktion amerikanischer Stärke. Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik der USA während der Reagan-Administration*, Berlin-New York 1988, S. 3–33; Günther C. Behrmann, *Führer und Jedermann. Ronald Reagan als Person und Politiker* . . . in: Hartmut Wasser (Hrsg.), *Die Ära Reagan. Eine erste Bilanz*, Stuttgart 1988, S. 38–40. Norman Podhoretz, *The Reagan Road to Detente*, in: *Foreign Affairs*, 63 (1984) 3, S. 447–464 behauptete, daß sich Reagans Sowjetunionpolitik kaum von der Spannungspolitik Nixons unterschieden habe.

den, indem er in unterschiedlichen Situationen verschiedene Schemata aktiviert, respektive deaktiviert. Die Struktur eines Denkbildes ist nicht hierarchisch geordnet, sondern die verschiedenen Schemata liegen alle auf einer Ebene. Die Art ihrer Verknüpfung ist von Sozialisations- und Lernprozessen sowie von der jeweiligen Situation abhängig, in der sie aktiviert werden. Denkbilder müssen nicht in sich konsistent sein. Sie sind trotz einer gewissen Stabilität durchaus durch Lernprozesse veränderbar.

Mit diesen Prämissen ist jedoch erst der forschungsprogrammatische Einstieg beschrieben, wie der Zusammenhang von Einstellungen und Entscheidungen im Rahmen der außenpolitischen Entscheidungsanalyse in Zukunft untersucht werden sollte. Eine empirische Untersuchung liegt dazu bislang noch nicht vor. Erste Ansätze für Fallstudien werden jedoch auf dem Feld der Stereotypen- und Feindbildforschung sichtbar, die gewissermaßen einen Sonderfall für Schemata darstellen.

Der Ausgangspunkt dieser Forschungsrichtung ist die Annahme, daß die Aktivierung eines Denkbildes nicht auf abstrakte Prinzipien wie das „Gleichgewicht der Kräfte“ zurückzuführen ist, wie die sogenannte realistische Schule der Internationalen Politik behauptet<sup>35</sup>). Mit Bezug auf Heider und die Konsistenztheorie wird vielmehr davon ausgegangen, daß der kognitive Prozeß der Entscheidungsfindung von einem vorausgehenden affektiven Urteil aktiviert wird. Ausgehend von einem positiven Selbstbild sind politische Entscheidungsträger darum bemüht, die Außenpolitik ihrer Nation anhand von moralischen Kategorien in allgemeingültiger und kulturübergreifender Form zu definieren. In dem Augenblick, in dem eine Wahrnehmung von Bedrohung oder politischen Gelegenheiten in Spannung zu den latent vorhandenen Werturteilen über „gut“ und „böse“, „richtig“ oder „falsch“ gerät, muß die Situation des Entscheidungsträgers definiert werden, damit er politisch handeln kann. Zu diesem Zweck aktiviert der Entscheidungsträger verschiedene Schemata wie Feindbilder, Vorurteile oder Stereotypen<sup>36</sup>). Er ist nunmehr in der Lage, sich ein Situationsbild zu konstruieren, das ihm den kognitiven Umgang mit der wahrgenommenen Bedrohung oder Gelegenheit erlaubt. Mit ihm erfüllen die als Feindbilder, Stereotypen oder Vorurteile bezeichneten Schemata im kognitiven Entscheidungsprozeß mehrere Funktionen: Sie tragen zur Reduktion einer komplexen Realität bei. Sie ermöglichen die *Zuordnung* von Wahrnehmungen zu bereits vorhandenen Denkmustern und damit die *Strukturierung* von Wirklichkeit. Sie erleichtern die moralische *Bewertung* der Situation und die *Eliminierung* von Konflikten zwischen verschiede-

nen Werten. Sie tragen dazu bei, *Handlungsoptionen* zu entwickeln, *Auswahlentscheidungen* zu treffen und Handlungsschritte einzuleiten. Und schließlich ermöglichen sie die moralische *Rechtfertigung* einer Handlung. Im affektiven Sinne zielen Feindbilder, Stereotypen und Vorurteile darauf ab, durch Handlung, wie z. B. die *Beseitigung* einer Bedrohung, jenen Spannungszustand aufzuheben, der zu ihrer Aktivierung geführt hat. Auf diese Weise wird das emotionale Gleichgewicht wiederhergestellt<sup>37</sup>).

Feindbilder, Stereotypen oder Vorurteile sind keineswegs realitätsfremd. Im kognitiven Sinne sind sie sogar äußerst wirklichkeitsnah, denn sie verweisen auf täglich wiederkehrende Denkvorgänge der Vereinfachung. Durch Vorurteile, Stereotypen oder Feindbilder wird der Bezug zur Realität auch nicht vollständig aufgegeben, sondern Wirklichkeit nur einseitig wahrgenommen, verarbeitet und wiedergegeben. Für viele Feindbilder, wie z. B. Ronald Reagans Sichtweise der Sowjetunion als dem „Reich des Bösen“, ließen sich extensiv empirische Belege finden, die für sich genommen sogar zutreffend sind. Die Vereinfachung und Verzerrung liegt jedoch in der Einseitigkeit der Auswahl jener Belege. Die politischen Motive der Sowjetunion werden einseitig auf weltweite Eroberungen und totalitäre Unterdrückung der Bevölkerung zugespitzt. Andere denkbare Motive (wie das Bedürfnis nach Sicherheit) werden vielfach, innenpolitischen Bedürfnissen folgend, bewußt vernachlässigt<sup>38</sup>).

Um die hier dargestellten Befunde empirisch untermauern zu können, hat Richard Herrmann vorgeschlagen, aufgrund der theoretischen Prämissen Stereotypen zu entwickeln, die in der Geschichte und Zeitgeschichte ihre Entsprechung finden können. Herrmann hat mit der Entwicklung eines „imperialen Stereotyps“ einen ersten Anfang gemacht und versucht, dieses Stereotyp in der sowjetischen Literatur über die Dritte Welt wieder aufzufinden<sup>39</sup>). Das imperiale Stereotyp wird dadurch aktiviert, daß ein Entscheidungsträger einer Großmacht angesichts des Machtgefälles eine enorm große Gelegenheit wahrnimmt, wie ein Entwicklungsland zu den eigenen sozio-ökonomischen Bedürfnissen beitragen könnte. Einmal aktiviert, muß

<sup>37</sup>) Vgl. ebda., (Anm. 36), S. 188.

<sup>38</sup>) Vgl. Daniel Frei, Feindbilder und Abrüstung. Die gegenseitige Einschätzung der UdSSR und der USA, München 1985, S. 110–121.; Christian Tuschhoff, Einstellungsprofil und Perzeption der Sowjetunion, in: H. Haftendorn/J. Schissler (Anm. 34), S. 120 f. Im Gegensatz zu früheren Forschungen zu Vorurteilen und Stereotypen wird diesen beiden Denkmustern im Rahmen von Studien zu Informationsverarbeitungsprozessen keine besondere psychologische Qualität mehr zuerkannt. Sie werden als ganz normale Kategorien behandelt, die sich zwar in ihren Inhalten, aber nicht hinsichtlich ihrer kognitiven Funktionen von anderen Schemata unterscheiden. Vgl. D. L. Hamilton/T. K. Troiler, Stereotypes and Stereotyping: An Overview of the Cognitive Approach, in: J. F. Dovidio/S. L. Gaertner (Eds.), Prejudices, Discrimination and Racism, Orlando 1986, S. 127–163; F. Strack (Anm. 15), S. 76.

<sup>39</sup>) Vgl. zum folgenden R. Herrmann (Anm. 36), S. 188–190.

<sup>35</sup>) Zur neueren realistischen Schule vgl. vor allem Kenneth N. Waltz, Theory of International Relations, Reading 1979, besonders S. 91.

<sup>36</sup>) Vgl. Richard Herrmann, The Empirical Challenge of the Cognitive Revolution: A Strategy for Drawing Inferences about Perceptions, in: International Studies Quarterly, 32 (1988) 2, S. 182 f.

das imperiale Stereotyp deshalb die Herrschaft über ein fremdes Volk rechtfertigen und den Wertekonflikt zwischen dem Wunsch nach eigener Ereigniskontrolle einerseits und den völkerrechtlichen Prinzipien der Selbstbestimmung und nationalen Unabhängigkeit andererseits beseitigen.

Diese Rechtfertigung leistet das imperiale Stereotyp zunächst mit dem Konzept des konterrevolutionären Imperialismus. Die äußere Kontrolle muß ausgeübt werden, um die armen und hilflosen Völker der Dritten Welt vor dem Einfluß und dem Zugriff der gegnerischen Großmacht zu schützen. Weiterhin wird mit Hilfe des imperialen Stereotyps versucht, die innenpolitische Szene des Entwicklungslandes dichotomisch zu strukturieren. Auf diese Weise entsteht ein Bild vom Kampf zwischen fortschrittlichen Kräften, die das Land modernisieren wollen, und radikalen Fanatikern, die reaktionär und machthungrig sind. Die Möglichkeit eines dritten Weges wird bewußt ausgeschlossen, so daß die alternativen Optionen für die Großmacht nur darin bestehen, entweder auf der Seite des Fortschritts zu intervenieren, oder das Feld den Kräften der Finsternis zu überlassen.

Um schließlich die völkerrechtlichen Bedenken zu beseitigen, das entsprechende Entwicklungsland habe Anspruch auf und strebe nach nationaler Selbstbestimmung, wird im imperialen Stereotyp zunächst behauptet, daß dieses Land weder über die breite Erfahrung noch über eine gemeinsame Identität verfüge, die zusammen genommen die Voraussetzungen für Nationalgefühle bildeten. Die Eingeborenen seien überdies Bedürftige, die um die Hilfe und Bevormundung der überlegenen Großmacht nachgesucht hätten.

Herrmann hat versucht, dieses imperiale Stereotyp in der sowjetischen Literatur über die Dritte Welt wieder aufzufinden. Dabei stieß er auf erstaunliche Übereinstimmungen, wenngleich die Argumentation der Sowjetunion die Entwicklungsländer differenzierter beschreibe als das imperiale Stereotyp<sup>40</sup>). Dennoch scheint dieses erste Fallstudienresultat ermutigend, die empirischen Forschungen auf der Grundlage der Annahmen des Schema-Ansatzes fortzuführen.

## 2. Der Schemata-Ansatz in der Attitude-Forschung

Nicht nur im Bereich der Perzeptionen und Denkbilder in den internationalen Beziehungen, sondern auch mit Bezug auf die politischen Einstellungen der Bürger generell hat die Revolution durch die Kognitionspsychologie große Auswirkungen. Dies wird sich in den folgenden Jahren noch eindeutig erweisen. Zum Teil werden bisherige Forschungen ergänzt werden können, wahrscheinlich aber wird sich die Grundrichtung des Denkens ändern. Besonders betrifft dies die Annahmen über politische Ideologien, hierarchische Modelle hinsichtlich der Ableitung von Einstellungen sowie Arbeiten zum

<sup>40</sup>) Vgl. ebda., S. 199.

Bezug von Attitudes und Themen- (Issue-) Relevanz.

Eine bedeutsame Rolle im Transfer der neuen Forschungen aus dem Yale-Projekt kommt den Arbeiten über politische Einstellungen von Donald R. Kinder zu. 1983 hat Kinder einen Überblicksartikel zum neueren Stand der Politischen Psychologie geschrieben<sup>41</sup>). Er hat diesen Beitrag wesentlich ausgeweitet und ihn 1985 im neuen „Handbook of Social Psychology“ zusammen mit David O. Sears als Überblicksartikel über „Politische Meinung und Politisches Verhalten“ veröffentlicht<sup>42</sup>). Dieser Beitrag legt eine elegante und überzeugende Synopse der amerikanischen Forschung mit Bezug auf amerikanische Politik vor, die so leicht nicht einzuholen – geschweige denn zu überholen – wäre. Aufgrund der ausgezeichneten empirischen Forschungen der Amerikaner und ihrer klaren Methodenreflexionen ist dieser Beitrag weltweit nicht replizierbar. Auch der Beitrag über den Kognitionsansatz, so ist den Diskussionen in der Psychologischen Rundschau abzulesen, dürfte ein epochaler sein<sup>43</sup>). David O. Sears arbeitet seit langem mit sozialpsychologischen Einstellungskonzepten und könnte sicherlich in der Politischen Psychologie als ebenbürtiger Forscher zu Abelson gesehen werden<sup>44</sup>). 1985 ist auch das „Handbook of Political Psychology“ erschienen, in dem Kinder und Fiske die Literatur über die Präsidenten in der öffentlichen Meinung neu sortierten und gewichteten<sup>45</sup>). In den bisher erwähnten Arbeiten Kinders wird jeweils das Verhältnis von Einstellungen zu politischen Themen, zu politischen Persönlichkeiten und zum Stellenwert von Ideologie in diesen Prozessen neu gewichtet. Dem Schema-Ansatz kommt dabei, wo er erklärungskräftig erscheint, Bedeutung zu. Insgesamt freilich sind Kinders Arbeiten zu einem gewichtigen Teil als Aufarbeitung bisheriger Forschungen und deren Neuinterpretationen zu verstehen. Dies kann nicht als Kritik verstanden werden; dennoch ist zu konstatieren, daß der Durchbruch des Schemata-Ansatzes hier noch aussteht.

Donald Kinder selbst hat zur Rolle des amerikanischen Präsidenten und deren Einschätzung jedoch auch eigene empirische Arbeiten vorgelegt und ein Schüler von Kinder, Jon A. Krosnick<sup>46</sup>), hat Teile

<sup>41</sup>) D. R. Kinder (Anm. 20).

<sup>42</sup>) Donald R. Kinder/David O. Sears. Public Opinion and Political Action. in: Gardner Lindzey/Elliot Aronson (Eds.), Handbook of Social Psychology, New York 1985<sup>3</sup>, S. 659–741.

<sup>43</sup>) Vgl. H. Markus/R. B. Zajonc. The Cognitive Perspective in Social Psychology. in: Gardner Lindzey/Elliot Aronson (Eds.), Handbook of Social Psychology, New York 1985<sup>3</sup>, S. 137–230.

<sup>44</sup>) David O. Sears/R. R. Lau (Eds.). Political Cognition: The 19th Annual Carnegie Symposium on Cognition. Hillsdale 1986.

<sup>45</sup>) Vgl. Donald R. Kinder/Susan T. Fiske. Presidents in the Public Mind. in: M. G. Hermann (Anm. 25), S. 193–218.

<sup>46</sup>) Jon A. Krosnick. The Role of Attitude Importance in Social Evaluation: A Study of Policy Preferences, Presidential Evaluations, and Voting Behavior. in: Journal of Personality and Social Psychology, 55 (1988) 2, S. 196–210.

des Ansatzes auch in einleuchtender Weise getestet. Innerhalb der politischen Ideologieforschung kommt man in den USA immer mehr von Philip Converse<sup>47)</sup> frühem Diktum ab, daß eine Ideologie klar sein müsse, um als solche bezeichnet zu werden, und daß unter diesem Kriterium nur eine geringe Prozentzahl von Bürgern oder Wählern als ideologisch zu begreifen sei. Weicht man von Converse's Diktum ab, dann kommt der Ideologie als einem vagen Orientierungsinstrument im politischen Haushalt der Bürger eine große Bedeutung zu. Die Frage ist aber: Wie kann man eine solche flüchtige, aber dennoch sehr bedeutsame Kategorie empirisch ermitteln? Hier hilft die auf Lazarsfeld und Berelson zurückgehende sozialpsychologische Wahltheorie, die von Gruppenmentalitäten ausging, weiter. Arbeiten vor allem von Stanley Feldman<sup>48)</sup> zielten in den letzten Jahren darauf ab, das gruppenmäßige Vorhandensein von Ideologie anhand von symbolischen Verdichtungen dingfest zu machen. Von dieser Richtung aus ist es nicht sehr weit, den Schritt zur kognitiven Schema-Forschung zu vollziehen. In der Schemata-Forschung löst sich dann das Rätsel, wie es kommt, daß allgemeine ideologische Dispositionen durchaus schwach ausgeprägt sein können, daß aber der Ideologie in den Orientierungen durchaus ein wichtiger Stellenwert zukommen kann. Das ist nämlich

---

<sup>47)</sup> Vgl. dazu D. R. Kinder/D. O. Sears (Anm. 42), S. 664–670.

<sup>48)</sup> Vgl. Pamela Johnston Conover/Stanley Feldman. The Origins and Meaning of Liberal/Conservative Self-Identifications, in: Richard G. Niemi/Herbert F. Weisberg (Eds.), *Controversies in Voting Behavior*, Washington 1984<sup>2</sup>, S. 354–376; Stanley Feldman, Structure and Consistency in Public Opinion: The Role of Core Beliefs and Values, in: *American Journal of Political Science*, 32 (1988) 2, S. 416–440.

dann der Fall, wenn Schemata als orientierungsprägend angenommen werden. Innerhalb eines Schemas, z. B. dem von der „effektiven Staatstätigkeit“, kommt symbolisch vermittelten ideologischen Teilelementen eine große kognitive Steuerungsleistung zu. Es muß dabei freilich von hierarchisierenden Vorstellungen und vom Vorhandensein oberster Werte, die alle weitere Erkenntnis und das Handeln steuern sollen, abgerückt werden. Am weitesten ist der Ansatz von Paul M. Sniderman/Philip E. Tetlock<sup>49)</sup> strukturiert worden, die in Korrektur des Converse'schen Ansatzes aufzeigen, daß die meisten Bürger bei Themen, die sie in der Politik interessieren, über hinreichendes Orientierungswissen verfügen, ohne allerdings eine übergeordnete und in sich konsistente Ideologie reproduzieren zu können.

Bürger orientieren sich an Politikfeldern und verfügen über symbolisch vermittelte abstrakte Zuordnungsfähigkeiten, klammern aber die sie nicht interessierenden Informationen aus und gehen mit Hilfe eigener Schemata aktiv die sie interessierenden politischen Themen an. Diese Alltagsorientierung ist vielfach spezifischer und adäquater als dies bisherige Ansätze der empirischen Einstellungsforschung erkennen konnten. Diese zentralen Alltags-Schemata sind auch die steuernden Größen innerhalb politischer Wahlen und sie machen die subtilen Orientierungsleistungen und Veränderungen von Einstellungen aus, die letztlich auch das Wahlverhalten steuern. Insofern ist der Ertrag der Schema-Forschung nicht nur für die Erklärung von Einstellungen wichtig, sondern er wird auch die Theorien zum Wahlverhalten nachhaltig verändern.

---

<sup>49)</sup> Paul M. Sniderman/Philip E. Tetlock, Interrelationship of Political Ideology and Public Opinion, in: M. G. Hermann (Anm. 25), S. 62–96.

# Zur politischen Psychologie internationaler Politik

## I. Einleitung

Den Anstoß für die moderne Friedens- und Konfliktforschung gab die anhaltende Gefahr eines Nuklearkrieges zwischen Ost und West. Ausgangspunkt war also eine potentiell virulente kollektive Gewalt — Ausdruck einer im Grenzfall zwischen Staaten geltenden Handlungslogik. In der Analyse dieser Situation haben von Anbeginn an zwei verschiedene Zugangsweisen eine herausragende Rolle gespielt:

1. Strukturanalysen, die sich aus der Makroperspektive auf Konfliktkonstellationen beziehen und
2. hermeneutisch verfahrenende Analysen, die aus der Mikroperspektive am subjektiven Handlungssinn von Akteuren orientiert sind.

Der Fokus der ersten Zugangsweise liegt in der vorgegebenen „äußeren Realität“; der Fokus der zweiten Zugangsweise in der „inneren Realität“ oder dem, was Ralph White „psychologische Welten“ nennt<sup>1)</sup>. In der klassischen Politikwissenschaft idealiter noch vereint, hat die moderne arbeitsteilige Entwicklung der Wissenschaftsdisziplinen die makroanalytische Fragestellung eher bei der Politikwissenschaft, die mikroanalytische eher bei der Psychologie angesiedelt. So sind zwar von anthropologischer und psychologischer Seite<sup>2)</sup> seit Beginn der neueren Friedens- und Konfliktforschung entscheidende Beiträge zur Aufklärung und Überwindung kollektiver Gewaltbereitschaft gekommen, aber im Rahmen der Forschung in der Bundesrepublik gab es kaum einen wissenschaftlichen Austausch über die Grenzen der einzelnen beteiligten Disziplinen hinaus.

Erst in den achtziger Jahren lassen sich — auch durch die Impulse von seiten der internationalen Ärztebewegung gegen den Atomtod — neue psychoanalytisch, psychologisch und psychiatrisch argumentierende Beiträge ausmachen, die ihrerseits eine interdisziplinäre Auseinandersetzung provozierten. Damit begann hier — wie auch in den USA — ein neuer Streit über die angemessene Ana-

lyseebene, auf der Krieg, Kriegsvorbereitung und Abschreckungspolitik begriffen werden können. Dieser Streit gewinnt dadurch zusätzliche Brisanz, daß er zugleich als Auseinandersetzung über eine angemessene friedenspolitische Praxis verstanden wird.

Auf zwei Beispiele sei verwiesen, in denen jüngst diese wissenschaftliche Auseinandersetzung um den richtigen Ansatz zum Ausdruck kam: zum einen das 13. wissenschaftliche Kolloquium der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK) im Herbst 1985, zum anderen den Kongreß der International Society of Political Psychology (ISPP) im Juni desselben Jahres. Während der AFK-Tagung sahen sich die Vertreterinnen und Vertreter der Sozialpsychologie genötigt, sich gegen einen umfassenden politikwissenschaftlichen Analyseanspruch zu verteidigen. Komplementär dazu ist der Vorgang, auf den ich mich im Zusammenhang mit der Tagung der International Society of Political Psychology in Washington beziehe, und der sich in der Einführungsrede ihres damaligen Präsidenten, des Politikwissenschaftlers Stanley Hoffmann, ausdrückte<sup>3)</sup>.

Hoffmann verstand seinen Beitrag als Verteidigung eines von ihm selbst als „traditionell“ bezeichneten politikwissenschaftlichen Ansatzes zum Verständnis internationaler Beziehungen bzw. Konflikte und als Plädoyer für eine genuine „psychology of politics“<sup>4)</sup>. Für Hoffmann ist zwar Politik ihrem Wesen nach „ganz und gar psychologisch“. Sein Monitum wendet sich aber dagegen, daß man der Psychologie der Politik keinen eigenen analytischen Ort einräume, sondern die Politik, insbesondere die internationale Politik, mit Begriffen der psychoanalytischen und psychiatrischen Klinik aufschlüsseln wolle. Dem setzt er die „Logik der zwischenstaatlichen Beziehungen“ als einer eigenständigen Realitätsebene entgegen. Dieser Logik entspreche eine interessenbezogene Rationalität, die das Handeln anleite. Daher sei dieses Handeln nicht irrational zu nennen bzw. mit Begriffen der Psychopathologie angemessen zu analysieren; irrational zu nennen seien erst seine möglichen destruktiven Ergebnisse, die ebenso von Vertretern des traditionellen politikwissenschaftlichen wie des von Hoffmann als radikal bezeichneten psychologisierenden Ansatzes

<sup>1)</sup> Vgl. insbesondere die editorischen Einführungen in dem Sammelband von Ralph K. White (Hrsg.), *Psychology and the Prevention of Nuclear War*. New York-London 1986.

<sup>2)</sup> Siehe Jerome Frank, *Muß Krieg sein? Psychologische Aspekte von Krieg und Frieden*. Darmstadt 1969; Margret Mead, *Mann und Weib. Das Verhältnis der Geschlechter in einer sich wandelnden Welt*. Hamburg 1960; Charles E. Osgood, *An Alternative to War or Surrender*. Urbana 1962. Für eine frühe Bibliographie vgl. Klaus Horn, *Zur Psychologie von Konflikt, Krieg und Frieden*. in: Gerta Scharffenorth/Wolfgang Huber (Hrsg.), *Neue Bibliographie zur Friedensforschung*. Stuttgart-München 1973, S. 224–237.

<sup>3)</sup> Vgl. Stanley Hoffmann, *On the Political Psychology of Peace and War. A Critique and an Agenda*. in: *Political Psychology*. 7 (1986) 1, S. 1–21; sowie die folgenden Ausgaben der Zeitschrift mit den Repliken von Holt, Mack, Volcan u. a.

<sup>4)</sup> St. Hoffmann (Anm. 3), S. 8.

zu verhindern gesucht würden. Der Unterschied liege in der „Lesart“ der gegebenen Realitäten, und daher in den vorgeschlagenen Mitteln zur Friedens- und Sicherheitspolitik. Traditionalisten suchten Auswege im Rahmen der gegebenen Interessenlogik; eine solche Interessenlogik würde aber von Anhängern des radikalen Ansatzes von vornherein nicht mehr anerkannt.

Auch während der AFK-Tagung gab es den Vorwurf, die psychologische Analyse verfehle die eigentlich entscheidende Analyseebene, wenn sie sich, beispielsweise beim Thema „Stereotype“, hermeneutisch auf die subjektive Bedeutung, anstelle ideologiekritisch und bedingungsanalytisch auf das manipulativ eingesetzte Herrschaftsinteresse beziehe. Als unangemessen und unmaßgeblich wurde deshalb von politikwissenschaftlicher und historischer Seite eine sozialpsychologisch-hermeneutische Analyse kritisiert. Entscheidend sei allein die Zweck- und Interessenbestimmung hinter manipulativ eingesetzten Feindbildern und Stereotypen, nicht aber deren Verankerung in der Art und Weise, wie in einer Gesellschaft alltägliche Konflikte subjektiv bewältigt würden.

## II. Zur Bedeutung und zum Alltagsgebrauch psychologischer Termini im Kontext internationaler Beziehungen

Man braucht nicht weit um sich zu schauen, um zu entdecken, daß kaum eine politikwissenschaftliche Analyse ohne explizite oder implizite Annahmen über psychologische Wirkungen auskommt – nicht selten in Gestalt individualpsychologischer Annahmen – und daß politische Entscheidungsträger sich häufig genug psychologischer Alltagstheorien bedienen. Umgekehrt finden sich – und das wird ja unter anderem von Hoffmann beklagt – in psychologischen Abhandlungen und Bewertungen Annahmen über die analysierten politischen Prozesse, denen nur selten systematische politikwissenschaftliche Erkenntnisse zugrunde liegen. Für unser Thema ist wichtig, daß für die alltagspsychologische Individualisierung oder Personifizierung politischer Prozesse der Bereich internationaler Politik sehr viel anfälliger zu sein scheint als der innergesellschaftliche, oder genauer gesagt, als der Binnenbereich von Industriestaaten, vor deren Hintergrund die meisten einschlägigen Analysen entstanden sind.

Psychologisch bedeutsame Unterschiede der beiden Bereiche scheinen auch Politikern nicht fremd zu sein. So hat im Februar 1987 der Generalsekretär der KPdSU, Michail Gorbatschow, in seiner Ansprache vor den Teilnehmern am internationalen »Forum für eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit« bezeichnenderweise einen Vergleich zu alltäglichen Umgangsweisen zwischen Menschen gewählt, um die in der internationalen Politik noch geltenden ‚unzivilisierten‘ Verhaltensweisen zu brandmarken: Jene Politiker

Obgleich sich die Positionen in beiden Debatten in bestimmten Bewertungen unterscheiden, ist der zentrale Streitpunkt in beiden Fällen die Frage nach dem Stellenwert menschlich-persönlicher Bedürfnisse und Leidenschaften im Verhältnis zu machtpolitischen Interessen in internationalen Beziehungen, also nach der Relevanz von affektgeleitetem gegenüber instrumentellem Handeln.

Die folgenden Überlegungen handeln von der Art und Weise, in der Subjektivität in internationalen Konflikten im Unterschied zu innergesellschaftlichen Konflikten zum Ausdruck kommt; davon also, von welcher Art die situationstypischen Strukturmerkmale und die entsprechenden Konflikterfahrungen in den zwei Situationen sind, und wie diese typischerweise verarbeitet werden. Diesen Versuch einer systematischen Analyse verstehe ich zugleich als einen Beitrag zur aktuellen Diskussion zwischen bereichsspezifischen Ansätzen und Disziplinen in der Friedens- und Konfliktforschung, hier also der Politikwissenschaft und der Psychologie.

und Strategen, die sich auch nach seinem Zusammentreffen mit Ronald Reagan in Reykjavik noch an die Doktrin der Abschreckung „klammerten“, seien – so meinte Gorbatschow – offenbar davon überzeugt, daß Gewalt und Drohung mit Gewalt die Grundlage seien, „auf der man mit anderen reden und korrespondieren kann und muß“. Gorbatschow fuhr hier mit einer rhetorischen Frage fort: „Wie würden wir uns zu einem derartigen Menschen verhalten, falls wir ihm auf der Straße begegneten? Warum halten denn scheinbar zivilisierte Politiker derartige Standards, die seit langem schon als Unsinn gelten, wenn es sich um die Beziehungen zwischen einzelnen Menschen handelt, nach wie vor für eine beinahe selbstverständliche Norm in den Beziehungen zwischen den Staaten?“<sup>5)</sup>

In der Tat können die nukleare Drohpolitik und die Doktrin(en) der Abschreckung besonders gut die Wirksamkeit einer auch von Hoffmann hervorgehobenen Roheit („crudeness“) der Gefühlslagen und psychologischen Mechanismen, die in den internationalen Beziehungen am Werk sind, exemplifizieren. Die Kritik der Abschreckung hat daher seit langem sowohl in makroanalytischer als auch in mikroanalytischer Perspektive auf lernpathologische Interaktionsprozesse der im Ost-West-Kon-

<sup>5)</sup> Michail Gorbatschow, Für die Unsterblichkeit der menschlichen Zivilisation. Ansprache vor den Teilnehmern am internationalen Forum ‚Für eine Welt ohne Kernwaffen, für das Überleben der Menschheit‘, Moskau 16. Februar 1987.

flikt geltenden nuklearen Drohpolitik hingewiesen. In ihnen kommt eine Konfliktdynamik zum Ausdruck, vor der reale Problemlagen, um die in realistischen Weise gerungen werden könnte, in den Hintergrund gedrängt werden<sup>6)</sup>. Dabei wird in der Regel auf ein spezifisches Situationsmerkmal hingewiesen, nämlich die unterstellte Anarchie in den internationalen Beziehungen<sup>7)</sup>.

Denn diese internationalen Beziehungen als Beziehungen zwischen den mehr als 160 nationalstaatlichen Einheiten erscheinen — im Vergleich zu den innergesellschaftlichen Beziehungen in den Industriestaaten — als weitgehend normenlos bzw. als von solcher Art, daß sich im Grenzfall das Recht des Stärkeren durchsetzen kann. Eigene Bestrebungen und Interessen werden nur in geringem

Maße durch normativ vorgegebene und verinnerlichte Beschränkungen gebremst bzw. geformt. Es ist zu vermuten, daß in diesem situativen Unterschied auch die eigentümliche Ungehemmtheit begründet ist, die die internationale Politik allgemein, vor allem aber die Sicherheitspolitik, kennzeichnet. Solche Ungehemmtheit hat Hoffmann veranlaßt, von der Notwendigkeit zu sprechen, „das Biest zu zähmen“, soweit Struktur und Logik der internationalen Beziehungen eine solche Zählung zulassen.

Wenn man Gorbatschows Stichwort vom zivilisierten Verhalten und vom Mangel entsprechenden Verhaltens zwischen Staaten aufgreift, so erweist es sich als hilfreich, Norbert Elias Erkenntnisse über den »Prozeß der Zivilisation« heranzuziehen<sup>8)</sup>.

### III. Struktur, Erfahrungsbezug und subjektive Orientierungsweisen innergesellschaftlicher im Vergleich mit internationalen Beziehungen

Die innergesellschaftliche Struktur innerhalb der Industriestaaten ist durch eine starke Arbeits- und Funktionsteilung sowie wechselseitige Abhängigkeiten gekennzeichnet. Man kann deshalb von einem Interdependenzgeflecht sprechen. Diese Interdependenz hat territorial festgelegte Grenzen, innerhalb derer eine Zentralgewalt, der Staatsapparat, sowohl die gemeinschaftlichen Hilfsmittel in Form von Steuern als auch die physischen Gewaltmittel (Polizei, Militär) monopolisiert. Die Erfahrungsbezüge in dieser Struktur sind durch dichte, direkte und indirekte, sowie vielfältige Interaktionen gekennzeichnet. Entsprechend sind die persönlichen Orientierungsweisen durch stark differenzierte Rollenerwartungen, durch persönliche Rück- und Voraussicht und eine entsprechende Dämpfung spontaner menschlicher Leidenschaften und Affekte gekennzeichnet. Die Potentiale persönlicher Gewalttätigkeit sind — wie Elias sagt — kaserniert, d. h. zum einen im sozialen Habitus der Menschen umgeformt und zurückgedrängt, zum anderen in dafür explizit oder implizit vorgesehenen gesellschaftlichen Orten und Institutionen gespeichert<sup>9)</sup>.

Es ist einleuchtend, daß sich vergleichsweise erfahrungsträchtige Beziehungen und eine hohe Affektbeherrschung der Menschen einstellen. Die Chance einer wirklichkeitsgetreuen Realitätsprüfung ist

also relativ groß. Auf das in diesem Zusammenhang vorhandene, teils offene, in der Regel aber latente Unbehagen in der Kultur, von dem Freud sprach<sup>10)</sup>, soll an dieser Stelle nur hingewiesen werden. Hier geht es zunächst einmal darum, die eben beschriebene Szene mit der internationalen Beziehungen zu vergleichen.

Die Struktur internationaler Beziehungen — wenn man diese insgesamt betrachtet — läßt eine relativ undifferenzierte, gering ausgeprägte und oft asymmetrische Funktionsteilung erkennen. Mit Ausnahme der Beziehungen zwischen westlichen Industriegesellschaften ist nicht ein auf wechselseitiger Abhängigkeit basierendes Interdependenzgeflecht kennzeichnend, sondern in der Regel eine mangelnde Dichte oder nur einseitige Abhängigkeit. Zwar haben sich seit Ende des letzten Jahrhunderts grenzüberschreitende Institutionen mit einem politischen oder einem funktionalistischen Selbstverständnis gebildet, um wechselseitige Vorteile von Kooperation auch im Kontext internationaler Beziehungen zu realisieren. Aber Strukturen und Erfahrungen dieser Art sind bisher nicht zum allgemein gültigen Organisationsprinzip geworden. Angesichts asymmetrischer struktureller Abhängigkeiten wurde die Idee der kooperativen Interdependenz sogar als bloß herrschaftsstabilisierende Ideologie der jeweils mächtigsten Akteure denunziert. Das Wettbewerbsprinzip wirkt daher im internationalen Kontext nach wie vor eher so, daß Gewinne der einen Seite tendenziell als Verlust der anderen begriffen werden.

Im Kontext der internationalen Beziehungen sind persönliche Erfahrungsbezüge entsprechend selten und sporadisch. Es gibt mit Ausnahme der erwähnten Ländergruppe vergleichsweise wenig Interaktionen direkter oder vermittelter Art. Das zeigt sich

6) Siehe Dieter Senghaas, Rüstung und Militarismus, Frankfurt 1972; Ernst-Otto Czempel, Nachrüstung und Systemwandel, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 5/82, S. 22–46.

7) Siehe St. Hoffmann (Anm. 3); Morton Deutsch, The Malignant (Spiral) Process of Hostile Interaction, in: K. White (Anm. 1), S. 131–150; Robert Jervis, Deterrence, the Spiral Model and Intentions of the Adversary, in: Ebda., S. 107–130.

8) Norbert Elias, Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen, Frankfurt 1976.

9) Vgl. ebda., Bd. 1, S. 278f.

10) Vgl. Sigmund Freud, Das Unbehagen in der Kultur (1929), GW Bd. XIV, Frankfurt 1963, S. 419–506.



besonders auffällig im Bereich der zwischenstaatlichen Kommunikation. Insbesondere dort, wo Drohhpolitik herrscht, wird der im innergesellschaftlichen Raum vorrangigen Kommunikationsform, dem direkten Gespräch bzw. der menschlichen Sprache, nur geringer Wert beigemessen. Wichtige Voraussetzungen, die in innergesellschaftlichen Beziehungen normalerweise eine Kommunikation zwischen den Menschen auch im ernstesten Konfliktfall ermöglichen, fehlen auf der internationalen Ebene: die Annahme der Wahrhaftigkeit der Rede, das Vertrauen, mit der Sprache auch Mißverständnisse erkennbar und ausräumbar machen zu können, und schließlich das Vertrauen auf ungefähr den gleichen Bedeutungsgehalt von Wörtern.

Das Problem liegt nicht nur darin, daß ein internationaler Kontext in der Regel ein interkultureller ist; was bedeutet, daß eine meta-sprachliche Verständigung darüber, an welchem Punkt man sich in der Kommunikation gerade befindet, außerordentlich schwer ist. Darüber hinaus ist vielmehr sichtbar, daß Sprache hier überhaupt in einem viel geringeren Maße als Medium wechselseitiger Verständigung über Probleme und auch Konflikthalte und -strategien genutzt wird als im innergesellschaftlichen Leben.

Zwar sagt das Bild der sprichwörtlichen diplomatischen Sprache etwas darüber aus, daß gerade auf dieser Ebene sorgfältig auf die Verbindlichkeit der Rede und die Dämpfung der zum Ausdruck kommenden Motive geachtet wird. Genau diese Förmlichkeit hat aber zur Kehrseite, daß nicht nur große Mühe auf die Auslegung sprachlicher Botschaften verwandt wird, sondern auch, daß je nicht-sprachliche Signale und Indikatoren für unterstellte Absichten und Verhaltensweisen aufgespürt werden müssen<sup>11)</sup>. Diese haben im Unterschied zur lebendigen Sprache den Nachteil, daß vor allem in zugespitzten Konfliktbeziehungen ihre Richtigkeit nicht pragmatisch mit der anderen Seite geklärt werden kann, sondern auf einer a-dialogischen, quasi-deduktiven Erkenntnissuche beruht. Ob das, was man verstanden hat, auch so gemeint war, bleibt ein anhaltendes Problem. Ganze Forschungsinstitute dienen seiner Aufklärung ohne Ende. Dieses institutionalisierte Verhalten, in allen möglichen Handlungen neben den expliziten sprachlichen Botschaften nach Signalen zu suchen bzw. Indikatoren darüber aufzuspüren, ob die andere Seite tatsächlich das beabsichtigt oder vorhat, was man ihr hypothetisch unterstellt, hat tiefes Mißtrauen zur Grundlage. Ihm entspricht ein Mangel an gemeinsamen positiven Erfahrungen.

<sup>11)</sup> Vgl. Robert Jervis. *The Logic of Images in International Relations*. Princeton 1970.

In einem solchen Kontext kann es kaum differenzierte Rollen oder Verhaltenserwartungen geben. Typisch sind dagegen Images (Vorstellungsbilder)<sup>12)</sup> und Weltsichten, die relativ einfach strukturiert sind und wenig Differenzierungen zulassen. Sie beherrschen die politische Praxis, nicht selten jedoch auch wissenschaftliche Abhandlungen. Einen Sonderfall bilden dabei die sogenannten Feindbilder (übrigens auch Freundbilder). Sie sind weniger aufgrund ihres kognitiven Gehalts interessant als aufgrund der ihnen zugrundeliegenden Affekte<sup>13)</sup>. Sie machen augenfällig, daß im internationalen Kontext — mit Ausnahme der diplomatischen Sprache — potentiell eine sehr viel geringere Kultivierung der Affekte zu beobachten ist als im normalen industriegesellschaftlichen Kontext. Anders als innerhalb von Gesellschaften wird wirklichkeitsgerechte Realitätsprüfung in den internationalen Beziehungen zum chronischen Problem.

Die Skizze der beiden Kontexte oder Situationen, in denen sich internationales und innergesellschaftliches bzw. innerstaatliches Handeln bewegt, hat bisher eine wichtige Unterscheidung noch nicht erwähnt. Es geht um die zwei Situationen, innerhalb derer Menschen Erfahrungen mit internationalen Sachverhalten machen können:

— einmal um die bei weitem überwiegende Gruppe von Menschen ohne staatliche Vertretungskompetenz,

— zum anderen um die eher kleine Gruppe von Menschen, die auf der außenpolitischen Ebene Entscheidungsträger sind bzw. die Außenpolitik maßgeblich mitbestimmen.

Diese Unterscheidung ist wichtig, wenn wir die sozialen Interaktionen und subjektiven Orientierungen im internationalen Geschehen näher betrachten wollen, um zu erkennen, wie institutionelle und individuelle Prozesse zusammenwirken<sup>14)</sup>. Betrachten wir zunächst die Situation staatlicher Repräsentanten.

<sup>12)</sup> Siehe Kenneth Boulding, *The Image*, Ann Arbor 1956.

<sup>13)</sup> Vgl. dazu Friedensanalysen für Theorie und Praxis I. In: Vierteljahresschrift für Erziehung, Politik und Wissenschaft. Schwerpunkttheft: Feindbilder. Frankfurt 1974; Anne Ostermann/Hans Nicklas, *Vorurteile und Feindbilder*, München-Berlin-Wien 1976; ein rein kognitives Verständnis findet sich in Daniel Frei, *Feindbilder und Abrüstung. Die gegenseitige Einschätzung der UdSSR und der USA*, München 1985.

<sup>14)</sup> Vgl. Herbert Kelman (Hrsg.), *International Behavior. A Social-Psychological Analysis*, New York 1965; sowie ders., *An Interactional Approach to Conflict Resolution*, in: K. White (Anm. 1), S. 171–193.

## IV. Staatliche Repräsentanten – der subjektive Faktor

Zur Veranschaulichung der Situation von politischen Entscheidungsträgern und staatlichen Repräsentanten möchte ich eine Selbstdarstellung aus der Akteursperspektive zitieren. Es handelt sich um eine Äußerung von Egon Bahr. Aufgrund eigener Erfahrungen formulierte er: „Ich kann mich als Individuum mit einem sowjetischen Individuum schnell auf der menschlichen Ebene verständigen. In dem Augenblick, indem ich am Verhandlungstisch sitze und gewissermaßen die Last des Interesses meines Staates mit einbringe, ist das eine völlig andere Sache. Das heißt, ich komme dort in Korsetts hinein – der andere übrigens auch –, die zu durchbrechen, Mut verlangt. Eine Gipfelbegegnung zwischen dem ersten Mann aus Washington und aus Moskau bedeuten die stärksten Korsetts, die man Individuen auferlegen kann, zugleich mit den stärksten Möglichkeiten, sie zu durchbrechen.“<sup>15)</sup>

In der persönlichen Perspektive macht es also Sinn, den Streit zum beiderseitigen Vorteil unmittelbar zu beenden. Eine solche Perspektive kam z. B. auch in den Kinderbriefen an Reagan und Gorbatschow zum Ausdruck. Eine 13jährige Hamburger Schülerin fragte zum Beispiel Mitte der achtziger Jahre in ihrem Brief: „Was nützen die Raketen überhaupt? Warum haben Sie eigentlich Streit miteinander? . . . Warum können Sie nicht mal sagen: ‚Entschuldigung, ja, vergessen wir alles und geht klar; wir versichern abzurüsten‘. Jeder lebt in seinem Land, friedlich, und kein Mensch muß sich mehr fürchten? Oder sehen Sie gar keinen Menschen in sich?“<sup>16)</sup>

In der Perspektive des Staatsvertreters gilt es dagegen, zuerst das Interesse des Staates als des hinter der Person stehenden Kollektivs einzubringen. Bei der Definition dieses Interesses und auch dem Umgang damit ist die Prägung durch den institutionellen Kontext von großer Bedeutung. Hoheitliche Institutionen wie z. B. das Militär und politische Ämter, wie die des Verteidigungsministeriums oder des Staatsoberhauptes, richten innenpolitisch sehr eng definierte Erwartungen an amtierende Personen. Dies zeigt sich beispielsweise darin, daß gelegentlich Politiker und Militärs (in Ost und West), sobald sie nicht mehr im Amt sind, von Anhängern der Nuklearstrategie zu ausgesprochenen Abrüstungsbefürwortern werden.

Der Politikbereich in den erwähnten Beispielen ist nicht zufällig. Es ist vornehmlich der Bereich der militärischen Sicherheitspolitik, der für die eingangs erwähnte Roheit von Gefühlslagen und psychologischen Mechanismen einen besonderen

Nährboden liefert. Internationale Wirtschaftsbeziehungen bleiben davon eher verschont, wenngleich es auch hier Ausnahmesituationen gibt. Sicherheitspolitik ist besonders für solche Mechanismen anfällig, weil sie der institutionalisierte Ausdruck einer kollektiven Identitätsbildung durch Abgrenzung ist. Hier liegt ein besonderes, massenpsychologisch bestimmtes Zusammenspiel von Regierung und Bevölkerung vor.

Psychologisch aufklärungsbedürftige Tatbestände, wie übertriebene Bedrohungswahrnehmungen, selektive Wahrnehmungen und der Mangel, sich in die Gedanken- und Empfindungswelt der anderen hineinzusetzen, also ein Mangel an Empathie (im Unterschied zur gefühlsmäßig basierten Sympathie), sind vor allem hinsichtlich sicherheitspolitisch relevanter Vorgänge zu beobachten. Von politikwissenschaftlicher Seite ist auf die Fehlleitung kognitiver Prozesse in politischen Entscheidungssituationen, insbesondere in Krisen- und Kriegssituationen viel Aufmerksamkeit gerichtet worden<sup>17)</sup>. Das hat damit zu tun, daß in internationalen Krisen aufgrund des subjektiven Faktors Chancen und Gefahren verdichtet sind.

In diesem Zusammenhang sind die psychologischen Prozesse von besonderer Bedeutung, die aus einer sich selbst erweiternden Spirale von Selbstbindungen resultieren. Sie wurden jüngst in einer politisch-psychologischen Untersuchung der deutschen Entscheidungsträger im Juli 1914 minutiös nachgezeichnet<sup>18)</sup> und in folgenden Haltungen verankert gesehen: in der Überbewertung früherer Erfolge mit einer Politik der Stärke, in übertriebener Zuversicht für die Erfolgchancen eines einmal festgelegten Vorgehens und in mangelnder Aufnahmebereitschaft für warnende Hinweise und dissonante Informationen. Solche Haltungen sind als subjektive Faktoren in Entscheidungsprozessen besonders bedeutsam, wenn sie institutionalisiert sind. Eine Analyse der letzten 14 Tage vor Kriegsbeginn im Jahre 1914 unter dieser Perspektive wirkt deshalb auch heute noch so aufrührend, weil ein institutionalisiertes Ausblenden relevanter Informationen, also ein Nicht-Wissen-Wollen, die Informationspolitik des deutschen Auswärtigen Amtes bestimmte. Dabei geht es dann nicht mehr um individuelle Selbsttäuschung, sondern um deren politische und administrative Institutionalisierung mit der Folge einer Lernunfähigkeit von Organisationen und Amtsinhabern.

Die vielfache Verstärkung von Lernunfähigkeit hat nicht nur etwas mit geringer realer Interaktions-

<sup>15)</sup> Hanne Birckenbach, Forschungsaufgaben für eine politische Psychologie gemeinsamer Sicherheit, in: Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), *Gemeinsame Sicherheit. Dimension und Disziplinen*, Baden-Baden 1987, S. 235–264, hier S. 260.

<sup>16)</sup> Zit. nach einer Untersuchung, über die H. Birckenbach (Anm. 15) berichtet.

<sup>17)</sup> Vgl. R. Jervis (Anm. 11), sowie ders., *Perception and Misperception in International Politics*, Princeton 1976; Richard New Lebow, *Between Peace and War*, Baltimore-London 1981.

<sup>18)</sup> Vgl. Richard Ned Lebow, *Kognitive Blockierung und Krisenpolitik. Deutsche Entscheidungsträger im Juli 1914*, in: Reiner Steinweg (Hrsg.), *Kriegsursachen. Friedensanalysen 21*, Frankfurt 1987, S. 191–247.

dichte und eingeschränkten Erfahrungsmöglichkeiten zu tun. Vielmehr tragen auch innenpolitisch begründete Rollenerwartungen dazu bei. Würden sie öffentlich diskutiert, wären sie prinzipiell revidierbar. Eine solche Revisionsmöglichkeit wiederum ist erheblich von einem weiteren psychologischen Faktor abhängig, nämlich dem, was man als Klima oder Stimmung in den relevanten Institutionen und in der Bevölkerung bezeichnen könnte. Klima und Stimmung unterstützen die Tendenz des Gruppendenkens („groupthink“)<sup>19</sup>.

Diese Tendenz zum Gruppendenken ist eine Erscheinung, die auch innenpolitisch hinsichtlich innergesellschaftlicher Konflikte allgegenwärtig ist. Ihre besondere Relevanz bekommt sie jedoch in internationalen Krisen, weil die Bereitschaft zur Gewaltanwendung zwischen Staaten im überkommenen System internationaler Beziehungen, von wenigen Bereichen abgesehen, institutionalisiert ist. Kollektive Gewaltbereitschaft ist immer noch die Regel — sie ist systemisch. Obwohl es schon schwache Gegeninstitutionen, wie das allgemeine Gewaltverzichtsprinzip im Rahmen der Vereinten Nationen, gibt, findet eine allgemeine Veränderung der normativen Handlungsorientierungen hier nur langsam statt. Nach wie vor muß internationale Politik, insbesondere Sicherheitspolitik, als der Kontext angesehen werden, in dem es keinen allgemein geltenden Grundkonsens über die Grenzen gibt, innerhalb derer gegensätzliche Interessen verfolgt werden dürfen. So mangelt es insbesondere an Normen, die einer Politik gemeinsamer Sicherheit zugrunde liegen müßten.

Auf welche Weise persönliche und institutionelle Faktoren auf dem Hintergrund solchen Mangels an einer Konzeption gemeinsamer Sicherheit im Nuklearzeitalter zusammenwirken, kann exemplarisch an der Kuba- (oder Karibik-)Krise im Herbst 1962 gezeigt werden<sup>20</sup>. Diese Krise gewöhnlicher Machtrivalität hat nach eigener Einschätzung der Hauptakteure die Welt an den Rand eines therm nuklearen Kriegs geführt. Der amerikanische Präsident und mit ihm seine Beratergruppe empfanden sich durch die Sowjetunion dazu herausgefordert, an der vom Präsidenten früher abgegebenen Selbstverpflichtung, keinerlei offensive Raketen auf Kuba zuzulassen, unbedingt festzuhalten. Den Hintergrund bildete eine innenpolitische Situation, in der von der Opposition die Frage von Raketen auf Kuba zu einer nationalen Lebensfrage gemacht worden war. Obwohl sich die Beratergruppe des Präsidenten über die Berechtigung dieser Einschät-

zung nicht einig war, war die oppositionelle Definition der Lage eine wichtige politische Kontextbedingung für die Entscheidungsfindung. John F. Kennedy ging nach Aussagen seines Bruders Robert soweit, eine Anklage gegen sich für den Fall für wahrscheinlich zu halten, daß er nicht seine Bereitschaft demonstriert hätte, für das Ziel des Abzugs der Raketen auch Krieg zu riskieren. Hier verschmolzen also institutionell abgesicherte Interessen an innen- und außenpolitischer Machterhaltung mit dem Faktor des innenpolitischen Klimas.

Innerhalb des sehr kleinen Handlungsrahmens einer eng verstandenen Position der Unnachgiebigkeit war sich John F. Kennedy allerdings der Gefahr bewußt, daß wechselseitige Fehlwahrnehmungen zu Schritten verleiten könnten, die zu begrenzen, schließlich nicht mehr in der Kraft derer stehen würde, die die Entscheidungen getroffen haben. Sein Bruder Robert Kennedy berichtet, wie stark den Präsidenten eine damals soeben veröffentlichte Studie von Barbara Tuchman über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges beeindruckt habe<sup>21</sup>). Kennedys Besorgnis, auf keinen Fall zu einer Situation wie im August 1914 beizutragen, ist gewiß nur eine Facette in seinem Handeln. Sie ist aber in unserem Zusammenhang besonders erwähnenswert, weil sie darauf hinweist, daß historische Erfahrungsbezüge Aufmerksamkeitsrichtungen und damit Handeln in institutionellen Positionen beeinflussen.

Kennedy hatte neben der Maxime der Entschlossenheit eine zweite Maxime: Er legte Wert darauf, daß der Herausforderer der Macht, der Generalsekretär der KPdSU, Chruschtschow, seine Herausforderung zurückziehen können sollte, ohne dabei das Gesicht zu verlieren, also ohne eine Demütigung. Diese zweite Maxime Kennedys unterstreicht die Bedeutung persönlicher Eigenschaften von Entscheidungsträgern, zumal in der Krise. Diese Bedeutung gilt auf der anderen Seite auch besonders für Chruschtschow, der sich als fähig erwies, kriegsträchtige Fehleinschätzungen zu revidieren.

Was Chruschtschow bewogen hat, an der vermutlich im Frühsommer gefällten Entscheidung, Raketen auf Kuba zu errichten, auch noch festzuhalten, als im Frühherbst Kennedy seine Administration öffentlich verpflichtete, eine Installierung von Raketen auf Kuba nicht zu tolerieren, ist nach wie vor nicht aufgeklärt. Es spricht viel dafür, daß sein Verhalten und das seiner Mitverantwortlichen jedenfalls nicht von den Motiven beherrscht war, die von den Politikern und Interpreten der Abschreckung unterstellt werden: also einer nüchternen, rationalen Analyse der Entschlossenheit des Gegners. Wie sein späteres Verhalten zeigt, wollte Chruschtschow die Position der Sowjetunion verbessern, aber nicht um den Preis eines möglicherweise für alle vernichtend verlaufenden Krieges. Offenbar hat er zunächst diejenigen Informationen für unbedeutsam erachtet, die ihm das Kriegsrisiko seines Handelns hätten signalisieren können. Es war ihm

<sup>19</sup>) Vgl. Irving L. Janis/L. Mann, *Victims of Groupthink. Psychological Studies of Policy Decisions and Fiascoes*, Boston 1982<sup>2</sup>.

<sup>20</sup>) In den letzten Jahren wurde eine Reihe von bisher geheimgehaltenen Dokumenten über die Kuba-Krise veröffentlicht. Wichtige Auszüge der Beratungen des offiziellen Beratungsgremiums des Präsidenten sind abgedruckt, in: *International Security*, 10 (1985) 1, S. 164–203. Vgl. dazu Robert Kennedy, *Dreizehn Tage. Wie die Welt beinahe unterging*, Darmstadt 1974; Marc Trachtenberg, *The Influence of Nuclear Weapons in the Cuban Missile Crisis*, in: *International Security*, 10 (1985) 1, S. 137–163.

<sup>21</sup>) Barbara W. Tuchman, *The Guns of August* (als Buch: New York 1963).

aber möglich — und das war entscheidend —, solche Selbsttäuschungen in der zugespitzten Situation des amerikanischen Ultimatums zu erkennen und einer veränderten Lageeinschätzung Platz einzuräumen.

Zwar hat der Generalsekretär der KPdSU seine Nachrüstungs-Initiative im Nachhinein doch als Erfolg bezeichnet. Er verwies darauf, daß sich die USA sowohl öffentlich bereit erklärt hätten, Kubas Integrität in Zukunft zu respektieren, als auch aus der Türkei die amerikanischen Raketen abzuziehen. Ob aber Chruschtschow hier im Nachhinein seine Politik rationalisierte oder schließlich von der Erfolgsbilanz überzeugt war, ist nicht vollends erhellt. Für den Ausgang der Krisensituation entscheidend war, daß die Kontrahenten Wege fanden, um den „Kriegsknoten“ (wie Chruschtschow — psychologisch sehr anschaulich — auf dem Höhepunkt der Krise an Kennedy geschrieben hat) zu lockern und schließlich zu lösen.

1962 konnte ein Weltkrieg vermieden werden, weil trotz Machtkampf und Fehlwahrnehmungen und trotz eines Mangels an solchen Strukturen, die die institutionalisierte Gewalt zwischen den Staaten

hätte zähmen können, eine Reihe von bedrohlichen Vorfällen zufällig glücklich bewältigt werden konnte, und weil eine Empfindung für die gemeinsame Gefahr da war. Diese bewog schließlich den einen der beiden Kontrahenten zum Einlenken.

Allerdings ist hier auch die Nachgeschichte politisch-psychologisch bedeutsam. Zwar gehen viele Beobachter davon aus, daß die Krisenerfahrung in beiden Großmächten den Gedanken der Entspannung befördert und zur Beendigung des Kalten Krieges beigetragen hat. Aber sowohl in der amerikanischen Strategiediskussion wurden die Krisenentscheidungen der Kennedy-Administration als Bestätigung für die nukleare Abschreckungspolitik angesehen als auch auf sowjetischer Seite paradoxerweise entsprechende Schlußfolgerungen gezogen: Mit dem Sturz Chruschtschows setzte ungeachtet der weitergeführten Entspannungspolitik eine erhebliche Aufrüstung ein. An militärischen Mitteln für eine politische Entschlossenheit sollte es in Zukunft nicht noch einmal mangeln. So betrachtet, haben sich verletzte Bedürfnisse nach anerkannter Gleichrangigkeit, also eben krude psychologische Faktoren, durchgesetzt.

## V. Individuen und die internationalen Beziehungen — der subjektive Faktor

Für das Problem von Krieg und Frieden, für die Bedeutung kollektiv organisierter direkter Gewalt in internationalen Beziehungen sind allerdings nicht nur die Handlungsweisen staatlicher Repräsentanten wichtig, auch wenn diese ausschlaggebend sind. Gerade weil es sich um kollektive Gewalt handelt, bedarf jede Regierung, unabhängig vom politischen System und der Regierungsform, einer gewissen Zustimmung zu ihrer Politik im eigenen staatlichen Kollektiv. Diese These heißt nicht, die Herrschaftsdimension innerhalb und zwischen Staaten verkennen, sondern sie politisch-psychologisch begreifen. Eine Kriegsführung der nationalen Führungseliten hängt auf seiten der Bevölkerung davon ab, daß die Gefühlslagen, die sich auf das Kollektiv beziehen, und die privaten Enttäuschungen und Konflikte der Individuen sich wechselseitig stärken. Damit werden sie zu einem kollektiven emotionalen Faktor in der internationalen Politik.

Das Selbstgefühl ist in drei Bereichen unmittelbar mit den Erfahrungen kollektiver, z. B. nationaler Identität verbunden: im Streben nach Zugehörigkeit, also sozialer Identität, nach Sicherheit und nach der Selbstachtung<sup>22)</sup>.

Im Zusammenhang mit dem Ost-West-Konflikt ist augenscheinlich das Sicherheitsbedürfnis die bestimmende gefühlsmäßige Bestrebung. Schon die

frühe Studie Bronfenbrenners<sup>23)</sup> aus dem Jahre 1961 über die spiegelbildlichen Images in den USA und der Sowjetunion bringt das später immer wieder thematisierte Grundgefühl der Bevölkerungen in beiden Militärblöcken zum Ausdruck: das Gefühl einer von der anderen Seite aufgezwungenen Verteidigungshaltung.

Die beispiellosen Rüstungsanstrengungen innerhalb der NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten werden sowohl von den politischen Entscheidungsorganen als notwendige, nur defensiv zu verstehende Sicherheitsvorkehrungen deklariert als auch in der informierten Öffentlichkeit und der breiten Bevölkerung lange Zeit als solche akzeptiert und legitimiert.

Die Frage, warum die geltende nukleare Abschreckungspolitik als Verteidigungs- und Sicherheitspolitik mehrheitlich akzeptiert wird, hat besonders seit dem Ende der ersten Entspannungsperiode psychoanalytisch orientierte Untersuchungen angeregt. Die Bedeutung subjektiver Sicherheitsbestrebungen und deren Verflechtung mit der regierungsamtlichen Abschreckungspolitik wurde auf drei analytischen Ebenen diskutiert:

— auf der Ebene der psychischen Selbsterhaltungsstrategien in der Triebabwehr-Konstellation,

<sup>22)</sup> Vgl. John Mack, Nationalism and the Self, in: The Psychology Review, 2 (1983) 2–3, S. 47–69.

<sup>23)</sup> Uri Bronfenbrenner, The Mirror-Image in Soviet-American Relations, in: Journal of Social Issues, 17 (1961) 3, S. 45–56; wiederabgedruckt in: K. White (Anm. 1), S. 71–81.

— auf der Ebene psychischer Selbsterhaltungsstrategien in rollentypischen Situationsanforderungen und

— auf der Ebene der psychischen Selbsterhaltungsstrategien gegenüber gesamtgesellschaftlicher Marginalisierung der sinnlichen und expressiven Seite der Menschen.

Analytische Versuche, die Struktur und Dynamik der Abschreckungspolitik auf dem Hintergrund von Triebabwehrmechanismen zu begreifen, stellen eine Verbindung zwischen entwicklungspsychologisch bedeutsamen Konflikten (sowie ihrer Bearbeitung) und Konflikten zwischen Kollektiven und Staaten her<sup>24</sup>). Solche analytischen Versuche, in frühkindlichen Konflikten begründete unbewußte Antriebskräfte für eine destruktiv wirkende Außen- und Sicherheitspolitik aufzudecken, unterstellen in der Regel, daß die kindlichen Erlebnisvorlagen, die zur Produktion und Unterstützung der Abschreckungspolitik beitragen, sich in den gegnerischen Staaten entsprechen. Es käme aber darauf an, die kulturellen Unterschiede auch entwicklungspsychologisch herauszuarbeiten. Statt sich allein auf die psychoanalytischen Erfahrungen der eigenen Gesellschaft zu beziehen, wären interkulturell die Erfahrungs- und Erlebniswelten zu untersuchen.

Analysen, die von Ähnlichkeiten zwischen den individuellen Triebabwehr-Konstellationen und den in der internationalen Politik sichtbaren Beziehungsstörungen ausgehen, scheinen dann fruchtbarer, wenn sie sich auf den Sozialisationsprozeß beziehen, in dem die einzelnen „einen Sinn von sich selbst als Mitglied einer nationalen Gruppe“ bzw. eines Großkollektivs internalisieren<sup>25</sup>). Von kritischen Politikern und Politikwissenschaftlern wird besonders häufig die Neigung zur moralischen Überhöhung der Nation, der die Menschen jeweils angehören, diskutiert. 1966 schrieb der amerikanische Senator Fulbright, es sei ein offenbar bedeutendes psychologisches Bedürfnis, die eigene Nation im Wettbewerb mit anderen um Größe, Wert und Stärke zu sehen. Die moralische Überhöhung, der als Stolz angesehene Hochmut, wenn es um die Zugehörigkeit zu einem nationalstaatlichen Kollektiv geht, ist von Erich Fromm mit dem Begriff des Gruppen-Narzißmus gefaßt worden. Verletzter Narzißmus ist gemäß psychoanalytischer Erkenntnis eine der wichtigsten Quellen für Furcht und Aggression<sup>26</sup>).

Eine analytische direkte Verbindung von frühkindlichen Erlebnisvorlagen zu internationalen Beziehungen entbehrt jedoch der Bezüge, in denen sich erwachsene Menschen zu bewegen gezwungen se-

hen, also vor allem der rollentypischen Anforderungen und Normen, die in einer Gesellschaft Geltung haben. Berücksichtigt man diese Anforderungen, so wird erkenntlich, daß die Autonomiekonflikte, die die (erwachsenen) Individuen im Alltagsleben, vornehmlich im Arbeitsleben, zu bewältigen haben, nachdrücklichen Einfluß auf die Vorstellungswelt von Konflikten und ihrer Bewältigungsformen in der nur selektiv erfahrbaren Realität internationaler Beziehungen haben. Manager z. B. tendieren gemäß einschlägiger Untersuchungen<sup>27</sup>) dazu, mit Bedrohung und Unsicherheit anders umzugehen als Lehrer; Schülerinnen anders als Hausfrauen, usf. Alle Gruppen neigen dazu, ihre innergesellschaftlich vorgezeichneten Rollenkonstellationen auf die Ebene der internationalen Beziehungen zu übertragen.

Die Aufmerksamkeit liegt bei dieser analytischen Herangehensweise auf situativ typisch erlebten Anpassungszwängen. Dies ist auch die Richtung, in die die Aufmerksamkeit auf der dritten der genannten analytischen Ebenen gerichtet ist. Bei dieser geht es um den Versuch einer gesellschaftstheoretisch ausgerichteten Rekonstruktion sozialpsychologischer Mechanismen, aufgrund derer sich die marginalisierten menschlichen Bedürfnisse nur noch in herrschaftskonformer Art Ausdruck verschaffen können<sup>28</sup>). Wenn also nachweislich ausgerechnet in Militär und im Krieg Abenteuerlust und Gemeinschaftsgefühl sowie Anerkennung oder gar geschlechtliche Gleichrangigkeit gesucht werden, so werfen diese illusionären Vorstellungen und Erlebnisbilder Schlaglichter auf die mangelhaften zivilen Möglichkeiten zur Erfüllung dieser grundlegenden Bedürfnisse<sup>29</sup>).

Gemäß der Befunde in den genannten Forschungsrichtungen ist die innergesellschaftliche Disziplinierung der Menschen und die fortschreitende Entsinnlichung ihrer Lebenswelt — individuell und sozial — überaus kostenträchtig. Denn aufgrund gesellschaftlicher Funktionsverflechtung entwickelt sich ein Prozeß der Unterdrückung, Verfeinerung und Sublimierung menschlicher Affekte und produziert eine Unbewußtheit, die sich in verschiedenen Formen äußern kann: in psychosomatischem Leiden der einzelnen ebenso wie in einer latenten Gewaltbereitschaft von Kollektiven.

27) Siehe Birgit Volmerg/Ute Volmerg/Thomas Leithäuser, *Kriegsängste und Sicherheitsbedürfnis. Zur Sozialpsychologie des Ost-West-Konflikts im Alltag*. Frankfurt 1983.

28) Siehe Klaus Horn, *Gewalt, Aggression, Krieg. Studien zu einer psychoanalytisch orientierten Sozialpsychologie des Friedens*, Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung, Bd. XIII, Baden-Baden 1988.

29) Zum Motiv der Abenteuerlust vgl. Hanne Birckenbach, *Mit schlechtem Gewissen — Wehrdienstbereitschaft von Jugendlichen*, Baden-Baden 1985; zur Frage der geschlechtlichen Gleichrangigkeit vgl. Eva Senghaas-Knobloch, *Einmischung in friedenspolitischer Absicht. Zwischen Machtpolitik und Subjektivität*, in: *Feministische Studien*, 3 (1984) 2, S. 9–26.

24) Vgl. Horst Eberhard Richter, *Psychologie des Friedens*, Reinbek bei Hamburg 1982; Thea Bauriedl, *Die Wiederkehr des Verdrängten. Psychoanalyse, Politik und der einzelne*, München-Zürich 1986.

25) Vgl. J. Mack (Anm. 22), S. 52.

26) Vgl. Erich Fromm, *Anatomie der menschlichen Destruktivität*, Stuttgart 1974.

## VI. Schlußbemerkung

In der prozeßsoziologischen Perspektive von Norbert Elias wird Licht auf den langwierigen Prozeß der Verfeinerung der Konventionen, d. h. der Erwartungen geworfen, die die Menschen im Umgang miteinander hegen. Demgegenüber wird in der hier behandelten sozialpsychologischen Gegenwartsanalyse die nicht-konventionelle Seite, das dem Menschen Unbewußte der menschlichen Interaktionen, betrachtet. In der ersten Perspektive wird das historische Zurückdrängen offener, direkter Gewaltanwendung zwischen Menschen beobachtbar, in der zweiten Perspektive die nach wie vor vorhandene, zumindest latente Bereitschaft zur kollektiven Gewaltanwendung in Konflikten. Geht es der einen Betrachtung um die Historizität von Subjektivität, um das Nachzeichnen der sozialen Prozesse, in denen das moderne Verhältnis von Individuum und Gruppe, von Subjektivität und sozialer Umwelt (Wir-Ich-Balance) herausgebildet wird<sup>30)</sup>, so geht es in der anderen Betrachtungsweise um das Schicksal der in der Natur der Menschen angelegten Triebbedürfnisse und Leidenschaften.

Beide Betrachtungsweisen beziehen sich allerdings ausschließlich auf einen Typ gesellschaftlicher Entwicklung und nur auf eine der gegenwärtig vorfindbaren Gesellschaftsformationen. Gemeint sind hochindustrialisierte Gesellschaften mit aufgefächerten internen Marktverflechtungen. Erweitert man den Blickhorizont auf die neuere Geschichte der Kriege, so zeigt sich, daß die alten Vorstellungen der sozialistischen Theorie und Ideologie, derzufolge Kriege mit der Überwindung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften ein Ende finden, unzureichend sind. Staaten mit sozialistischem oder kommunistischem Selbstverständnis haben mehrfach gegeneinander konventionelle Grenzkriege geführt oder sind in Anti-Regime-Kriege verwickelt. Sowjetunion – Volksrepublik China; Volksrepublik China – Vietnam; Vietnam – Kambodscha sind Beispiele, abgesehen von den militärischen Aktionen, die im europäischen Hegemonialbereich der Sowjetunion stattfanden<sup>31)</sup>. Auf der anderen Seite gibt es bürgerlich-kapitalistische Staaten, die – wie die Schweiz und Schweden – in der internationalen Kriegsstatistik gar nicht auftauchen. Liegt die Gewaltträchtigkeit also nicht in der Gesellschaftsformation, sondern, wie jüngst von Ekkehard Krippendorff behauptet, in der Staatlichkeit an sich begründet<sup>32)</sup>?

Nun haben quantitative Kriegsursachenforschungen in der Tat den Befund erbracht, daß mit der Zahl der Staaten nicht nur die zwischenstaatlichen Kriege, sondern auch die innerstaatlichen Kriege

zunehmen, und daraus wurde die Schlußfolgerung gezogen, daß damit der Nimbus des staatlichen Gewaltmonopols als Friedensstifter verblaßt sei, wie es z. B. Jürgen Gantzel ausdrückte<sup>33)</sup>. Eine solche Schlußfolgerung ist aber nur gerechtfertigt, wenn formale Souveränität und völkerrechtliche Anerkennung schon als zureichender Ausdruck für vergleichbare Nationalstaatlichkeit im Hinblick auf das staatliche Gewaltmonopol und seine Wirksamkeit unterstellt werden. Vergleichende Sozialforschungen und psychoanalytisch-sozialpsychologische Analysen haben jedoch gezeigt, daß es ganz bestimmte Gesellschaftsstrukturen sind, die eine kollektive Gewaltbereitschaft erzeugen. Nimmt man die entsprechenden Ergebnisse ernst, so bedürfte es sorgfältiger Untersuchungen aus der Binnenperspektive der verschiedenen Gesellschaftsformationen und Staatsformen, um auch für diese das Verhältnis von innergesellschaftlichem zu internationalem Konflikterleben, aber auch die Genese der nationalen Interessendefinition auf der Ebene der Staatsbürger und der staatlichen Hoheitsträger zu klären.

Kriege werden gegenwärtig unter sehr verschiedenen Vorzeichen, Zielsetzungen und auch Feindbildern geführt. Dabei wird schnell deutlich, daß ein paradoxes Problem der Ungleichzeitigkeit existiert: Unter der Drohung der menscheitsvernichtenden Nuklearwaffen werden auf der öffentlich-deklaratorischen, politisch-willentlichen Ebene Kriege auf den Kernterritorien der Blöcke des Ost-West-Konflikts als historisch überholt betrachtet, aber dessenungeachtet beispiellose Aufrüstungen betrieben. Anderenorts wiederum werden Kriege für altbekannte Ziele geführt und auch offen legitimiert: Kriege um Territorien mit Rohstoffen, Kriege für nationale Selbstbestimmung, Kriege für Werte, die höher erachtet werden als Frieden. Es ist dieses Bild der Vielfalt, der Auffassung von unvermeidlichen Kriegen und der Absage an Krieg bei gleichzeitiger Hochrüstung, das einen Analytiker der internationalen Beziehungen wie z. B. Stanley Hoffmann so skeptisch gegen psychologische Aussagen macht, die ihren historisch- und regionalspezifischen Kontext nicht mitreflektieren.

Trotz aller Vielfalt ist allerdings nicht zu bestreiten, daß die Nuklearwaffen auch einen global wirkenden Herausforderungsdruck ausüben. Die Zerstörungspotenz der Nukleartechnologie hat Grundkategorien wie die der Souveränität und Selbstbestimmung in den internationalen Beziehungen brüchig gemacht. Zum einen macht eine einmal entfesselte Zerstörungsgewalt nicht an den staatlichen Grenzen halt, zum anderen spricht es offenbar jedem Menschenrecht hohn, wenn einzelne Menschen, durch die Staatsräson legitimiert oder nicht, einen Nuklearkrieg auslösen können. Robert Kennedy

<sup>30)</sup> Vgl. Norbert Elias, *Die Gesellschaft der Individuen*, Frankfurt 1987.

<sup>31)</sup> Siehe Anton Bebler, *Conflicts between Socialist States*, in: *Journal of Peace Research*, 24 (1987) 1, S. 31–46.

<sup>32)</sup> Vgl. Ekkehard Krippendorff, *Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft*, Frankfurt 1985.

<sup>33)</sup> Vgl. Jürgen Gantzel, *Tolstoi statt Clausewitz*, in: *R. Steinweg (Anm. 18)*, S. 25–97.

hat nach Aussage von Sorensen vorgehabt, seinem Buchmanuskript über die 13 Tage der Kuba-Krise, das nach seiner Ermordung erschien, folgende grundlegende ethische Frage anzufügen: „Welcher Umstand oder Anlaß — falls überhaupt einer denkbar ist — gibt unserer Regierung oder irgendeiner Regierung das moralische Recht, ihr Volk und möglicherweise alle Völker an den Rand der nuklearen Vernichtung zu bringen?“<sup>34)</sup> Aus einem neueren Dokument, dem Brief des damaligen Außenministers Rusk an den Harvard-Professor James Blight wird ersichtlich, daß auch Präsident Kennedy sich diese Frage vorgelegt haben muß, denn insgeheim hat er sich einen Ausweg aus seinem moralischen Dilemma verschaffen wollen. Er hatte für den Fall, daß Chruschtschow nicht auf das amerikanische Ultimatum eingehen würde, also Krieg zu befürchten gewesen wäre, eine Erklärung vorbereiten lassen, die vom damaligen Generalsekretär der Vereinten Nationen, U-Thant, als Vermittlungsvorschlag hätte präsentiert werden können: einen parallelen Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba und der amerikanischen Raketen aus der Türkei (ein Kompromiß, dem der Präsident öffentlich nicht zustimmen wollen, solange er nur auf einen sowjetischen Vorschlag zurückging<sup>35)</sup>).

Dieser späte Hinweis von einem Zeitzeugen der Kuba-Krise deutet auf einen bisher noch unzulänglich entwickelten, aber entfaltbaren politischen Erfahrungs- und Gestaltungsbereich hin, in dem sicherheitspolitisches Handeln (und internationale

<sup>34)</sup> R. Kennedy (Anm. 20), S. 130.

<sup>35)</sup> Vgl. ebda., S. 92 ff. Im Jahre 1987 fanden anlässlich des 25jährigen Zurückliegens der Kuba-Krise mehrere Konferenzen in den USA statt, zu denen Zeitzeugen und sowjetische Wissenschaftler eingeladen waren. Es ist hochbedeutend, daß im Bericht von Georgi Schachnasorow, dem Vorsitzenden des sowjetischen Politologenverbandes, über die Konferenz im Oktober eine Einschätzung dargelegt wird, derzufolge auch eine Kritik an der geheimen sowjetischen Waffenaufstellung angedeutet und für mehr Offenheit und mehr Austausch plädiert wird. Vgl. Neue Zeit, Moskau 1987, Ausgabe 49, S. 18–20.

Politik insgesamt) zivilisiert werden könnte: trans- und internationale Organisationen. Wir haben gesehen, daß eine dürftige Interaktionsstruktur sowie entsprechend geringe Erfahrungsträchtigkeit und wenig subjektive Orientierungsmöglichkeiten in den internationalen Beziehungen zur apostrophierten Logik und der entsprechenden Roheit hier wirksam werdender psychologischer Mechanismen beitragen. In einer Situation, die dem Machtstreben und dem Gruppennarzißmus vermeintlich keine Grenze setzt, kann man sich — wie im Fall Kennedys und auch Chruschtschows — oft nur insgeheim einer solchen Grenze verpflichtet wissen. In diesem Zusammenhang ist die Entwicklung transnationaler Kooperation und internationaler Organisationen von großer Bedeutung. Ihnen kommt nicht nur die Chance zu, eine schiedsrichterliche oder vermittelnde Rolle zu übernehmen; ihnen kommt vor allem die Bedeutung zu, Erfahrungsräume bereitzustellen<sup>36)</sup>, in denen interkulturell über Konfliktwahrnehmung und Konfliktverarbeitung gelernt werden kann. Sie können dabei die Chance bieten, emotional und kognitiv reife Haltungen in den internationalen Beziehungen zu fördern. So betrachtet, können internationale Organisationen auch die dargelegte Roheit psychologischer Mechanismen und deren Folgen in den internationalen Beziehungen überwinden helfen. Das setzt allerdings den Abbau der Souveränität im Sinne nationalstaatlicher Entscheidungskompetenz zur Kriegsführung voraus. Die Herausforderung besteht daher darin, den ideell vorhandenen Gedanken weltbürgerlicher Verantwortung so institutionell zu verankern, daß er mit den menschlichen Bestrebungen zur Selbstbestimmung auf lokaler und regionaler Ebene in Einklang stehen kann.

<sup>36)</sup> Vgl. Ernst-Otto Czempel, Friedensstrategien, Systemwandel durch Internationale Organisationen, Demokratisierung und Wirtschaft, Paderborn–München–Wien–Zürich 1987; sowie Marek Thee (Hrsg.), Preparation of Societies for Life in Peace, in: Bulletin of Peace Proposals, 18 (1987) 3 (Sonderheft).

# Feindbilder sozialistischer Erziehung in der DDR

## I. Schule als Instrument zur Durchsetzung des Sozialismus

„Das Bildungswesen hat die Aufgabe, junge Menschen zu erziehen und auszubilden, die mit solidem Wissen und Können ausgerüstet, zu schöpferischem Denken und selbständigem Handeln befähigt sind, deren marxistisch-leninistisch fundiertes Weltbild die persönlichen Überzeugungen und Verhaltensweisen durchdringt, die als Patrioten ihres sozialistischen Vaterlandes und proletarische Internationalisten fühlen, denken und handeln. Das Bildungswesen dient der Erziehung und Ausbildung allseitig entwickelter Persönlichkeiten, die ihre Fähigkeiten und Begabungen zum Wohle der sozialistischen Gesellschaft entfalten, die sich durch Arbeitsliebe und Verteidigungsbereitschaft, durch Gemeinschaftsgeist und das Streben nach hohen kommunistischen Idealen auszeichnen.“

Das Bildungsziel der allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit, wie es im Programm der SED von 1976 formuliert ist, gewinnt seine Konturen durch das Kontrastbild des ausgebeuteten und unterdrückten Menschen im Kapitalismus. Das Bild des Menschen im Kapitalismus steht in einem dialektischen Verhältnis zur sozialistischen Persönlichkeit.

Die Prägung der marxistisch-leninistischen Persönlichkeit durch Bildung und Erziehung ist entsprechend der materialistischen Geschichtsauffassung eine Erscheinung des ideologischen Überbaus der Gesellschaft und damit Widerspiegelung der konkreten gesellschaftlichen Praxis. Die sich entwickelnde Persönlichkeit ist Objekt gesellschaftlicher Einwirkungen, aber auch Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen. Ausgehend von den jeweils konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen, müssen Menschenbild und Persönlichkeit in jeder Epoche neu bestimmt werden.

Seit dem VIII. Parteitag der SED 1972 definiert sich die DDR nach dem Entwicklungsstand der Gesellschaft, der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse als entwickelte sozialistische Gesellschaft, in der es noch Klassen, Unterschiede und bestimmte differenzierte Interessen zwischen den Klassen gibt<sup>1)</sup>. In den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften hingegen ist nach marxistischer Auffassung der Mensch in seinen Beziehungen zur objektiven Realität gestört. Er ist entfremdet von seiner Tätigkeit, von der Natur, von den Mitmenschen

<sup>1)</sup> Siehe hierzu das richtungweisende Referat von Kurt Hager auf der Tagung der Gesellschaftswissenschaftler am 14. Oktober 1971. Vgl. Kurt Hager, Die entwickelte sozialistische Gesellschaft. Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften nach dem VIII. Parteitag der SED, Berlin 1972.

und von der Gesellschaft. Diese Entfremdung werde mit dem „realen Sozialismus“ in der DDR beseitigt, dessen Strukturmerkmale sozialistische Produktionsverhältnisse, politische Macht des Volkes unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, die Übereinstimmung von gesellschaftlichen und persönlichen Interessen seien.

Dieses Gesellschaftsbild fließt entsprechend dem Prinzip der Einheit von Schule und Leben in das Verständnis der Rolle der Schule ein: Die Schule ist „Instrument der Revolution“ und „objektiver Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung im Sozialismus“<sup>2)</sup>. Die Instrumentalisierung der Schule hat auch Konsequenzen für die Inhalte jeglicher schulischer Bildung. Jene sind Gegenstand gesellschaftlicher Entscheidung. Das sogenannte einheitliche sozialistische Bildungswesen soll zur „Bildung und Erziehung allseitig entwickelter sozialistischer Menschen“ beitragen und ist „in ständiger Wechselbeziehung untrennbar mit den anderen gesellschaftlichen Bereichen“ verbunden<sup>3)</sup>. Seine Funktion besteht darin, sozialistische Persönlichkeiten heranzubilden.

Das sozialistische Bildungswesen mit seinen ideologischen Zielen, die über den historischen und politischen Unterricht hinaus in allen Fächern angesprochen werden, verfolgt mit innerer Stringenz die Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind. Margot Honecker, die seit 1963 das Ministerium für Volksbildung leitet, oder Kurt Hager, im ZK der SED seit 1958 für die Bereiche Wissenschaft und Kultur zuständig und zugleich Vorsitzender des Ausschusses für Volksbildung in der Volkskammer, betonen immer wieder die historische Überlegenheit des Sozialismus und dessen Funktion, die Probleme der Menschheit zu lösen. Kontrastierend setzen sie der sozialistischen Gesellschaft die untergehende kapitalistische entgegen, die durchgängig mit Negativbildern besetzt wird<sup>4)</sup>.

<sup>2)</sup> Vgl. Karl Schmitt, Politische Erziehung in der DDR. Ziele, Methoden und Ergebnisse des politischen Unterrichts an den allgemeinbildenden Schulen in der DDR. Paderborn 1980. S. 47 ff.; Gisela Helwig (Hrsg.), Schule in der DDR. Köln 1988.

<sup>3)</sup> Kulturpolitisches Wörterbuch, Berlin 1978. S. 154 f.

<sup>4)</sup> Vgl. Deutsche Lehrerzeitung, Nr. 36/1987; Margot Honecker, Zur Bildungspolitik und Pädagogik in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1986; Kurt Hager, Rede auf dem Schulräteseminar in Ludwigswalde am 28. Oktober 1988, in: Neues Deutschland vom 29./30. 10. 1988. S. 9–11.



Das hier angelegte Schema ist dichotomisch. Im Feindbild sind eine Reihe negativer Vorurteile gebündelt, die eine differenzierte Beurteilung dessen, was man mit dem Etikett Feind versieht, unmöglich macht. Da der Bereich der internationalen Politik der unmittelbaren Erfahrung der Menschen weitgehend entzogen ist, werden Denkschablonen der alltäglichen Praxis auf diesen Bereich übertragen<sup>5</sup>). Ein dichotomisches Feindbild oder ein Freund-Feind-Schema erfüllt eine doppelte Funktion: Es trägt zur Integration des Lagers der Freunde bei, da die Existenz eines tatsächlichen oder fiktiven Feindes die Notwendigkeit der Einigkeit begründet. Zugleich bietet der Feind ein geeignetes Objekt für die Projektion eigener Probleme und zur Ableitung von Aggressionen. Vor der Bedrohung durch einen äußeren Feind verblassen die inneren Konflikte. In beiden Fällen verstellt das Feindbild die Wahrnehmung der Wirklichkeit und schirmt gegen Informationen aus dem Lager des Feindes ab. Schließlich vereinfacht ein Freund-Feind-Schema komplexe Zusammenhänge.

Erich Hahn, Professor für Marxismus-Leninismus am Institut für Geschichtswissenschaft beim ZK der SED, setzte sich in der Septemberausgabe von „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde“ mit „Feind- und anderen Bildern“ auseinander: „Die Einsicht in die Unvereinbarkeit des vom Antikommunismus heraufbeschworenen Feindbildes mit allen grundlegenden Erfordernissen der Friedenssicherung unter den heutigen Bedingungen ist in dem Maße gereift, in dem faktisch dieses Feindbild im Massenbewußtsein einer zunehmenden Erosion unterlag — als Resultat der vom Sozialismus ausgehenden Friedensoffensive.“<sup>6</sup>) Hahn belegt seine These, daß es ein dichotomisches Feindbild eigentlich nur im Westen gäbe, zunächst mit Äußerungen von Wissenschaftlern und Politikern aus der Bun-

desrepublik zur friedensgefährdenden Funktion des Antikommunismus. Dieses Feindbild sei stark emotionalisiert, enthalte subjektivistische Wertungen und gefühlsmäßige Stellungnahmen anstelle von Erklärungen und Begründungen. Außerdem sei der Antikommunismus absolut und dämonisiere den Gegner. Damit drohten auch die natürlichen Hemmungen gegenüber einem totalen Krieg zu schwinden.

Hahn verteidigt, wie es auch Kurt Hager bei verschiedenen Gelegenheiten getan hat, das sozialistische Feindbild damit, daß es nicht mit den oben genannten Kategorien zu messen sei; die Feinde des Friedens zu benennen, habe nichts mit einem Denken in Feindbildern zu tun<sup>7</sup>). Der Sozialismus setze sich, gestützt auf wissenschaftliche Erkenntnis und historisch nachweisbar, mit dem Kapitalismus und dem Imperialismus auseinander. In seiner Kapitalismuskritik beziehe sich die sozialistische Ideologie grundsätzlich auf eine ökonomische Gesellschaftsformation bzw. auf Klassen und nicht auf Nationen, Völker oder Staaten. In den imperialistischen Feindbildern werde dagegen von einem dichotomischen, bipolaren Welt- und Freund-Feind-Schema ausgegangen. Der Imperialismus sei von Natur aus nicht friedfertig, er müsse also friedensfähig gemacht werden<sup>8</sup>).

„Auf die Erkenntnis, daß Aggressivität im Wesen der imperialistischen Gesellschaft wurzelt, wird kein Marxist verzichten. Jawohl, imperialistische Aggressivität hat ihre Ursache nicht in irgendwelchen zweitrangigen, oberflächlichen, zufälligen, unwesentlichen Eigenschaften, sondern in ihrer wesensbestimmenden Eigenschaft, im monopolkapitalistischen Eigentum an den Produktionsmitteln.“<sup>9</sup>)

## II. Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit

Die Erziehung zur allseits entwickelten Persönlichkeit beinhaltet die Umgestaltung des Bewußtseins; denn das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse bil-

det sich nicht spontan. Dabei muß unterschieden werden zwischen der alltäglichen Aneignung des Klassenbewußtseins durch Individuen und auch der Arbeiterklasse einerseits und der Prägung des Bewußtseins durch den wissenschaftlichen Sozialismus andererseits. Während das Alltagsbewußtsein sich immer neu entwickelt, ist der wissenschaftliche Erkenntnisprozeß des Sozialismus historisch unwiderprüflich vollzogen<sup>10</sup>). Die sozialistische Ideologie wird über die marxistisch-leninistische Partei in die Arbeiterklasse hineingetragen. Diese Konzeption ermöglicht es, die Axiome des wissenschaftlichen Sozialismus als Widerspiegelung von objektiven Gesetzmäßigkeiten zu definieren und gleichzeitig das empirisch vorfindbare Alltagsbewußtsein zur bloßen Erscheinungsform abzuwerten.

<sup>5</sup>) Die folgenden Thesen sind entnommen: Aenne Ostermann/Hans Nicklas, Vorurteile und Feindbilder, München-Wien-Baltimore 1982<sup>2</sup>; siehe auch Hans-Joachim Lißmann/Hans Nicklas/Aenne Ostermann, Feindbilder in Schulbüchern, in: Friedensanalysen. Für Theorie und Praxis 1, Frankfurt 1975, S. 37–68.

<sup>6</sup>) Erich Hahn, Feind- und andere Bilder, in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, 30 (1988) 9, S. 676 ff.

<sup>7</sup>) Vgl. Kurt Hager, Friedenssicherung und ideologischer Streit, in: Neues Deutschland vom 28. 10. 1987, S. 3.

<sup>8</sup>) Vgl. ebda.; vgl. auch Kurt Hager, Unser Weg und unser Ziel, in: Neues Deutschland vom 29./30. 10. 1988. Hager bezeichnet die Klasseninteressen der Arbeiterklasse und des Sozialismus als im Einklang mit den Menschheitsinteressen am Frieden, während die Klasseninteressen der aggressivsten Kreise der NATO ständig mit dem Menschheitsinteresse an der Erhaltung des Weltfriedens in Konflikt geraten.

<sup>9</sup>) E. Hahn (Anm. 6), S. 683.

<sup>10</sup>) Vgl. Erich Hahn, Spontaneität und Klassenbewußtsein, in: Deutsche Lehrerzeitung für Philosophie, 20 (1972), S. 805–828.

Hieraus ergibt sich, daß die Partei aufgrund ihrer wissenschaftlichen Einsichten und ihrer Erfahrungen im Klassenkampf die Inhalte der Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit maßgeblich bestimmt. Im Jugendgesetz von 1974 wird das Erziehungsziel sozialistische Persönlichkeit näher bestimmt: „Vorrangige Aufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist es, alle jungen Menschen zu Staatsbürgern zu erziehen, die den Ideen des Sozialismus treu ergeben sind, als Patrioten und Internationalisten denken und handeln, den Sozialismus stärken und gegen alle Feinde zuverlässig schützen . . . Es ist ehrenvolle Pflicht der Jugend, die revolutionären Traditionen der Arbeiterklasse und die Errungenschaften des Sozialismus zu achten und zu verteidigen, sich für Frieden und Völkerfreundschaft einzusetzen und antiimperialistische Solidarität zu üben . . . Ihr Streben, sich den Marxismus-Leninismus, die wissenschaftliche Weltanschauung der Arbeiterklasse, anzueignen und sich offensiv mit der imperialistischen Ideologie auseinanderzusetzen, wird allseitig gefördert . . . Die jungen Menschen sollen sich durch Eigenschaften wie Verantwortungsgefühl für sich und andere, Kollektivbewußtsein und Hilfsbereitschaft, Beharrlichkeit und Zielstrebigkeit, Ehrlichkeit und Bescheidenheit, Mut und Standhaftigkeit, Ausdauer und Disziplin, Achtung vor den Älteren, ihren Leistungen und Verdiensten sowie verantwortungsbewußtes Verhalten zum anderen Geschlecht auszeichnen.“<sup>11)</sup>

Diese Charakteristika einer sozialistischen Persönlichkeit skizzieren Werte und Wertvorstellungen vom Standpunkt einer bewußten Parteinahme für die Arbeiterklasse. Der Forderung, eine „unverrückbare Klassenposition“ herauszubilden und „für die Sache des Sozialismus in jeder Situation Partei zu ergreifen und die ganze Kraft für die begeisterten Aufgaben der sozialistischen Revolution einzusetzen“<sup>12)</sup>, ist zugleich ein Freund-Feind-Schema zugrundegelegt.

Wie sich die Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit in der Schule vollziehen kann, sei an einem Beitrag „Zur Herausbildung fester sozialistischer Wertvorstellungen“ in der Zeitschrift „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde“ veranschaulicht<sup>13)</sup>. Ausgehend von der These, daß der Klassencharakter der Bedürfnisse und Interessen denjenigen der Werte und des Wertbewußtseins bedingt, fordern die Autoren die offensive Auseinandersetzung mit bürgerlicher Politik und Ideologie. Der Vergleich von Grundwerten des Sozialismus mit

<sup>11)</sup> Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der Deutschen Demokratischen Republik. Jugendgesetz der DDR vom 28. Januar 1974; abgedruckt in: Schule in der DDR, S. 200 ff.

<sup>12)</sup> Lehrplan Staatsbürgerkunde Klassen 7 bis 10, Berlin 1983, S. 5.

<sup>13)</sup> Vgl. Dietrich Riedel/Roland Bernhöft. Zur Herausbildung fester sozialistischer Wertvorstellungen. in: Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, 28 (1986), S. 286–295 und S. 331–335.

dem Kapitalismus wird verdeutlicht an einem Beispiel aus dem Unterricht zum Wesen der kapitalistischen Ausbeutung:

„Ein Schüler warf die Frage auf: werden die Arbeiter in der DDR nicht auch ausgebeutet, da sie doch in ihrer Lohntüte auch nicht den Wert vorfinden, den sie in ihrer Arbeitszeit wirklich geschaffen haben? Da die Zeit knapp war, entschloß sich der Lehrer zu einem Schülerauftrag an Freiwillige. Der Inhalt war der folgende:

a) Ermittle die Eigentümer des Flick-Konzerns und des VEB Sachsenring!

b) Ermittle, was mit dem Mehrwert des Flick-Konzerns geschieht und was mit dem Gewinn des VEB Sachsenring!

c) Ermittle, wessen Bedürfnisse und Interessen mit dem Mehrwert bzw. Betriebsgewinn in welcher Weise befriedigt werden!“<sup>14)</sup> Die Schlußfolgerung lautet: sozialistisches Eigentum macht die Ausbeutung unmöglich.

Die Aneignung marxistisch-leninistischen theoretischen und politischen Grundwissens erschließe nicht nur die Einsicht in die „realen Prozesse“, sondern münde letztlich in die Frage „Wahr oder falsch“: „Widerlege an Hand der Zusammensetzung des Bundestages der BRD und der Volkskammer der DDR die Behauptung Bonner Politiker, in der BRD gehe die Macht vom Volke aus! – Nenne Tatsachen zur aggressiven Außenpolitik des Imperialismus!“<sup>15)</sup> In diesem Stil vereinfachter Gegenüberstellung von Werturteilen und Meinungsäußerungen, die als wissenschaftliche Erkenntnisse gesellschaftlicher Gesetze deklariert werden, sollen die Perversität der Methoden des Imperialismus, d. h. alle materiellen und geistigen Güter zur Ware herabzuwürdigen, oder die Menschenunwürdigkeit kapitalistischer Ausbeutung entlarvt werden. Vor diesem Negativbild wird dann das ausschließlich positive Bild des Sozialismus und seiner Werte entfaltet. Die Gegenüberstellung dieser Werte mit dem Leben der Werktätigen im Kapitalismus soll zur Stabilisierung sozialistischer Wertvorstellungen führen.

Offensichtlich verstärkt die SED-Führung in den letzten Jahren wieder die ideologische Erziehung. Dieses fand 1986 und 1987 auch in pädagogischen Fachzeitschriften seinen Niederschlag. Die Aufrufe zur intensiveren ideologischen Erziehung lassen die Vermutung zu, daß das von der Partei propagierte Menschenbild in der Praxis wohl nicht im gewünschten Ausmaß von der Jugend angenommen wird. Es fällt den Partei-Ideologen anscheinend immer schwerer, vor allem jungen Menschen einsichtig zu machen, warum in der gegenwärtigen Situation sozialistische Werte verinnerlicht werden sollen, die anhand eines stereotyp umrissenen Feindbildes entwickelt wurden.

<sup>14)</sup> Ebda., S. 289–290.

<sup>15)</sup> Ebda., S. 291.

Gerhart Neuner, Präsident der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften, hat auf der fünften Plenartagung am 4. November 1987 eindringlich auf die zentrale Bedeutung der Werte in der schulischen Erziehung hingewiesen<sup>16)</sup>. Er betont nachdrücklich, daß man nur von einem festen Klassenstandpunkt Werte, die in das Zentrum der System- und Klassengegensätze in der heutigen Welt verweisen, verinnerlichen kann. Daß ein hohes Legitimationsbedürfnis anscheinend gerade in der DDR vorhanden ist, die sich mit der Bundesrepublik an der Trennungslinie von Sozialismus und Imperialismus sieht<sup>17)</sup>, wird in den wiederholten Forderungen nach Prinzipienfestigkeit im Kampf gegen den Klassenfeind deutlich<sup>18)</sup>.

Die Realität der heutigen Welt erschließt sich nach Neuner der Wertung, „einer parteilichen, klassenmäßigen Wertung, nicht außerhalb der theoretisch-geistigen Reflexion, nicht außerhalb der Ideologie, sondern sie muß wesentlich über sie erschlossen werden.“<sup>19)</sup> Man müsse deshalb den Sozialismus als Resultat harter Klassenkämpfe begreifen: „Was dieser Sozialismus heute bereits für die Menschen geleistet hat und leistet, das muß auch bewußt gemacht werden in der Gegenüberstellung zum heutigen Imperialismus. Man braucht Wissen, um hinter dessen manchmal glitzernd erscheinende Fassade zu schauen, um den Imperialismus zu erkennen, wie er wirklich ist: die Friedensgefährdung und Menschheitsbedrohung, die vom Imperialismus ausgehen, die Probleme der „Dritten Welt“, die wesentlich dem Imperialismus geschuldet sind, die gnadenlose Ausbeutung und Unterdrückung, die chronische Massenarbeitslosigkeit, die Abwälzung aller Probleme, aller „Unkosten“ auf die Schwachen, auf die ökonomisch Schwachen, auf die „kleinen Leute“ . . .“<sup>20)</sup>.

Entsprechend der allseitigen sozialistischen Erziehung ist die Erziehung zu sozialistischen Werten nicht auf den staatsbürgerlichen Unterricht begrenzt, wenn auch dort am markantesten die Zielsetzung der ideologischen Erziehung definiert wird. So heißt es u. a. in den „Unterrichtshilfen Staatsbürgerkunde“: „Im Mittelpunkt der Erziehungsarbeit steht die tiefere Ausprägung der Überzeugung vom unvermeidlichen Untergang des Imperialis-

mus, die Festigung der prinzipiell ablehnenden Haltung gegenüber dem menschenfeindlichen Ausbeutersystem und die Stärkung der Bereitschaft, im Kampf der Völker gegen den Imperialismus seinen eigenen Beitrag zu leisten, jederzeit parteilich und konsequent gegen seine reaktionäre Politik und ideologischen Diversionsversuche aufzutreten und unsere sozialistische Errungenschaft zu verteidigen.“<sup>21)</sup> Erziehung zu einem klassenbewußten Verhalten, zu einer patriotischen Haltung, zur Parteilichkeit gilt in gleichem Maße etwa für den Deutschunterricht.

Zu den Zielen und Aufgaben des Literaturunterrichts in den Klassen sieben und acht gehören „Vorstellungen über Inhalt und Wert der Freundschaft und Solidarität, über Glück und Sinn des Lebens in der sozialistischen Gesellschaft, über die Notwendigkeit gesellschaftlicher Aktivität und über die Bedeutung geschichtlicher Erfahrungen.“<sup>22)</sup> „In der Begegnung mit sozialistischer Literatur erfahren die Schüler, wie diese Autoren mit ihrem Werk und ihrem Leben Partei ergriffen für den Kampf der Arbeiterklasse und für den Sieg des Sozialismus.“<sup>23)</sup> Also steht auch im Literaturunterricht die Festigung des Klassenstandpunktes im Mittelpunkt. Der sozialistische Realismus zeichnet den positiven Helden, der durch Einsicht in die Notwendigkeit historischer Gesetzmäßigkeit zum Subjekt der Geschichte und damit im Sinne des Marxismus-Leninismus frei wird. Die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus soll auch in der Literatur und allgemein im kulturellen Schaffen zum Ausdruck kommen. Letztlich geht es um die „eigenständige Nationalliteratur“ in der DDR, die progressive Tendenzen deutscher Literatur aufgreift und im sozialistischen Realismus auf eine „höhere kulturelle Stufe“ führt. Die Stoffeinheiten „sozialistische Literatur“, die in den Klassen sieben bis zehn zwischen 25 bis 40 Prozent der jeweils etwa 60 Stunden des Literaturunterrichts umfassen, beinhalten überwiegend DDR-Literatur. Es werden auch Prosa und Lyrik angeboten, die sich mit „revolutionärem Heldentum“ in der Sowjetunion und in der Dritten Welt beschäftigen, sowie mit Beispielen aus der „proletarisch-revolutionären Kunst“ vor 1945.

Methodisch sei darauf zu achten, daß die literarischen Werke in Bezug gesetzt würden zu den Kunst- und Lebenserfahrungen der Schüler. „Großer Wert ist auf emotional bewegende, zum Meinungsstreit herausfordernde Aufgaben- und Problemstellungen zu legen.“<sup>24)</sup> Am Einzelschicksal erfahren die Schüler Ereignisse aus den Klassenkämpfen der Vergangenheit, den Anfängen des sozialistischen Aufbaus und der gegenwärtigen sozialistischen Wirklichkeit in der DDR: „Sie erleben das Heldentum revolutionärer Kämpfer und erfahren, welcher Anstrengungen es bedarf, revolutio-

<sup>16)</sup> Vgl. Gerhart Neuner, Werte in der kommunistischen Erziehung der Schuljugend, in: Pädagogik, 43 (1988) 3, S. 204–209.

<sup>17)</sup> Vgl. hierzu die Stoffeinheit 8.3 im Schulbuch „Staatsbürgerkunde 8“, Berlin 1987<sup>4)</sup>.

<sup>18)</sup> Vgl. Erich Honecker, Die Aufgaben der Parteiorganisationen bei der Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitags der SED, Berlin 1987, S. 98. „Die Härte des Kampfes um den Frieden erfordert in allen ideologischen Grundpositionen eine solche Prinzipienfestigkeit, die es uns ermöglicht, eine große Flexibilität und einen weiten Handlungsspielraum im Kampf um den Frieden und sozialen Fortschritt zu gewährleisten. Friedliche Koexistenz ist niemals ideologische Koexistenz.“ Vgl. auch Margot Honecker, Was wir heute für die Jugend leisten, trägt morgen tausendfach Gewinn, in: Junge Welt vom 23. Juni 1987.

<sup>19)</sup> G. Neuner (Anm. 16), S. 205.

<sup>20)</sup> Ebda., S. 205.

<sup>21)</sup> Unterrichtshilfen Staatsbürgerkunde, Berlin 1985, S. 5.

<sup>22)</sup> Lehrplan Deutsche Sprache und Literatur. Teil: Literaturunterricht Klasse 7, Berlin 1985, S. 5.

<sup>23)</sup> Ebda., S. 7.

<sup>24)</sup> Ebda., S. 10.

näre Ideale zu verwirklichen.“<sup>25)</sup> In der Klasse sieben werden Gedichte vorgestellt, „in denen Lyriker der jüngeren Generation Erfahrungen und Probleme der Lebensgestaltung Jugendlicher in der sozialistischen Gesellschaft aufgegriffen und in den Zusammenhang der Grundfragen unserer Zeit gestellt haben.“<sup>26)</sup> Zur Auswahl stehen Gisela Steineckert „Soll der Mensch . . .“ und Rainer Kirsch „Imperialistenlogik“:

### Soll der Mensch . . .

*Soll der Mensch den Menschen nie mehr  
nach der Schlacht betrauern  
muß auf dieser Erde eben  
Frieden wie das eigne Leben  
kostbar sein und dauern*

*Daß die Bäume und die Leute  
ganz normale Jahreszeit haben  
daß sie üppig umgehen können  
mit den schönen Gaben*

*Daß uns Felder, Wald und Wiesen  
nicht an Giften sterben  
grüne Wälder, satte Erde  
wolln wir vererben . . .<sup>27)</sup>*

### Imperialistenlogik

*Wo ein Wasser ist, muß ein Abwasser rein.  
Wo ein Mensch ist, muß ein Polizist sein.  
Wo einer nachdenkt, genügt eine Verdächtigung.  
Wo tausend nachdenken, muß sein eine Ermächtigung.  
Wo das Volk aufsteht, muß hin eine Intervention.  
Wo wenige aufstehn, reicht eine Detonation.  
Wo ein Land nicht auf uns hört, gehört es zerbombt.  
Wo einer zu weit sieht, wird Zeit, sein Ende kommt.  
Wo zuviel Zeit ist, müssen Ängste und Superstars her.  
Wenn wir untergehn, soll die Welt hinterher<sup>28)</sup>.*

Im Lehrplan wird zu dem Gedicht von Gisela Steineckert ausgeführt, daß die Schüler es als Bekenntnis

der Schriftstellerin zu Frieden und Sozialismus begreifen. In „Imperialistenlogik“ wird ein entsprechendes Negativbild entworfen.

Der Lehrplan Literaturunterricht in der Klasse acht benennt weltanschaulich-moralische Grundfragen der Gegenwart, in denen sich das Lebensgefühl junger Sozialisten widerspiegeln: „ihre Lebensfreude, Heimatliebe, Naturverbundenheit, ihr Streben nach Bewährung, nach Selbsterkenntnis und nach sinnvoller Lebensgestaltung, ihre politische Haltung im Sinne des sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus.“<sup>29)</sup> Der Literaturunterricht soll dazu beitragen, die Persönlichkeit des Schülers im Sinne der Liebe zum sozialistischen Vaterland, zur Arbeiterklasse, zur marxistisch-leninistischen Partei und zur Freundschaft mit den sozialistischen Staaten zu prägen. „Untrennbar damit verbunden“, so heißt im Lehrplan für die Klasse neun, „ist die Erziehung zum Haß gegen Imperialismus und Militarismus“<sup>30)</sup>.

Aus dem Lesebuch für die Klassen neun und zehn sei als Beispiel für die Erziehung zum kämpferischen Sozialisten das Gedicht „Wohldurchdacht“ von Johannes R. Becher zitiert<sup>31)</sup>:

*Was auch geschehn sein mag – o manches Grab  
Kann uns vom schweren Opfergang berichten –,  
Was an Verhängnis, Irrtum sich begab,  
War es nur dieses, was geschah? Mitnichten!*

*Was wir errungen, wird uns nie entrunnen,  
Was wir erreicht mit Übermensch-Kraft,  
Was schrittweis wir dem Feinde abgezwungen:  
Das war und ist und bleibt – Errungenschaft!*

*Was er der Feind, verneint, was er bejaht,  
Das gilt es wachen Sinnes zu beachten,  
Und was er rät zu tun, ist – Feindes Rat!*

*Denk stets daran: der Feind will dich entmachten.  
Entmachte ihn und zeige deine Macht!*

*Und wohldurchdacht wird unser Werk vollbracht.*

## III. Wehrerziehung in der Schule: Haß gegen den Klassenfeind

Die Vorbereitung auf die Wehrerziehung setzt bereits im Kindergarten ein. Den Kindern werden eindeutig Freunde und Feinde benannt: Die Volksarmee und den sozialistischen Bruder in der Sowjetunion soll man lieben, der Bundeswehr und der amerikanischen Armee soll man mißtrauen. In der Zeitschrift „Bummi“ werden die Kinder im Vor-

schulalter mit den Aufgaben der Soldaten in Bilder- geschichten vertraut gemacht. Dieses setzt sich in der Grundschule z. B. im Fach Heimatkunde fort. Die Schüler erfahren in Wort und Bild wie Soldaten und Kampfgruppen bereitstehen, um die Errungenschaften der sozialistischen Revolution zu verteidigen. Sie werden vorbereitet auf die Pflichten der

<sup>25)</sup> Ebda., S. 15.

<sup>26)</sup> Ebda., S. 26. Zum Literaturunterricht in der DDR vgl. Günther Rüter (Hrsg.). Kulturbetrieb und Literatur in der DDR, Köln 1987; Wolfgang Motzkau-Valeton. Literaturunterricht in der DDR. Informationen zur Sprach- und Literaturdidaktik 24, Paderborn 1979.

<sup>27)</sup> Lesebuch Klasse 7, Berlin 1988<sup>4</sup>, S. 216 f.

<sup>28)</sup> Ebda., S. 166.

<sup>29)</sup> Lehrplan Deutsche Sprache und Literatur. Teil: Literaturunterricht Klasse 8, Berlin 1986, S. 5.

<sup>30)</sup> Lehrplan Deutsche Sprache und Literatur. Teil: Literaturunterricht Klasse 9, Berlin 1985, S. 5.

<sup>31)</sup> Lesebuch Klassen 9/10, Berlin 1988<sup>3</sup>, S. 236.

jungen Pioniere. In den naturwissenschaftlichen Fächern und in der Mathematik werden Aufgaben gestellt, die den militärischen Bereich beinhalten.

„Der Wehrunterricht dient der sozialistischen Wehrerziehung der Jugend und ist ferner Bestandteil des Bildungs- und Erziehungsprozesses an der Schule.“<sup>32)</sup> Er hat die „klassenmäßige, patriotische und internationalistische Haltung“ der Schüler weiter ausprägen. Grundlage der Wehrerziehung ist die Erziehung der Bürger:

- „zum Patriotismus, zur Liebe zum sozialistischen Vaterland sowie zum Haß gegenüber den imperialistischen Feinden des Volkes,
- zum sozialistischen Internationalismus und zur Waffenbrüderschaft,
- zur Opferbereitschaft für die Errungenschaften des Sozialismus.

Sie umfaßt

- die sozialistische Bewußtseinsbildung und die Entwicklung des militärpolitischen Denkens aller Bürger,
- den Wehrunterricht an den allgemeinbildenden polytechnischen Oberschulen. . .
- die politische und militärische Ausbildung in der NVA, in den Grenztruppen der DDR . . .“<sup>33)</sup>

Der Wehrunterricht wurde seit dem 1. September 1978 obligatorisch in den Klassen neun und zehn eingeführt und ab Mai 1981 auf die Klasse elf ausgedehnt. Er umfaßt für die Klassen neun und zehn jeweils vier Doppelstunden zu Fragen der sozialistischen Landesverteidigung für alle Schüler und in der Klasse neun eine freiwillige Wehrausbildung im Lager für Jungen (zwölf Ausbildungstage) bzw. den Lehrgang Zivilverteidigung für die anderen Schüler und die Schülerinnen. In der Klasse zehn sind außerdem drei Tage Wehrbereitschaft verpflichtend. Der Unterricht knüpft an Kenntnisse zu Fragen der sozialistischen Militärpolitik an, die in den Fächern Staatsbürgerkunde und Geschichte vermittelt werden. Kenntnisse über Krieg und Frieden und die Waffenbrüderschaft mit der Sowjetunion sollen im zusätzlichen Wehrunterricht systematisiert werden.

Die im Unterricht vermittelten Feindbilder sind stereotyp. Sie werden auf den Ebenen emotionaler wie rationaler Erziehung behandelt. Im emotionalen Bereich steht die Liebe zur DDR und der Haß gegen die Feinde des Sozialismus, die aggressiven Imperialisten, im Zentrum. Die rationale Erziehung soll Einsichten vermitteln in das Wesen des Sozialismus als „höchste Form menschlichen Zusammenlebens“ und damit in eine Gesellschaftsform, die um jeden Preis zu verteidigen ist. Die „sozialistische Wehrmoral . . . gipfelt in dem uner-

schütterlichen Willen zum Kampf und zum Sieg in einem von den Imperialisten aufgezwungenen Krieg.“<sup>34)</sup>

Als Unterrichtsmaterial dient u. a. der „Wissensspeicher Wehrausbildung“<sup>35)</sup>. Im Abschnitt „Grundfragen sozialistischer Landesverteidigung“ werden Militärpolitik, Militärtheorie, Wesen des Krieges, Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes und die Politik der friedlichen Koexistenz nach marxistischer Lehre skizziert: „Gerechte und ungerechte Kriege unterscheiden sich in unserer Epoche vor allem dadurch, ob sie ihrem objektiven politischen Inhalt nach mit den Interessen der revolutionären Arbeiterklasse übereinstimmen oder ob sie ihnen widersprechen. Gerechte Kriege sind daher:

- Kriege zur Verteidigung des Sozialismus,
- revolutionäre Bürgerkriege,
- nationale Befreiungskriege . . . ,
- Kriege zur Verteidigung unabhängiger junger Nationalstaaten,
- Befreiungskriege der Völker kapitalistischer Länder, die Opfer einer imperialistischen Aggression wurden . . .

Ungerechte Kriege sind:

- Kriege imperialistischer Staaten gegen sozialistische Länder,
- Bürgerkriege der Bourgeoisie und anderer reaktionärer Kräfte gegen die sozialistische Bewegung des Proletariats und seiner Verbündeten . . . ,
- Kolonialkriege des Imperialismus,
- Kriege des Imperialismus gegen junge Nationalstaaten,
- Raubkriege imperialistischer Staaten gegen schwächere kapitalistische Länder,
- Eroberungskriege zwischen imperialistischen Staaten.

Die sozialistischen Staaten unterstützen gerechte Kriege . . . Zugleich streben sie danach zwischenstaatliche Konflikte ohne Krieg zu lösen und den Krieg aus dem Leben der Gesellschaft auszuschließen. Das entspricht sowohl der marxistisch-leninistischen Stellung der Arbeiterklasse zur bewaffneten Gewalt als auch den neuen Möglichkeiten aus der Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus.“<sup>36)</sup>

Nach der marxistisch-leninistischen Lehre hat der Krieg sozio-ökonomische Ursachen; er entstand also „erst mit dem Aufkommen des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Spaltung der Gesellschaft in antagonistische Klassen“, folglich kann er mit dem „Sieg der Arbeiterklasse“, mit der Erfüllung ihrer historischen Mission beseitigt wer-

<sup>32)</sup> Direktive des Ministers für Volksbildung zur Einführung und Gestaltung des Wehrunterrichts an den Oberschulen der DDR vom 1. Februar 1978. in: Wolfgang Bergsdorf/Uwe Goebel (Hrsg.), Bildungs- und Wissenschaftspolitik im geteilten Deutschland, Bd. 2, München 1980, S. 337.

<sup>33)</sup> Sozialistische Landesverteidigung, Stoffsammlung für die Klassen 9 und 10, Berlin 1981, S. 18.

<sup>34)</sup> Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1986, S. 1049.

<sup>35)</sup> Wissensspeicher Wehrausbildung, Das Wichtigste in Stichworten und Übersichten, Berlin 1983. Die Inhalte des ideologischen Teils stützen sich auf Publikationen des Militärverlags, diejenigen zur praktischen, vormilitärischen Ausbildung sind entnommen dem „Handbuch Militärisches Grundwissen – NVA-Ausgabe“ und „Handbuch für mot. Schützen“.

<sup>36)</sup> Ebda., S. 10.

den: „Die herrschenden Ausbeuterklassen aller Länder haben in 5500 Jahren vergangener Geschichte der Menschheit mehr als 1400 Kriege entfesselt, in denen mindestens 3,6 Mrd. Menschen getötet wurden.“<sup>37)</sup> Voraussetzung für den Frieden in der Welt ist also die Vernichtung des Kapitalismus.

Auf der einen Seite sollen die jungen Menschen in ihrer Wehrbereitschaft motiviert werden, indem man ihnen vermittelt, daß sie für eine gerechte Sache, für die freie Lebensform des Sozialismus eintreten, auf der anderen Seite wird der Haß gegen den Klassenfeind, gegen den aggressiven Imperialismus betont. Liebe und Haß, Freund und Feind stehen in einem dialektischen Verhältnis und werden dabei jeweils vom Klassenstandpunkt betrachtet: Haß des imperialistischen Ausbeuters vom Standpunkt der Arbeiterklasse ist ein sittlicher Wert; Haß des sozialistischen Menschen vom Standpunkt der imperialistischen Klasse wäre Verrat am Humanismus. Da Militarismus verstanden wird als Resultat des Kapitalismus, kann der Sozialismus keinen Militarismus hervorbringen. Viel-

mehr bilden „die Politik der friedlichen Koexistenz und die Existenz sozialistischer Streitkräfte“ eine untrennbare Einheit, „solange der Imperialismus und seine Fähigkeit zur Aggression fortbestehen“.

Friedliche Koexistenz unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen bedeutet zwar Verzicht auf Krieg und militärische Gewaltandrohung, schließt aber nach marxistischem Verständnis gleichwohl „Klassenkampf auf politischem, ökonomischem und insbesondere ideologischem Gebiet“ ein: „Der Imperialismus trägt, solange er existiert, in Form der Monopolherrschaft die gesetzmäßigen Ursachen des Krieges und den Drang nach Aggression in sich. Gewalt, Krieg, Raub und Unterdrückung entspringen den innersten Wesenszügen des Imperialismus. Nur bestimmte, für den Imperialismus ungünstige äußere Umstände können Wirkungen und Auswirkungen dieser Wesensmerkmale eindämmen. Die Frage Krieg oder Frieden entscheidet sich also nicht automatisch an der Aggressivität des Imperialismus, sondern auch durch die für oder gegen den Krieg auftretenden gesellschaftlichen Kräfte.“<sup>38)</sup>

#### IV. „Sozialistische DDR und imperialistische BRD“

Der Lehrplan Staatsbürgerkunde für die Klassen sieben bis zehn vermittelt grundlegende Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus in enger Verbindung mit Kenntnissen der Politik der SED, um die Schüler zur „wissenschaftlich fundierten, unverrückbaren Klassenposition“ zu erziehen, ihre Bereitschaft zu entwickeln, für den Sozialismus „Partei zu ergreifen“ und zu erkennen, daß er die „einzige Alternative zum menschenfeindlichen System des Imperialismus“ darstelle<sup>39)</sup>. Im Unterricht soll die sozialistische Persönlichkeit soweit gefestigt werden, daß der Schüler fähig ist, in den politischen Kämpfen der Vergangenheit und der Gegenwart immer die objektiven Interessen der sozialen Klassen zu erkennen und sie klassenmäßig vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu werten.

Der „kämpferische und polemische Geist“ des Unterrichts erfordere die überzeugende, „offensive und offen parteiliche“ Auseinandersetzung mit der Politik und Ideologie des Klassengegners. Der Unterricht soll die Schüler „in Wesenszüge der imperialistischen Ideologie, in die Funktion dieser Ideologie sowie in Techniken geistiger Manipulation und ideologischer Diversion einführen“<sup>40)</sup>.

In den Klassen sieben und acht soll die Überzeugung der Schüler gefestigt werden, daß der Sozialismus dem Imperialismus überlegen sei. Zum Abschluß der Klasse acht vertieft die Stoffeinheit „Die sozialistische DDR und die imperialistische BRD

– zwei Staaten mit gegensätzlicher gesellschaftlicher Ordnung“ die im Lehrplan geforderte aggressive Auseinandersetzung mit dem Klassenfeind. Mit der Behandlung der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme des entwickelten Sozialismus und des Imperialismus in der gegenwärtigen Phase ist das „erzieherische Hauptanliegen verbunden, bei den Schülern die unversöhnliche Haltung gegenüber dem aggressiven und menschenfeindlichen Imperialismus, insbesondere gegenüber dem BRD-Imperialismus, weiterauszuprägen“<sup>41)</sup>.

Die Schulbuchautoren vermitteln in „Staatsbürgerkunde 8“ zunächst ein uneingeschränkt positives Bild des sozialistischen Staates, der den Aufbau des Sozialismus in der DDR im Interesse aller Werktätigen leite, plane und schütze. Er verwirkliche die Ziele der SED und sei deshalb das Machtinstrument der von der Arbeiterklasse und ihrer Partei geführten Werktätigen bei der Gestaltung des Sozialismus und der Sicherung des Friedens. Die sozialistische Demokratie festigte die Macht der Bauern; die sozialistische Verfassung sei Ausdruck der Macht der Arbeiterklasse. Die Bürger übten ihre politische Macht durch demokratisch gewählte Volksvertretungen aus. Der Sozialismus garantiere allen Bürgern das Recht auf umfassende Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. In solchen und ähnlichen Merksätzen werden dem Schüler wiederholt die Errungenschaften und Leistungen des Sozialismus vorgestellt. Mögliche kritische Einwände, etwa gegen den demokratischen Sozialismus, werden als feindliche Angriffe „imperialistischer Politi-

<sup>37)</sup> Ebda., S. 8f.

<sup>38)</sup> Ebda., S. 12f.

<sup>39)</sup> Lehrplan Staatsbürgerkunde. Klassen 7 bis 10. Berlin 1985, S. 5f.

<sup>40)</sup> Ebda., S. 14f.

<sup>41)</sup> Unterrichtshilfen Staatsbürgerkunde Klasse 8. Berlin 1984, S. 69.

ker und Ideologen“ pauschal und letztlich ohne jede sachliche Begründung abgetan<sup>42)</sup>.

In der sich anschließenden Stoffeinheit „Grundlegende Rechte und Pflichten der Staatsbürger“ in der DDR wird das Feindbild plakativ und polemisch gezeichnet und karikiert. Während in Wort und Bild mehrfach dargelegt wird, daß in der DDR das Grundrecht auf umfassende Mitgestaltung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens durch den Sozialismus garantiert werde, sollen Bilder, Texte und Quellen belegen, daß in der imperialistischen Bundesrepublik die Werktätigen von der Macht ausgeschlossen seien. Dem Schüler wird das Bild einer von inneren Krisen zerrütteten Bundesrepublik Deutschland vorgestellt, die mit polizeistaatlichen Mitteln gegen die arbeitende Klasse vorgehe, ihre Bürger ausbeute und eine revanchistische und aggressive Politik nach innen und nach außen betreibe<sup>43)</sup>.

„Mitgestaltung und Mitbestimmung der Werktätigen in allen grundsätzlichen Fragen sind dem imperialistischen Staat wesensfremd und verhaßt. Er verweigert sie den Werktätigen überall dort, wo sie die Existenz des bestehenden Regimes in Frage stellen könnten, im Staat, in der Wirtschaft, in den Betrieben. Zwar haben die Betriebsräte und Gewerkschaften in den Betrieben und Wirtschaftszweigen ein sogenanntes Mitspracherecht. Aber das ist keine Mitbestimmung . . . Auf Streiks reagieren die kapitalistischen Ausbeuter in zunehmendem Maße mit Aussperrung, das heißt sie lassen die Werktätigen erst dann wieder arbeiten, wenn sie ihre Forderungen aufgegeben haben.“<sup>44)</sup>

Im Kampf um die Erhaltung der politischen Rechte würden „Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte durch Berufsverbote, Gesinnungsschnüffelei und Bespitzelung unterdrückt und behindert“<sup>45)</sup>. Nur ein Bild zur UN-Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten vermittelt den Eindruck friedlichen Nebeneinanders, der aber durch den Kontext „Aggressivität heute“ wieder verwischt wird<sup>46)</sup>.

Solche verzerrte Darstellung der politischen und gesellschaftlichen „Realität“ in den sogenannten imperialistischen Staaten verfolgt in erster Linie den Zweck, die marxistische Lehre von der Überlegenheit des Sozialismus zu untermauern und zugleich von eigenen systemimmanenten Problemen bei der Durchführung des entwickelten Sozialismus abzulenken. Dabei konstruiert man aus vereinzelt, nicht zusammengehörenden Steinchen ein Bild, das beweisen soll, daß Demokratie in der Bundesrepublik nur vorgegaukelt würde. Hierzu einige Beispiele:

<sup>42)</sup> Vgl. Staatsbürgerkunde 8. Berlin 1987<sup>4</sup>, S. 41.

<sup>43)</sup> Vgl. ebda., S. 48–51, 65, 78, 81, 89, 91–93, 97, 102, 104.

<sup>44)</sup> Ebda., S. 48.

<sup>45)</sup> Ebda., S. 49.

<sup>46)</sup> Vgl. ebda., S. 101.

„Die Massenarbeitslosigkeit beweist, daß der Kapitalismus unfähig ist, eine menschenwürdige Gesellschaft bzw. elementare Menschenrechte zu gewährleisten. Sie ist Ausdruck dafür, daß der Kapitalismus, daß die Kapitalisten immer auf Kosten der Werktätigen existieren.“<sup>47)</sup> Da also Millionen das Recht auf Arbeit verweigert würde, müsse die Unmenschlichkeit des Imperialismus „durch Beseitigung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse“ abgeschafft werden. Das positive Gegenbild: „Erst im Sozialismus ist es möglich, frei von Ausbeutung und Existenzangst zu leben und eine menschenwürdige Gesellschaft aufzubauen.“<sup>48)</sup>

Das eingliedrige Schulsystem der DDR wird als eine „der größten Errungenschaften des sozialistischen Staates vorgestellt. Dagegen gäbe es in der Bundesrepublik trotz allgemeiner Schulpflicht ein Bildungsprivileg; denn dort „existieren neben den staatlichen noch etwa 900 private Schulen. Wer seinem Kind eine erstklassige Ausbildung in solch einer Schule angedeihen lassen möchte, hat dafür monatlich zwischen 1 200 und 2 000 DM zu zahlen. Die ‚höheren Schulen‘ vermitteln der zukünftigen Elite der kapitalistischen Gesellschaft eine weitaus umfassendere Bildung.“<sup>49)</sup> Abgesehen von inhaltlichen Verfälschungen wird der Eindruck erweckt, also ob die „höheren Schulen“ Privatschulen wären. Im nächsten Schritt der Beweisführung für die Überlegenheit des sozialistischen Bildungssystems werden „kausale“ Zusammenhänge konstruiert:

„In der BRD gibt es Tausende arbeitsloser Lehrer, obwohl an den Schulen dringend Lehrer gebraucht werden, um den zum Teil beträchtlichen Unterrichtsausfall abzubauen. Doch während Milliarden DM in die Rüstung fließen, ist für die Bildung der Kinder angeblich kein Geld vorhanden. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in einem so hochentwickelten Industrieland wie der BRD ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung als Analphabeten eingestuft wird. Manche können nur einfachste Texte schreiben.“<sup>50)</sup>

Im Systemvergleich der Stoffeinheit 8.3 wird – gestützt auf die Lehrinhalte der vorangegangenen, oben skizzierten Einheiten – wieder von der These der Überlegenheit des Sozialismus ausgegangen; denn Bürger der DDR haben bedeutende Grundrechte, „die es nur im Sozialismus geben kann“<sup>51)</sup>. Die beiden deutschen Staaten zeichne jedoch eine Besonderheit aus: „Die DDR ist ein sozialistischer, die BRD ein imperialistischer Staat. Beide stehen sich an der Trennlinie von Sozialismus und Imperialismus gegenüber.“<sup>52)</sup>

Das Feindbild Bundesrepublik Deutschland bzw. deren imperialistische und aggressive Bourgeoisie wird dadurch verstärkt, daß das Objekt, auf wel-

<sup>47)</sup> Ebda., S. 57.

<sup>48)</sup> Ebda., S. 58.

<sup>49)</sup> Ebda., S. 64.

<sup>50)</sup> Ebda., S. 64.

<sup>51)</sup> Ebda., S. 77; vgl. S. 44f., 48f., 51f. und 58.

<sup>52)</sup> Ebda., S. 79; vgl. 82f. und 109f.

ches eigene Aggressionen und Probleme gelenkt werden, sich in greifbarer Nähe befindet und im Erfahrungshorizont wie auch emotional verankert ist. Die Nähe birgt aber auch zusätzliche Probleme mit sich. Die DDR-Führung sieht sich einem hohen Legitimationsdruck ausgesetzt: Die marxistisch-leninistische Partei muß die Überlegenheit des Sozialismus in der DDR gegenüber dem kapitalistischen System im anderen Teil Deutschlands nicht nur ideologisch darlegen, sondern diese auch durch Fakten belegen.

Dieses Dilemma verlangt der politisch-ideologischen Erziehung nicht selten eine abenteuerliche Gedankenakrobatik ab. Es wird in immer wieder neuen Varianten das Feindbild entsprechend den Konstanten marxistischer Ideologie gezeichnet. Die Grautöne im Schwarz-Weiß-Bild werden ideologisch mit taktischen Erwägungen begründet. Aber nach wie vor mündet die Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus in den Lehrplänen und Schulbüchern immer in vergleichbare klassenkämpferische Parolen und Merksätze, die die Unvereinbarkeit von Sozialismus und Imperialismus, die gegensätzlichen Ziele im Klassenkampf, die Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung oder die historische Notwendigkeit der Ablösung des Kapitalismus betonen.

Die These, daß der Imperialismus in der Bundesrepublik aggressiv und revanchistisch war und auch gegenwärtig (Redaktionsschluß des Bandes: November 1986) noch ist, wird historisch-politisch zu begründen versucht. Die Schüler erfahren in der Klasse sieben, daß 1949 der Versuch des Monopolkapitals gescheitert wäre, seine Herrschaft in ganz Deutschland wieder herzustellen. Die damals ge-

gründete Bundesrepublik sollte als „Speerspitze“ gegen den Sozialismus agieren.

„Von Anfang an unterlag in der BRD jegliche fortschrittliche, demokratische Tätigkeit der staatlichen Kontrolle und Bespitzelung. Ein immer dichteres Netz der Überwachung wurde über die Bundesrepublik gezogen . . . Damit sollen die Massen eingeschüchert, der imperialistischen Politik gefügig gemacht werden. Dem diene auch die massive Beeinflussung der Bevölkerung der BRD im Sinne des Antikommunismus und Antisowjetismus. Zeitungen und Zeitschriften, Bücher und Broschüren — sie alle verbreiten ein falsches, schöngefärbtes Bild von der kapitalistischen Gesellschaft. Damit verschleiern sie bewußt die kapitalistischen Ausbeutungs- und Machtverhältnisse.“<sup>53)</sup> Hauptziel der aggressiven Politik der Bundesrepublik sei damals wie heute die DDR: „Vor allem bis zum Anfang der sechziger Jahre wurden viele Versuche von der BRD und von Westberlin aus unternommen, die DDR zu schwächen, sie gewaltsam ‚aufzurollen‘, um sie dann in den eigenen Herrschaftsbereich einzuverleiben. Unzählige Pläne wurden ausgebrütet und durchgeführt, um dem Sozialismus in der DDR Schaden zuzufügen. Da gab es die Zigarrenschnitzerei, in der eine Bombe eingebaut war . . .“<sup>54)</sup>.

In diesem Stil werden die Schüler seitenlang über die Aggressivität der imperialistischen Kreise in der Bundesrepublik aufgeklärt. Es erübrigt sich, das positive Gegenbild, die auf die Stärkung der Verteidigungskraft des Sozialismus gerichtete Friedenspolitik und die Freundschaft mit dem sozialistischen Bruderstaat Sowjetunion nachzuzeichnen<sup>55)</sup>.

## V. Revolutionäre Traditionen und gegenwärtige Tendenzen

In den letzten Jahren sind im marxistischen Geschichtsbild Ausweitungen und Differenzierungen zu beobachten, die es der SED gestatten, „alle revolutionären, demokratischen, progressiven und humanistischen Erscheinungen und Persönlichkeiten für ihre Traditionslinie fruchtbar zu machen und auch Leistungen und Personen der ‚herrschenden Ausbeuterklasse‘, die dem Fortschritt im Sinne des Sozialismus gedient haben, teilweise oder ganz für sich zu beanspruchen. Damit kann die SED ihre Traditionslinie, die in der Vergangenheit über weite Strecken doch recht mager ausfiel, anreichern und durchaus attraktiver und interessanter gestalten.“<sup>56)</sup>

Diese Tendenz findet ihren Niederschlag auch im neuen Lehrplan für Geschichte<sup>57)</sup>. Noch stärker als zuvor rückt die deutsche Geschichte, verstanden als Nationalgeschichte der DDR, in den Mittelpunkt. Die DDR verkörpere „tief in den großen Leistungen und Kämpfen unseres Volkes verwurzelt“ die besten Traditionen deutscher Geschichte, „insbesondere die revolutionären Traditionen des Kampfes der Arbeiterklasse“, und stelle „den bisherigen Höhepunkt der ganzen deutschen Geschichte“ dar<sup>58)</sup>. Im bereits vorliegenden, überarbeiteten Band für die Klasse neun, der den Zeitraum von der russischen Oktoberrevolution bis zur Gründung der

<sup>53)</sup> Ebda., S. 90.

<sup>54)</sup> Ebda., S. 95.

<sup>55)</sup> Vgl. ebda., S. 109 ff.; Staatsbürgerkunde 9. S. 85 ff.; Staatsbürgerkunde 10. S. 5 ff., 28–33, 73–77.

<sup>56)</sup> Andrea Rögner-Francke. Die SED und die deutsche Geschichte. Erbaneignung und Traditionspflege in der DDR. Deutschland-Report 1. hrsg. von Hans-J. Veen/Peter R. Weilemann. Melle 1987, S. 42. Vgl. hierzu die umfassende Studie von Eberhard Kuhrt/Henning von Löwis. Griff nach

der deutschen Geschichte. Studien zur Politik, Bd. 11. Paderborn 1988.

<sup>57)</sup> Lehrplan der zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule. Geschichte Klassen 5 bis 10. Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik. Ministerium für Volksbildung, Dresden 1988. Für die Klassen 5, 8 und 9 trat der Lehrplan am 1. September 1988 in Kraft; die Klassen 6, 7 und 10 folgen am 1. September 1989.

<sup>58)</sup> Vgl. ebda., S. 3.



DDR umfaßt, wird die deutsche Nachkriegsgeschichte fast ausschließlich auf die Entwicklung in der sowjetischen Zone und die Gründung der DDR bezogen. Die Entwicklung in den Westzonen wird weitgehend negiert. In einfachster Schwarzweißmalerei wird sie als Verhinderung „antifaschistisch-demokratischer Aktionen“ durch die Westmächte, Errichtung des Monopolkapitalismus und Betreiben der Spaltung Deutschlands beschrieben.

Die Intentionen des neuen Lehrplans entsprechen weiterhin der vor allem im Staatsbürgerkundeunterricht forcierten parteilichen Erziehung zum begründeten Klassenstandpunkt, zur Liebe zum sozialistischen Vaterland, zum sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus und zur antiimperialistischen Grundhaltung<sup>59</sup>). Ausdrücklich wird eine hohe erzieherische Wirksamkeit durch die „Konkretheit marxistisch-leninistischer Geschichtsbetrachtung“, die „parteiliche Darstellung und Wertung historischer Ereignisse“ und ihre „emotional wirksame Behandlung“ eingefordert. Nach Reaktionen in der Fachzeitschrift „Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde“ begrüßen Lehrer, daß nunmehr die Geschichte der DDR und die Schwere des Kampfes um den Sieg des Sozialismus anschaulicher werden könne. Damit scheint sich eine Tendenz zur verstärkten Personalisierung zumindest anzudeuten, indem die Leistungen sozialistischer Politiker wie Ulbricht, Grotewohl oder Castro als vorbildlich hervorgehoben werden. Erste Berichte über die Anwendung des neuen Lehrplans im Unterricht lassen kaum vermuten, daß das Feindbild abgebaut würde. Zwar fordert der modifizierte Lehrplan für Staatsbürgerkunde eine differenziertere Sicht des Imperialismus, indem neben dem „unversöhnlichen Gegensatz von Arbeiterklasse und Bourgeoisie“ deutlich gemacht werden soll, daß im Kampf um den Frie-

den auch „realistisch denkende Kreise des Imperialismus sehr wohl Partner sein können“<sup>60</sup>). Solche Modifikationen sind taktische Erwägungen, die damit begründet werden, daß in der gegenwärtigen Phase sich verschärfender Klassenkämpfe die Gegensätze auch innerhalb der Bourgeoisie anwachsen. Aber der ideologische Kampf soll mit unverminderter Schärfe weitergeführt werden. Dieses gilt besonders angesichts der „Friedensinitiativen“ des sozialistischen Lagers.

Die DDR-Führung scheint gegenwärtig wenig offen für Veränderungen, wie sie sich in der Sowjetunion anbahnen. So stellte Ende Oktober Kurt Hager auf dem Schulräteseminar in Ludwigsfelde fest: „Die in der Sowjetunion vor sich gehende Umgestaltung ergab sich aus inneren Entwicklungsbedingungen, ihre Formen und Methoden entsprechen den Zielen, die sich die KPdSU stellt; sie sind nicht auf die anderen sozialistischen Länder übertragbar.“<sup>61</sup>)

Die Anzeichen — Revision der Lehrpläne und der Schulbücher einschließlich der Stellungnahmen von Lehrern in Fachzeitschriften — deuten gegenwärtig eher darauf hin, daß die ideologische Schulung im Rahmen der Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit weiterhin verstärkt durchgeführt wird. Dabei darf nicht übersehen werden, daß sich die DDR unter einem hohen Legitimationsdruck angesichts ihrer geopolitischen Lage an der „Trennlinie zwischen Sozialismus und Imperialismus“ befindet. Mag sich auch die DDR-Führung nach außen hin flexibler zeigen, so läßt sich hieraus keine Entsprechung an der ideologischen Front im Inneren ableiten. Gerade die friedliche Koexistenz und der Kampf um den Frieden erforderten ideologische Prinzipienfestigkeit<sup>62</sup>).

<sup>60</sup>) Vgl. Geschichtsunterricht und Staatsbürgerkunde, 29 (1987) 4.

<sup>61</sup>) K. Hager (Anm. 8).

<sup>62</sup>) Vgl. die Äußerung von Erich Honecker in Anm. 18.

<sup>59</sup>) Vgl. ebda., S. 5.

# Desinformation — Ein Relikt des Kalten Krieges?

Was ist Desinformation? Zunächst ein vielseitig, meist polemisch verwandter Begriff in der politischen Debatte. Vielleicht liegt es am vielschichtigen Assoziationshorizont des Begriffs und seines vermuteten Inhalts, vielleicht auch nur am politischen Eifer oder der fachlichen Enge zahlreicher strategischer Analysen, daß die meisten

Lexika das Wort Desinformation bislang einfach übergehen oder, wie der Duden, in die Rubrik Geheimdienst verbannen<sup>1)</sup>. Der Begriff scheint jedenfalls noch nicht ins Bewußtsein der westlichen, wenigstens der deutschen Öffentlichkeit gedrungen zu sein. Er bedarf definitorischer Erläuterung.

## I. Klärung des begrifflichen Instrumentariums

### 1. Desinformation

Die Sowjets definieren den von Lenin 1917 erfundenen Begriff „Dezinformacija“ als „Verbreitung von falschen und provozierenden Informationen“<sup>2)</sup> oder auch als „Verbreitung entstellter oder bewußt unwahrer Informationen. In den bürgerlichen Staaten wird Desinformation breit eingesetzt als eines der Mittel der politischen Propaganda mit dem Ziel, die öffentliche Meinung irrezuführen.“<sup>3)</sup> Mit dieser Definition weisen sich die Sowjets als Kenner der Materie aus, sieht man einmal von der ideologisch bedingten Präjudikation ab, die die Desinformation als ein ausschließlich vom Westen verursachtes und gehandhabtes Instrument der politischen Propaganda bezeichnet. Ansonsten führt die Definition zum Kern: Irreführung einer öffentlichen Meinung.

Eine Definition des französischen Publizisten Jean-François Revel präzisiert: „Desinformation ist nicht nur Lüge, Propaganda, intellektuelles Belämmern, Fabrikation falscher Nachrichten, Zensur oder Vergessen wichtiger Neuigkeiten. Sie umfaßt gewiß all diese Techniken. Aber sie fügt noch eine raffinierte Eigenschaft hinzu: Sie gaukelt dem Gegner vor, sie macht ihm weis, daß die ihm schädliche Information aus seinem eigenen Hause stammt.“<sup>4)</sup> Wirksamkeit ist auch das Hauptelement der Definition

bei Roland Jacquard, der in seinem Buch „Krieg der Lüge“ die Desinformation als „subtile Deformation der Wahrheit“ beschreibt, als „Teil der Strategie des Um- und Hintergehens (strategie de contournement) und als ein „Ensemble von Techniken, um Informationen so zu manipulieren, daß man ihnen soviel an Glaubwürdigkeit beläßt, daß sie die Meinung anderer zu beeinflussen vermögen.“ Ebenfalls auf die Lüge, auf eine falsche Wirklichkeitsvorführung und -vorstellung und somit auf Wirkung, Ziel-Intention und aktiven Charakter der Desinformation hebt die in Frankreich und Italien verbreitete Definition von G. Veraldi ab: „Desinformation — eine falsche Wirklichkeit schaffen, die aber genügend Überzeugungskraft hat, damit der Gegner sich selbst täuscht, indem er richtige Schlüsse zieht“<sup>5)</sup>, richtig freilich im Sinne des Desinformanten.

Der Schweizer Historiker und Publizist Peter Sager geht auch von der Wirkung aus, allerdings um vorrangig eine Unterscheidung zwischen Desinformation und Propaganda zu treffen. Für ihn ist Desinformation „eine auf ein rechtliches oder faktisches Monopol abgestützte Propaganda. Wir definieren sie nun wie folgt: Die bewußt oder unbewußt einseitige, ungleichgewichtige oder gar verzerrte Vermittlung von Nachrichten oder Kommentaren in Monopolmedien in der Absicht oder mit der Wirkung einer gegen die offene Gesellschaft verlaufenden Meinungsbildung.“<sup>6)</sup> Die Medienarbeit in der Sowjetunion hält er aufgrund ihrer parteiabgestützten Monopolsituation für Desinformation per se<sup>7)</sup>; bewußt lancierte Falschmeldungen in westlichen Medien, einer Zeitung zum Beispiel, jedoch fallen bei ihm nicht unbedingt unter diese Kategorie, da ihre Lügenhaftigkeit durch Gegendarstellung in derselben Zeitung dialektisch neutralisiert werden kann. Ihm kommt es einzig und allein auf die poten-

1) Definitionen in diversen Lexika. Bewußt falsche Information, die ein Geheimdienst zur Täuschung und falschen Schlußfolgerung verbreiten läßt, in: Der Große Duden, Bd. 5, Mannheim-Wien-Zürich 1974, S. 168. Weder Brockhaus noch Encyclopedia Britannica geben eine Definition. In der Grande Dictionnaire Encyclopedique Larousse heißt es: „Desinformation, n. f. Action de supprimer une information, d'en minimiser l'importance ou d'en modifier le sens; fait d'être desinformé“, Paris 1982, S. 3158.

2) Nach einem KGB-Handbuch zit. nach John Barron, KGB — Arbeit und Organisation des sowjetischen Geheimdienstes in Ost und West, Bern-München 1976, S. 211 f.; siehe auch Roy Godson/Richard H. Shultz, Dezinformatsia — Active Measures in Soviet Strategy, New York 1984, S. 37.

3) Große Sowjetenzyklopädie, Bd. 8, Moskau 1972, S. 29.

4) Jean-François Revel, De la Desinformation, in: Le Point vom 14. November 1983, S. 73.

5) Beide Definitionen in: Le Figaro vom 3. November 1986.

6) Peter Sager, Desinformation in den Medien, Sonderdruck 20 des Schweizerischen Ost-Instituts, Bern 1981, S. 13.

7) Vgl. ebda., S. 5.

tielle Synthese der Meinungsvielfalt an, in der eine, wenn nicht die Garantie zur Annäherung an die Wahrheit als Darstellung von der Wirklichkeit sieht. „Allein Diskussion und zweiseitige Kommunikation sind echte Sicherungen gegen Unwahrheit und Unobjektivität. Die Entscheidung über Objektivität und Wahrheit legt er in die Hand der ‚Öffentlichkeit‘, d. h. des Staatsbürgers; er ist Richter über die Information.“<sup>8)</sup>

Was Maria Fraguas de Pablo in „Teoria de la Desinformacion“ mit der Sprache der Kommunikationswissenschaft unternimmt<sup>9)</sup>, steht de facto unter einer ähnlichen Prämisse. Da sie jede Situation als im wesentlichen ideologisch-dialektisch-konfliktiv annimmt, steht für sie Desinformation jenseits der Ethik, „siendo su unica norma la efectividad y el exito“ („denn ihre einzigen Kriterien sind die Wirksamkeit und der Erfolg“<sup>10)</sup>). Diese rein pragmatische Synthese gilt aber weder für die Sowjets, deren Ideologie die Konfliktivität der Welt in ihrem Sinn und zu ihrem Nutzen beseitigen will, die aber auf Moral, auf die eigene nämlich, nicht verzichten, ja diese sogar zur Grundlage der Desinformation gemacht haben. De Pablos These gilt aber auch nicht für den Westen, dessen geistig-ideologische Verfassung bei aller Permissivität in der Substanz immer noch von abendländischen, das heißt personal-freieitlichen und christlich-sozialen Grundwerten bestimmt ist — und sei es nur in der Form, daß diese Verfassung von allen möglichen Ideologiebewegungen und Geistesströmungen eben deshalb bekämpft wird, zum Beispiel auch mit den Mitteln der Desinformation. Die Physik der Macht allein wird der politischen Wirklichkeit nicht gerecht. Es gibt den rein pragmatischen, moral- oder ethik-losen Raum nicht.

Der britische Historiker und Sowjet-Experte Robert Conquest erweitert in seiner Definition die Palette der bisher aufgeführten Elemente um eine geographisch ziemlich ausgreifende Komponente. „Desinformation ist eine Taktik“, schreibt er, „in dem Kampf, den die Sowjetunion gegen alle anderen Formen politischen Lebens auf diesem Planeten führt.“<sup>11)</sup> Der ehemalige französische Generalstabsoffizier und Historiker Constantin Melnik setzt in einem bemerkenswerten Aufsatz den Akzent auf die Bewußtseinsänderung<sup>12)</sup>, der KGB-Experte John Barron auf die Techniken und die Ziele<sup>13)</sup>, die amerikanischen Professoren Richard Shultz und Roy Godson fassen die meisten der genannten Aspekte in einer langen und komplizierten Definition zusammen<sup>14)</sup>. Die knappste und bündigste Definition bietet die Redaktion des Air Force

Magazine in der Märzangabe des Jahres 1982: „Disinformation — war with words“ (Desinformation — Krieg mit Worten)<sup>15)</sup>.

In der Bundesrepublik Deutschland und allgemein im deutschsprachigen Raum ist das Phänomen der Desinformation erst seit wenigen Jahren Gegenstand von systematischen Analysen und Überlegungen. Letztere befassen sich jedoch meist, wie Friedrich Denk oder Wolf Schneider, mit dem journalistischen Handwerk, weniger mit der Desinformation als „Bestandteil der Außenpolitik der Staaten des Warschauer Paktes“, wie ein interner Bericht im Bundesministerium des Innern (BMI) aus dem Frühjahr 1985 feststellt<sup>16)</sup>. Die Berührungsscheu der Deutschen mit dieser Thematik mag mit den Erfahrungen der jüngeren Geschichte zu tun haben. Schließlich wurde in der totalitären Diktatur des Dritten Reichs Desinformation im großen Stil betrieben.

Der Bericht des BMI nun gibt folgende, praxisorientierte Definition der Desinformation: „Desinformation bedeutet in unserem Sprachgebrauch das Zuspielen falscher, unvollständiger, entstellter, veralteter oder überholter Informationen durch die gegnerischen Nachrichtendienste in der Absicht, den oder die Empfänger zu einem von der politischen Führung der kommunistischen Staaten gewünschten Verhalten zu veranlassen und dadurch in erster Linie die politischen, militärischen und wirtschaftlichen aber auch die wissenschaftlichen, technischen oder nachrichtendienstlichen Verhältnisse zu beeinflussen.“<sup>17)</sup>

Mittel dieser Beeinflussung sind die „Aktiven Maßnahmen“, die der Bericht des BMI ebenfalls begrifflich einzugrenzen sucht: „Aktive Maßnahmen“ sind offensive Operationen der gegnerischen Nachrichtendienste, mit denen diese auf Weisung oder auf Initiative der politischen Führung ihres Landes aktiv die eigene Außenpolitik und die der Staaten des Warschauer Paktes unter Führung der UdSSR zu fördern und zu unterstützen versuchen. „Aktive Maßnahmen“ greifen daher in die innen- und außenpolitischen Verhältnisse nichtkommunistischer Staaten, insbesondere jedoch der Staaten der westlichen Welt, mit dem Ziel ein,

— diese Staaten sowohl über die politische, wirtschaftliche und militärische Situation und die Absichten der Staaten des Warschauer Paktes als auch anderer nichtkommunistischer, insbesondere der mit ihnen befreundeten Staaten, zu täuschen;

— sie dadurch zu falschen, für sie ungünstigen Reaktionen und Aktivitäten zu verleiten und

— ihre Entscheidungen in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen langfristig zugunsten der Absichten der Staaten des Warschauer Paktes zu beeinflussen.“<sup>18)</sup>

<sup>8)</sup> Ebda., S. 4.

<sup>9)</sup> Maria Fraguas de Pablo, *Teoria de la Desinformacion*, Madrid 1985.

<sup>10)</sup> Ebda., S. 5.

<sup>11)</sup> Robert Conquest, *The deeper roots of Disinformation*, Vortrag auf dem Symposium in Paris am 5. 12. 1984, S. 1.

<sup>12)</sup> Vgl. Constantin Melnik, *Lutter contre la desinformation*, Vortrag auf dem Symposium in Paris am 5. 12. 1984, S. 7.

<sup>13)</sup> Vgl. J. Barron (Anm. 2), S. 211 f.

<sup>14)</sup> Vgl. R. Godson/R. Shultz (Anm. 2), S. 2 f.

<sup>15)</sup> Air Force Magazine, March 1982, S. 85–87, hier S. 85.

<sup>16)</sup> Aktive Maßnahmen östlicher Nachrichtendienste, Februar 1985, 20 Seiten, hier S. 3.

<sup>17)</sup> Ebda., S. 6.

<sup>18)</sup> Ebda., S. 2.

## 2. Autodesinformation

Die bisherigen Definitionen gehen davon aus, daß die Desinformation als bewußt erzeugter Irrtum vom politischen Gegner im Ausland induziert wird. Der Bericht des BMI spricht einengend von den „gegnerischen Nachrichtendiensten des Warschauer Pakts“. Die Erfahrungen mit dem politisch-ideologischen Pluralismus im Westen legen jedoch nahe, die bisherigen Begriffsbestimmungen um ein Element zu ergänzen, das der italienische Journalist Lucio Lami die „Autodesinformation“<sup>19)</sup>, Arnaud de Borchgrave die „Unterlassungs-Zensur“ oder Constantin Melnik die „Mißinformation“<sup>20)</sup> nennen. Sie meinen damit das bewußte Verschweigen politisch relevanter Informationen, das heißt Informationen, die zur Beurteilung einer politischen Lage notwendig sind. Dieses bewußte Verschweigen verzerrt die Wirklichkeit und trägt zur Bewußtseinsänderung bei. Lami erläutert: „Wie einem tierischen Herdentrieb gehorchend sind die Vertreter der Informationswelt bei einem Ereignis präsent oder abwesend, gemäß einem geheimnisvollen Ruf, der nichts mit der Pflicht zur Information zu tun hat. So finden wir die Herde in Sabra und Shatila, aber nicht im Schuf, als einige Monate später ungleich viel schlimmere und blutrünstigere Massaker an den Christen verübt werden . . . Warum das? Warum war der Schuf angeblich nicht so interessant? Es gibt einen Grund für diese Farbenblindheit: die Ideologie. Die Welt der Information ist vom Virus der Ideologie befallen.“<sup>21)</sup>

Borchgrave nennt einen weiteren Grund: „Die neue Schule des Journalismus bringt Reporter hervor, die glauben, daß sie mit einem Mandat des Volkes versehen seien und niemandem Rechenschaft abzulegen haben . . . Sie sind davon überzeugt, recht zu haben, wo immer sie dies für nötig halten — vorausgesetzt, es nützt der Linken.“<sup>22)</sup> Oder der Rechten, möchte der Verfasser noch hinzufügen.

Revel hat diesem Thema sein jüngstes Buch gewidmet. Er nennt das Phänomen der Auto-Desinformation „das unbrauchbare Wissen“<sup>23)</sup> und meint damit die bewußte Auslese von Informationen nach ideologischen Kriterien, was mit ihren Folgen weit über das Nicht-Wissen hinausgeht: „Der Feind ist nicht mehr die Ignoranz, sondern die Lüge.“ Ein Ereignis oder eine Nachricht werde nicht mehr nach ihrer Genauigkeit aufgenommen und geprüft, sondern nach ihrer „Fähigkeit, einem Interpretationssystem, einem Beziehungsgeflecht oder einer moralischen Haltung zu dienen oder nicht zu dienen“, und diese Fähigkeit mache eine Tatsache zu einer

einer „erwünschten oder unerwünschten“<sup>24)</sup>, mithin zu einer brauchbaren oder unbrauchbaren, zu einer veröffentlichten oder verschwiegenen.

Hier geht es um mehr als den herkömmlichen Enthüllung- oder Sensationsjournalismus. Um mehr auch als die von Borchgrave angesprochenen Ausbildungsdefizite des Journalismus-Berufs, die zu der beschriebenen politischen Hybris und der alten, staatsrechtlichen Frage „Wer kontrolliert die Kontrolleure?“ führen<sup>25)</sup>. Wie ein Wetterleuchten erscheint hier die neuerdings öfter diskutierte politische „Selbstermächtigung“, und zwar „zum Verstoß gegen die Regeln des gemeinen Rechts und des moralischen Common sense unter Berufung auf das höhere Recht der eigenen, nach ideologischen Maßgaben moralisch besseren Sache“<sup>26)</sup>. Das selbstermächtigte Verschweigen oder Übergehen politisch relevanter Sachverhalte geht über die herkömmliche Disputatio in pluralistischen Demokratien hinaus und hinweg. Es macht die ideologische Auseinandersetzung zum Kampf, zum politischen Krieg. Insofern ist es auch ein Element, das eigenständig im Westen zum Gesamt-Begriff der Desinformation zuzunehmen ist, ein hausgemachtes Element sozusagen.

Die Induzierung des Irrtums und die Selbstermächtigung im Namen einer Ideologie oder „Sache“ stehen in ihrer Finalität in ein und derselben Linie. Sie können als Mittel zur Änderung des Bewußtseins des ideologischen Gegners angesehen werden. Diese Finalität ist dem politischen Kampf oder Krieg zu eigen, in dem wenigstens eine Seite in totalitärer Perspektive denkend die Überwindung der anderen Seite und somit ein Meinungsmonopol oder zumindest eine Meinungshegemonie anstrebt. Es ist deshalb geboten, hier kurz auf diesen Schlüsselbegriff zum Verständnis der Desinformation einzugehen. Die meisten Enzyklopädien gehen den Begriff des Krieges zunächst etymologisch an. Gemeinsam ist allen die Bedeutung, wonach der Krieg das hartnäckige Streben ist, mit Gewalt, gegen die der Gegner sich wehrt, einen Anspruch durchzusetzen. Im historisch-politischen Bereich ist die Zahl der Kriegs-Definitionen nahezu unüberschaubar. Die wohl bekannteste und am häufigsten zitierte Definition stammt von dem deutschen Militärphilosophen

<sup>24)</sup> Ebda., S. 238.

<sup>25)</sup> Die Literatur zu diesem Thema ist sehr umfangreich, und zwar schon seit Jahrzehnten. Aus den siebziger Jahren seien — willkürlich — genannt: Denis Barrelet, *La liberté de l'information*, Bern 1972; ferner Jürgen Liminski, *Plaidoyer pour un secret. Le secret professionnel des journalistes en Europe*, Diplomarbeit, Straßburg 1976; Jose Maria Desantes, *El autocontrol de la actividad informativa*, Madrid 1973. Für die neuere Literatur genüge der Hinweis auf die Publikation von Jürgen Wente, *Das Recht der journalistischen Recherche — Beitrag zum Konflikt zwischen den Medienfreiheiten und der informationellen Selbstbestimmung*, Baden-Baden 1987.

<sup>26)</sup> Hermann Lübke, *Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft*, Berlin 1987, S. 120f. Das Thema scheint auch den Politikern Sorge zu bereiten, jedenfalls zu Kamingsgesprächen im Kanzleramt zu führen, wie ein Bericht in DIE WELT vom 12. November 1988 zeigt.

<sup>19)</sup> Lucio Lami, *La desinformation dans les zones de tension entre les deux blocs*, Vortrag auf dem Symposium in Paris am 5. 12. 1984.

<sup>20)</sup> Constantin Melnik, *Aspects on disinformation*, Vortrag auf dem Symposium in Paris am 5. 12. 1984, S. 4; Melnik spricht auch von ‚automesinformation‘, S. 9.

<sup>21)</sup> L. Lami (Anm. 19), S. 7.

<sup>22)</sup> Ebda., S. 6.

<sup>23)</sup> Jean-Francois Revel, *La connaissance inutile*, Paris 1988.

sophen und General Carl von Clausewitz. Sie lautet, zunächst allgemein: „Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“ Und konkreter: „Der Krieg . . . wird nur durch ein politisches Motiv hervorgerufen. Er ist also ein politischer Akt . . . eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln . . . ein wahres politisches Instrument, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln . . . , denn die politische Absicht ist der Zweck, der Krieg ist das Mittel, und niemals kann das Mittel ohne Zweck gedacht werden.“<sup>27)</sup>

Lenin führte die Theorie von Clausewitz weiter und legte mit der Umkehrung der berühmten Formel des preußischen Generals in den Satz, die Politik sei die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, das Fundament für den politischen Krieg. Dieser auch für die Ost-West-Auseinandersetzung verwandte Begriff ist etwas irreführend, denn jeder Krieg ist seiner Natur nach politisch, wie eben Clausewitz schon nachwies. Mit diesem Begriffspaar soll aber die Ausklammerung des militärischen Aspektes betont werden. Der nicht-militärische Krieg ist gemeint. Peter Sager beschreibt diese Kriegsform mit ihren Mitteln und Wirkungen: „Der politische Krieg begründet keinen casus belli, vermittelt nicht das Bewußtsein um die Notlage und provoziert nicht jenen Reflex der Verteidigung, ohne den ein bedrohtes Individuum oder eine bedrohte Gemeinschaft dem Untergang geweiht ist. Darum ist der politische Krieg das beste Instrument, mit dem die Diktatur hoffen darf, ihr Ziel der Hegemonie erreichen zu können . . . , und zwar mit den Mitteln der Infiltration, Subversion, Spionage, Agitation, Propaganda, Desinformation, Bestechung, Drohung, Erpressung und Terror.“<sup>28)</sup>

Eine mögliche Definition der Desinformation könnte also lauten: „Desinformation ist Teil des politischen Krieges oder ideologischen Kampfes. Ziel ist, mit den Mitteln des Wortes und des Verschweigens das Bewußtsein des ideologischen Gegners umzuformen.“ Oder kürzer und entsprechend der Formel des Air Force Magazine: Desinformation – Krieg mit Worten und Schweigen. Eine weniger politisch akzentuierte, sondern eher moralische könnte heißen: „Desinformation – die unerkannte Lüge.“ Kombinationen sind denkbar, wie zum Beispiel: „Desinformation – Krieg mit unerkannten Lügen.“

### 3. Desinformation und Propaganda

Diese Definitionsversuche erlauben eine Abgrenzung zur Propaganda, „der Zwillingsschwester der

Desinformation“<sup>29)</sup>. Die Begriffspaare ‚politischer Krieg‘ oder ‚ideologischer Kampf‘ deuten auf die Breite und umfassende Anlage der Intention hin, mithin auf den totalitären beziehungsweise globalen Charakter von Desinformationsstrategien. Die Propaganda hingegen „versucht, die Einstellung großer Menschenmengen zu beeinflussen, und zwar in umstrittenen kontroversen Fragen, in denen sich eine bestimmte Gruppe engagiert hat“<sup>30)</sup>. Ihre Manipulation ist partiell, die der Desinformation total. Propaganda täuscht manchmal, Desinformation immer<sup>31)</sup>.

Beiden „Zwillingsschwestern“ gemeinsam ist zwar der Versuch der Beeinflussung. Während aber die Desinformation verborgen bleibt – wird sie decouviert, verliert sie ihre Wirkung, wird die Blöße des Kaisers erkannt –, liegt es geradezu im Wesen der Propaganda, werbend möglichst viel Aufhebens um ihre Sache zu machen. Desinformation kann sich an einzelne richten, Propaganda richtet sich immer an die Masse. Desinformation verhindert die Erkenntnis von der Wirklichkeit, Propaganda verzerrt sie nur. Desinformation sucht auf dem Umweg des Irrtums eine bestimmte Entscheidung zu erwirken, Propaganda legt fertige Meinungsmuster vor, sie drängt ein fertiges Urteil auf. Die Desinformation läßt ihrem Objekt möglichst keine Freiheit, obwohl dieses glaubt, völlig frei eine eigene Entscheidung zu treffen. Propaganda bedrängt, läßt aber ein gewisses Maß an geistiger Autonomie zu. Desinformation kennt keine Konkurrenz, Propaganda lebt von ihr. Für Peter Sager liegt hierin der Hauptunterschied. Er schreibt: „Propaganda ist nicht Desinformation, solange sie der Gegenpropaganda ausgesetzt ist.“<sup>32)</sup>

Das ist in totalitären Regimen selten der Fall, weshalb dort Desinformation und Propaganda meist deckungsgleich sind. Da dieses Element der Konkurrenz in der Sowjetunion fehlt, bezeichnet der Begriff Propaganda auch nicht das Werben für eine Sache, sondern die Schulung oder Kaderinstruktion, während die propagandistische Funktion eher von sogenannten Agitatoren wahrgenommen wird. Nach Lenin vermittelt bekanntlich die Propaganda wenigen viele Ideen, die Agitation dagegen vielen wenige Ideen. Das Ergebnis dieser internen Infor-

<sup>29)</sup> Die Metapher stammt von dem ehemaligen polnischen Botschafter in Tokio, Zdzislaw Rurarcz. Seine Ausführungen auf dem Kongreß in Paris (Dezember 1984) wurden teilweise veröffentlicht vom European Institute for Security, Journal (1985) 2, auch als Buch, Disinformation in the economic sphere, Bonn 1985, S. 14–26.

<sup>30)</sup> Die Definition stammt von Lasswell aus dem Jahre 1927. Vgl. Elisabeth Noelle-Neumann/Werner Schulz, Publizistik, Frankfurt 1971, S. 305. In der Encyclopaedia Britannica heißt es: Propaganda ist die bewußt einseitige Orientierung einer Massenzuhörerschaft. Sie ist ein Akt der gerichteten, gezielten Meinungslenkung . . . bei umstrittenen Sachverhalten. Bd. 18, London 1961, S. 580; vgl. auch United States Department of State, Contemporary soviet propaganda and disinformation – a conference report, Washington 1987, insbesondere die Definitionen S. III.

<sup>31)</sup> Vgl. United States Department of State, ebda., S. III.

<sup>32)</sup> P. Sager (Anm. 6), S. 13.

<sup>27)</sup> Carl von Clausewitz, Vom Kriege, herausgegeben und eingeleitet von Werner Hahlweg, Bonn 1980<sup>19)</sup>, S. 191 und 209 f.

<sup>28)</sup> Peter Sager, Der politische Krieg – die reale Gefahr, Schweizerisches Ost-Institut, Bern 1986, S. 19 und 25.

mationspolitik aus Propaganda, Agitation und bewußtseinsverändernder Desinformation war, wie der sowjetische Journalist Boris Tumanov im Zeichen von Glasnost bekennt, „ein offizielles Surrogat der Realität. Die Realität selbst aber wurde verdrängt in die Illegalität des gesellschaftlichen Lebens, in Witze, Klatsch und Gerüchte . . . Unter diesen Bedingungen war echtes Wissen einfach nicht notwendig . . . unsere Gesellschaft betrachtete sich nicht im Spiegel, sondern sah sich auf Plakaten.“<sup>33)</sup>

Nach außen allerdings war und ist diese Situation durchaus vorteilhaft für Moskau. Wolfgang Bergsdorf sieht hier ein strukturelles Ungleichgewicht zugunsten der Sowjets, dem der Westen nahezu machtlos gegenüberstehe. Die Sowjetunion verfügt

„in der geistig-politischen Auseinandersetzung zwischen freiheitlicher Demokratie und totalitärem Herrschaftsanspruch über einen strukturellen und unüberwindbaren Vorteil, den sie mit großer Konsequenz nutzt: Mit ihrer Propaganda wirkt sie tief in das Lager der westlichen Demokratien hinein, die ihre konstituierenden Prinzipien aufgeben müßten, wenn sie diese Einwirkung institutionell abwehren wollten.“<sup>34)</sup> Umgekehrt verstellen die „Plakate“ den westlichen Beobachtern der Sowjetunion bisweilen den Blick. Ohne Durchblick jedoch ist es schwierig, Absicht und Aufrichtigkeit von außenpolitischen Initiativen und Handlungen einzuschätzen. Man ist auf Vergleiche oder Aussagen von Überläufern angewiesen, um im Falle vermuteter Desinformationskampagnen das Element der bewußten Irreführung nachzuweisen.

## II. Beispiele der Desinformation

Die größte Schwierigkeit seit 1985 besteht jedoch nicht darin, nachzuweisen, daß auch unter Gorbatschow Desinformation betrieben wird — dazu im folgenden einige Beispiele —, sondern in der politischen Einschätzung der Desinformation als Mittel des politischen Krieges. Denn je mehr pluralistische Elemente durch die Tür der Perestroika den Weg in das sowjetische System finden, um so fragwürdiger wird die Desinformationsstrategie nach innen und nach außen. Der Übergang von einem totalitären zu einem autoritären Regime wirft Fragen der Glaubwürdigkeit und der Legitimation auf, die mit den bisherigen Praktiken der Desinformation nicht in Einklang zu bringen sind.

Vier Beispiele sollen den Stand der Praktiken erläutern. Es handelt sich um Vorgänge, die sich qua Vergleich von veröffentlichten Äußerungen untereinander und mit Überläufersaussagen als Desinformation qualifizieren lassen.

*Erstens:* Auf einem Symposium der „Internationale des Widerstands“ zum Thema Desinformation am 5. Dezember 1984 in Paris berichtete der ehemalige polnische Botschafter in Tokio, Zdzislaw Rurarz, wie Moskau und seine Satelliten seit Jahrzehnten versuchten, falsche Angaben und Zahlen über Potential und Produktion der kommunistischen Wirtschaftssysteme zu verbreiten. Eine Zahl habe sich tief in das Bewußtsein westlicher Medienmacher und Wirtschaftler eingegraben: Die Comecon-Länder erzeugten ein gutes Drittel der Weltindustrieproduktion. Diese leicht zu merkende Zahl sei zuerst von der „Prawda“ vor etwa 25 Jahren in die Welt gesetzt worden. Nie jedoch wurde ihre Herkunft aufgeschlüsselt. Man glaubt sie oder man glaubt sie nicht. Ihre Glaubwürdigkeit werde, so Rurarz, untermauert durch wiederholtes Veröf-

fentlichen in westlichen Medien und in sowjetischen Statistiken. „The USSR in Figures“ (Moskau 1982) spreche wieder von jenem ungefähren Drittel des Weltindustrieprodukts, gleichzeitig aber auch von einer Verdoppelung der Produktionsrate im Vergleich zu den westlichen Ländern, und zwar im gleichen Zeitraum. Der Denkfehler — gleichbleibender Anteil am Weltprodukt mit gleichzeitiger Verdoppelung der Produktion gegenüber den westlichen Industrieländern — fiel nur wenigen auf. Anderen wollte er nicht einleuchten. Als die „Washington Post“ die Drittel-Ziffer am 13. Juni 1984 in einem Bericht vom Comecon-Gipfel in Moskau wieder einmal weitertransportierte, habe er die Chefredaktion in einem Brief auf den Denkfehler aufmerksam gemacht. Rurarz, gerade zweieinhalb Jahre im Westen, machte dabei auch eine wohl typische Erfahrung: „Der Brief wurde nicht veröffentlicht, wahrscheinlich aus Mangel an Platz für solche triviale Sachverhalte.“<sup>35)</sup>

Die imaginäre Drittel-Ziffer ist auch in der Ära Gorbatschow keineswegs aus der Welt. Wladimir Lomejko, ein entschiedener Parteigänger des Generalsekretärs, in den siebziger Jahren Korrespondent für die Nachrichtenagentur Nowosti in Bonn, von 1984 bis 1986 Sprecher des Außenministeriums und seit 1986 Botschafter für besondere Angelegenheiten, nannte sie jetzt wieder, obwohl die Produktivität der Sowjetunion in den letzten Jahren deutlich gesunken ist, wie Gorbatschow selbst und einer seiner engsten Wirtschaftsberater, Abel Aganbegjan, offen und wiederholt bekennen<sup>36)</sup>. Sacharow zitiert den Generalsekretär: „Bereits vier Planjahrfünfte haben wir keinen Zuwachs im Nationaleinkommen zu verzeichnen, in den 80er Jahren war

<sup>33)</sup> Boris Tumanov, in: Ogonek, (1988)21.

<sup>34)</sup> Wolfgang Bergsdorf, Über die Macht der Kultur — Kommunikation als Gebot der Politik, Stuttgart 1988, S. 80 f.

<sup>35)</sup> Vgl. Anm. 29.

<sup>36)</sup> Abel Aganbegjan, Strategie der Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung in der UdSSR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/1987, S. 3 f.

sogar ein Rückgang zu beobachten.“<sup>37)</sup> Lomejko aber schreibt im Zusammenhang mit dem gemeinsamen europäischen Haus als Beleg für die wirtschaftliche Potenz des sowjetischen Nachbarn dies: „Die oft verbreitete These vom technologischen Zurückbleiben des Ostens und seiner nahezu notgedrungenen Abhängigkeit vom Westen geht entweder auf Inkompetenz oder politische Mißgunst zurück und kann für die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen nicht maßgeblich sein. Kompetente westliche Spezialisten zeigen Interesse für das Komplexprogramm des RGW, denn sie wissen, daß diese Länder über ein gewaltiges wissenschaftlich-technisches und industrielles Potential verfügen. Sie erzeugen 33 Prozent der Weltindustrieproduktion, und auf sie entfällt ein Drittel des wissenschaftlich-technischen Potentials.“<sup>38)</sup> Entweder Lomejko irrt oder er lügt. Im ersten Fall wäre er selber das Opfer einer Desinformation, im zweiten würde er sie betreiben. Mit einer Induzierung des Irrtums zum Zweck einer positiven Einstellung gegenüber dem gemeinsamen europäischen Hausnachbarn haben wir es aber bei beiden Annahmen zu tun.

Ruraz erinnert sich auch, daß er als Gierek-Vertrauter und Universitätsprofessor für Wirtschaftsplanung und Statistik jahrelang mit seinen Kollegen „vertrauliche Meldungen“ verbreitet hatte, wonach die Sowjetunion bereit wäre, für „Schuldendienste der Bruderländer“ aufzukommen, falls dies einmal notwendig werden sollte. Dadurch sollte die Kreditwürdigkeit Polens im Westen gesteigert werden. Es funktionierte. Als einige westliche Gläubiger in Krisenzeiten anfragten, ob die Sowjetunion tatsächlich eine Garantie abgegeben habe, wußte man weder in Moskau noch in Warschau von diesen „Gerüchten“. Ruraz heute: „Es handelt sich um einen großen Erfolg der sowjetischen Desinformation. Zu einem gegebenen Zeitpunkt beliefen sich die Schulden des Sowjetblocks auf rund 80 Milliarden Dollar. Sie scheinen heute etwas darunter zu liegen, aber uns fehlen genaue Angaben. Diese Schulden sind, angesichts der Insolvenz der meisten Ostblockländer, ein feines Geschenk des Westens für die kommunistische Welt.“ Hier habe sich die Desinformation wirklich ausgezahlt.

*Zweitens:* Seit 1983 läuft eine Meldung um die Welt, wonach der Aids-Virus in den US-Labors von Fort Detrick in Maryland hergestellt worden sei. Sie erschien erstmals in der indischen Zeitung „Patriot“, die von Überläufern als ein vom sowjetischen Geheimdienst KGB gelenktes Organ bezeichnet wird. Im Oktober 1985 griff die „Literaturnaja Gazeta“ die Meldung auf und gab ihr mit seriös erscheinenden Hintergründen einen wissenschaftlichen Anstrich. Seither ist es um diese Falschmeldung nicht

still geworden. Allein im vergangenen Jahr wurde sie 40mal in den sowjetischen Medien geboten, in mehr als 80 Ländern und 30 Sprachen der Weltöffentlichkeit vorgeführt. Dabei ist das Gegenteil leicht zu beweisen: Die Wissenschaft ist schlicht nicht so weit, daß man künstlich einen Virus dieser Komplexität herstellen könnte; entdeckt wurde der Virus lange vor der vermeintlichen Produktion, und das Fort Detrick, das von dem Hauptträger dieser Falschmeldung, dem DDR-Professor Segal, wegen seiner Nähe zu New York als Herstellungsstätte angegeben worden war, liegt 250 Meilen davon entfernt. Im August 1987 erklärte sich Moskau auf Drängen Washingtons bereit, die Verbreitung der Aids-Geschichte zu unterlassen. Dies geschah auch, und das offizielle Organ „Iswestia“ veröffentlichte am 30. Oktober 1987 sogar eine Art Richtigstellung durch zwei führende sowjetische Wissenschaftler. Am selben Tag allerdings veröffentlichte die „Sowjetskaja Rossija“ einen Artikel, der die alten Behauptungen mit dem Anspruch wiederholte, die sowjetische Presse könne auch gegensätzliche Meinungen veröffentlichen. Auch in diesem Jahr fand die Aids-Geschichte Verbreitung. Radio Moskau wiederholte sie in einem Interview mit Professor Segal am 13. Februar, die „Cameroon Tribune“ veröffentlichte sie am 4. Februar und der portugiesische „Correio da Manha“ am 5. Januar.

*Drittens:* Seit drei Jahren führt die neue sowjetische Führung eine bemerkenswerte Good-will-Kampagne im Westen mit dem Ziel durch, die „alten Feindbilder“ abzubauen. Die Europäer griffen bei ihrer Vorstellung von der Sowjetunion auf alte Klischees zurück. Dies sei inkonsequent und die Ursache dafür läge „in den Köpfen westlicher Politiker“. Dort sei „das Feindbild zu tief verwurzelt, das Bild eines Feindes, der immer nur danach trachtet, jemanden zu überfallen“. Es sei Zeit, mit den Ängsten aus der Zeit des Kalten Krieges Schluß zu machen, sonst komme es zu einem Leerlauf bei der Errichtung des „europäischen Hauses“<sup>39)</sup>. Mahnend spricht die „Prawda“ von „steinzeitlicher Feindschaft“, von „Kleinmut“ und „alten Vorurteilen“, von „Argwohn“, „Überheblichkeit“, „gefährlichem Archaismus“ und „Bedenkenlosigkeit“. Die positive Seite der Medaille lautet: „Modernisierung des Denkens“, Pressefreiheit und Glasnost, Aufbruch zu neuen Ufern, etc. Hohe Funktionäre wie der ehemalige Leiter der Internationalen Abteilung des ZK und heutige außenpolitische Berater des Generalsekretärs, Dobrynin, der ehemalige Dolmetscher Stalins, Bereschkow, der deutschlandpolitische Vordenker im ZK, Nikolai Portugalow, der ehemalige Botschafter in Deutschland und Nachfolger Dobrynins an der Spitze der Internationalen Abteilung, Falin — sie alle reisen als Gesandte für Glasnost und neues Denken durch die westliche Welt, insbesondere die Bundesrepublik Deutsch-

<sup>37)</sup> Andrej Sacharow, in: Juri Afanassjew (Hrsg.), Es gibt keine Alternative zu Perestroika, Moskau 1988, S. 162.

<sup>38)</sup> Wladimir B. Lomejko, Das „Haus Europa“ aus sowjetischer Sicht, in: Hanns-D. Jacobsen/Heinrich Machowski/Dirk Sager (Hrsg.), Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Bonn 1988, S. 66.

<sup>39)</sup> Zit. nach: Dokumente der Presseabteilung der Botschaft der UdSSR in Zusammenarbeit mit Nowosti, Bonn, 17. 2. 1988.

land, um, wie sie sagen, ein Feindbild abzubauen. Es gehe nicht mehr um Feindschaft, sondern um Wettbewerb der Systeme, gelegentlich ist auch von Wettstreit und Rivalität die Rede — Begriffe, mit denen pluralistisch denkende Bürger durchaus zu recht kommen können.

Mehr noch: Der stellvertretende Leiter der Politischen Hauptverwaltung der sowjetischen Streitkräfte, Generaloberst Volkonow, behauptet, daß der Begriff „Feind“ in der Sowjetarmee nun nicht mehr verwendet werde<sup>40)</sup>, und der Warschauer Pakt erklärte bereits am 29. Mai des vergangenen Jahres, fortan auf jedes Feindbild verzichten zu wollen. Unterschrieben ist die Deklaration auch von Generalsekretär Gorbatschow, dessen Vorgänger Tschernenko sich noch drei Jahre zuvor in einer anderen Warschauer-Pakt-Erklärung für eine Erziehung zum „Haß gegen seine Feinde“ ausgesprochen hatte. Hat sich das neue Denken so rasch Bahn gebrochen, sind die Worte von vorgestern abgetan und die von gestern die Taten von heute?

Es gibt Widersprüche. Nach dem Besuch Gorbatschows auf dem Atomkreuzer „Kirow“ im Oktober 1987 berichtete die Prawda in den früher üblichen, heute unüblichen Termini von der „Kampfgemeinschaft“ gegen den „grausamen und heimtückischen Feind“, die NATO. Und der Generalsekretär sprach von dem nicht zu bremsenden Wettrüsten, das „der Imperialismus entfesselt“<sup>41)</sup>.

Dennoch scheint diese Bewußtseinsoffensive wirksam zu sein. In der Bundeswehr wird das „Feindbild“ diskutiert, in der Gesellschaft schwindet allgemein das Gefühl der Bedrohung, wie Elisabeth Noelle-Neumann in einer umfassenden Studie feststellt. Die Verteidigungspolitik des Westens steht im westeuropäischen Haus vor einem wachsenden Akzeptanz-Problem. Eine Politik der Neutralität zwischen den Großmächten wird bereits von 44 Prozent der Deutschen in der Bundesrepublik befürwortet; vor drei Jahren, als Moskau zu seiner Bewußtseinsoffensive ansetzte, waren es gerade etwas mehr als 30 Prozent. Dieser Entwicklung entspricht die Popularitätskurve Gorbatschows in der deutschen Öffentlichkeit. Vor drei Jahren hatten knapp 30 Prozent eine gute Meinung vom Kremlchef, heute sind es 71 Prozent<sup>42)</sup>.

Anders als in den angeführten Beispielen ist die Feindbild-Diskussion trotz der klaren publizistischen Widersprüche ein klassisches Exempel für den Zweifel, der durch eine Offensive zur Änderung des Bewußtseins hervorgerufen werden kann. Es ist (noch) dem politischen Urteil und Standpunkt überlassen, hier von einer Desinformationskampagne zu sprechen — die Widersprüche wären der Beleg — oder von einem wirklichen Wandel durch das neue Denken, das nur noch nicht alle Bereiche und Personen erfaßt hat. Die Worte, zuletzt von Gorbatschow in seiner Rede vor der UNO

am 7. Dezember 1988, werden von westlichen Regierungen zu Recht als Zeichen des guten Willens begrüßt. Die dieser Ankündigung zugrundeliegende und von Gorbatschow erstmals am 25. Februar 1987 als neuer zentraler Begriff der sowjetischen Militärdoktrin genannte „ausreichende Verteidigung“<sup>43)</sup> hat Hoffnungen geweckt, die von der Realität, das heißt beispielsweise einem Abbau der hoch überlegenen konventionellen Streitkräfte, noch untermauert werden müssen. Solange bleibt die Skepsis berechtigt, die der amerikanische Verteidigungsminister Carlucci im Wall Street Journal am 30. August 1988 nach einem Treffen mit seinem sowjetischen Amtskollegen Jasow so formulierte: „Die Sowjetunion mag im Hinblick auf Reformen zögernde Schritte unternehmen, aber im Umfang oder beim Einsatzkonzept ihres Militärs ist immer noch keine nennenswerte Veränderung zu verzeichnen. Die ‚neue Doktrin‘ hat weder zur Zerstörung oder Ausmusterung eines einzigen Schiffes, Flugzeuges oder Panzers geführt noch zu einem Abzug von Truppen aus Europa oder Ostasien. Die sowjetischen Streitkräfte sind ihrem Aufbau und ihrer Ausrüstung nach immer noch in der Lage, mächtige Offensivschläge auszuführen, um Territorium zu erobern und zu halten. Bis jetzt liegen also keine Hinweise dafür vor, daß die in der Sowjetunion geführte Debatte über militärische Strategie über das Stadium von Diskussionen hinaus gediehen ist. Dennoch besteht eine bemerkenswerte Bereitschaft, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion offen anzusprechen.“ Eine jüngere Studie von Anton Krakau und Ole Diehl vom 18. November 1988 kommt nach der Analyse mehrerer Aufsätze aus der internen sowjetischen Truppenzeitschrift „Voennyj Vestnik“ zum Schluß, „radikale Veränderungen oder Brüche bei der Entwicklung der Einsatzgrundsätze auf taktischer Ebene sind bisher nicht festzustellen.“ Und: „Keinesfalls darf der Angriff die dominierende Art von Kampfhandlungen sein, wenn man sich zu einer militär-strategischen Konzeption strategischer Defensive bekennt. Verteidigung darf eben nicht dem ‚Angriff untergeordnet‘ werden, wie es in den Äußerungen der hier betrachteten sowjetischen Militärtheoretiker weiterhin festzustellen ist.“<sup>44)</sup>

*Viertens:* Die im Wall Street Journal formulierte Skepsis Carluccis<sup>45)</sup> und übrigens auch deutscher Politiker<sup>46)</sup> führt zu einem weiteren Fall, wo An- und Verkündigung Moskaus mit der Realität kontrastieren: der sowjetische Militärhaushalt. In der ersten Entspannungsära wurden für den sowjeti-

40) Literaturnaja Gazeta vom 6. 5. 1987.

41) Vgl. Prawda vom 3. 10. 1987.

42) Elisabeth Noelle-Neumann, Wenn das Gefühl der Bedrohung schwindet, in: FAZ vom 22. 7. 1988.

43) Vgl. Gerhard Wettig, Ausreichende Verteidigung — ein neues Prinzip in der sowjetischen Sicherheitspolitik?, in: Beiträge zur Konfliktforschung, (1988) 2, S. 23—36.

44) Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Aktuelle Analysen, Nr. 52, S. 5.

45) Vgl. Frank Carlucci, in: Wall Street Journal vom 30. 8. 1988.

46) Vgl. Lothar Rühl, Die Sowjetunion will die Asymmetrie der maritimen Macht, in: Die WELT vom 6. 12. 1988; und Jürgen Todenhöfer, in: Europäische Wehrkunde, (1988)12.



schen Militärhaushalt stets Zahlen und Daten veröffentlicht, die nahelegten, daß Moskaus Ausgaben für die Streitkräfte zwischen 1972 und 1985 nur geringfügig oder gar nicht stiegen. Nach amerikanischen Schätzungen decken die angegebenen Ausgaben aber nur ein Sechstel der aufgrund der bekannten Truppenstärken und Militärprogramme berechenbaren Kosten. Der ehemalige Offizier im militärischen Geheimdienst GRU, Viktor Suworow, war jahrelang mit den Akten der Rüstungsindustrie-Kommission befaßt, die das wirkliche Ausmaß der Militärausgaben bestimmt. Er schreibt: „Theoretisch wendet die UdSSR jährlich nur die vergleichsweise geringe Summe von 19 Milliarden Rubel für Verteidigungszwecke auf. Diese 19 Milliarden Rubel sind aber nur das Budget des Verteidigungsministeriums. Die Budgets der anderen zwölf Ministerien, die Rüstung produzieren, werden geheimgehalten. Das sowjetische System ist so eingerichtet, daß das Verteidigungsministerium nicht kauft oder beschafft. Es bekommt die Rüstung, die es benötigt.“<sup>47)</sup> Nach Suworows Angaben bildet der Plan der Rüstungsindustrie-Kommission das „Herz eines sowjetischen Fünfjahresplans für wirtschaftliche Entwicklung“. Suworow: „Betrachten wir einmal einen Flugzeugträger, der gerade auf einer sowjetischen Werft gebaut wird. Das Verteidigungsministerium zahlt nichts dafür. Vielmehr überweist der Ministerrat den Preis an das Ministerium für Schiffbau und verbucht die Summe unter dem Ausgabenkonto Schiffbauindustrie. Dieses Ministerium hat übrigens noch kein einziges nicht-militärisches Schiff gebaut. Die Sowjetunion kauft ihre Handelsschiffe ohne Ausnahme in Polen, der DDR, Jugoslawien, Bulgarien, Italien, Frankreich, Norwegen, Schweden, Dänemark und anderen Ländern, die vollständig aufzuzählen schwierig wäre; wahrscheinlich ist die Schweiz das einzige Land, das nicht auf der Liste steht.“<sup>48)</sup>

Carlucci hat diese Problematik in seinem zitierten Artikel erwähnt: „Es ist allseits bekannt, daß der sowjetische Verteidigungshaushalt in realen Zahlen abgenommen hat und wir als Folge dessen den Umfang unserer Streitkräfte im Verlauf der kommenden Jahre . . . reduzieren werden.“ Er habe auch Jasow darauf angesprochen und vorgeschlagen, „daß die Sowjets ihr Militärbudget offenlegen.“ Aber „es wurde mir erklärt, die sowjetische Regierung sei aus technischen Gründen nicht in der Lage, solche Informationen zu liefern. Dies hinge mit der Verteilung des sowjetischen Militärhaushalts über mehrere Ministerien zusammen . . . ich bin bereit, die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß die Veröffentlichung eines detaillierten Militärhaushalts ihnen besondere Schwierigkeiten bereiten mag. Trotzdem sind wir noch weit davon entfernt, das sowjetische Militärwesen als offen bezeichnen zu können, bevor diese grundlegenden Informationen nicht der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.“

Auch hier ließe sich je nach dem Grad des politischen Vertrauens in die Sowjetführer argumentieren, es handele sich um Desinformation, also den bewußten Versuch, den Westen irrezuführen, oder um Schwierigkeiten, die aus dem System erwachsen, aber nicht den guten Willen der sowjetischen Führung in Frage stellen. Im zweiten Fall müßte man freilich noch die detaillierten Aussagen Suworows bezweifeln und annehmen, daß es Moskau trotz des bürokratisch hochentwickelten Systems kaum möglich ist, das Budget der Rüstungsindustrie-Kommission zusammenzutragen, falls es dieses noch nicht gibt. Nur: Das Ziel einer vermuteten Desinformation oder zufälligen Irreführung ist gleich. In der westlichen Öffentlichkeit wächst der Druck auf die Politiker, die Wehrbudgets zu reduzieren.

### III. Mittel und Methoden der Desinformation

Aus den aufgeführten Beispielen sowie aus den diversen Definitionsversuchen lassen sich einige generelle methodische Aspekte herauskristallisieren: Fälschung von Statistiken und Dokumenten, Halbwahrheiten, Ausnutzung der Medien beziehungsweise der offenen Informationsstruktur des Westens, Einsatz von Einflußagenten (Victor Louis). „Nach Überläuferaussagen bedienen sich“, so heißt es im zitierten BMI-Bericht, „die Dienste der UdSSR bei der Durchführung ‚Aktiver Maßnahmen‘ in erster Linie nichtsowjetischer und nicht-kommunistischer Journalisten und Rundfunkredakteure. Auslandskorrespondenten sowjetischer Presseagenturen verfügen über großzügig bemessene Geldbeträge, um durch diskrete und zuverlässige

signale Kontaktleute Artikel lancieren oder schreiben zu lassen.“

Die vermutlich am häufigsten verwandte Methode ist das anonyme Zuspielen von Informationen in Form von abgelichteten Schriftstücken und Fotonegativen. Im November 1984 erhielten zahlreiche deutsche Firmen ein in englischer Sprache gehaltenes angebliches Schreiben des amerikanischen Handelsministeriums, mit dem die Firmen um Offenlegung ihres Technologieexports in Ostblockstaaten ersucht wurden. Nachfragen und Ermittlungen ergaben, daß das US-Handelsministerium weder als Autor noch als Absender in Frage kam. Im Englischen ungebräuchliche Formulierungen waren ein weiterer Anhaltspunkt dafür, daß es sich bei diesem Schreiben um eine Fälschung handelte. Mit den in dem Schreiben sehr gezielten Fragen nach Geschäftspraktiken und -volumina deutscher Firmen dürfte die Absicht verbunden gewesen sein,

<sup>47)</sup> Viktor Suworow, GRU — Die Speerspitze. Spionage-Organisation und Sicherheitsapparat der Roten Armee. München 1985, S. 61.

<sup>48)</sup> Ebda., S. 62.

Unruhe und Mißtrauen gegen die Vereinigten Staaten in die deutsche Wirtschaft hineinzutragen. Moskau investiert nach Schätzungen von Experten und Überläufern pro Jahr etwa zehn bis zwölf Milliarden Mark in Apparat und Maßnahmen der Desinformation<sup>49)</sup>. Der frühere Botschafter in Bonn, Richard Staar, setzte im April 1984 die Zahl auf acht Milliarden an<sup>50)</sup>. Davon würden Aktionen,

Personal und Organisation bezahlt. Roy Godson macht in einem Interview folgende Rechnung auf: „Wenn wir die Aufwendungen der sowjetischen Satelliten dazurechnen, so kommen wir auf sechs bis acht Milliarden Dollar jährlich.“<sup>51)</sup> Eine Großkampagne wie gegen die Neutronenwaffe kostete rund 100 Millionen Dollar<sup>52)</sup>. Sie war erfolgreich, die Neutronenwaffe wurde zurückgezogen.

#### IV. Das geistige Fundament der Desinformation

Der umfangreiche Desinformationsapparat ist nicht von einem Tag auf den anderen abzuschaffen. Auch wenn der Wille zur Umgestaltung — selbst der internationalen Beziehungen — da ist. Denn real ist auch das Sendungsbewußtsein Moskaus und somit die Priorität, die Weltmachtrolle der Sowjetunion zu bewahren und nach Möglichkeit noch auszubauen. Der Westen dürfte also zumindest vorerst weiter mit den sowjetischen Praktiken der Desinformation — von den hausgemachten einmal abgesehen — leben müssen. Das zeigt auch der jüngste Bericht der US-Regierung über Desinformation. Er führt aus, daß unter Gorbatschow neue Desinformationskampagnen gestartet wurden, daß aber der Ton dieser Kampagnen weniger laut und die sogenannten Front-Organisationen wie etwa der Weltfriedensrat zurückhaltender geworden seien. Dennoch würden jährlich etwa zehn bis fünfzehn Fälschungen verbreitet, wovon der Bericht in seinem Anhang eine Reihe aus den letzten drei Jahren veröffentlicht<sup>53)</sup>.

In einem Interview mit der Vierteljahresschrift „Disinformation Forecast“ meint der ehemalige hohe KGB-Offizier Ilja Dschirkwelow, die Sowjetunion wolle den Westen „davon überzeugen, daß Gorbatschow und das Politbüro alles in ihrer Macht stehende tun, um gute Beziehungen zwischen Ost und West herzustellen und mehr Offenheit zu erreichen. Gleichzeitig aber wird die sowjetische Führung niemals den ideologischen Kampf gegen den Westen aufgeben, denn das liegt in der Natur des Kommunismus.“<sup>54)</sup>

Diese Feststellungen werfen Fragen nach der geistigen Grundlage der Desinformation und somit auch

der Möglichkeit auf, ob sie ohne Systemänderung überhaupt abgeschafft werden kann. Immerhin ist die Sowjetunion der Staat, der zuerst die Desinformation in institutionelle Formen goß, die dann als Beispiel für die Verbündeten dienten. Er hat somit, nach westlichem Denken, das Prinzip der Lüge institutionalisiert, auch für Friedenszeiten. Die Frage, ob diese Institution mit dem „neuen Denken“ vereinbar ist, deutet auf Systemunterschiede zwischen Ost und West, auf die informellen Strukturen in beiden Systemen und auf den systemübergreifenden Gegensatz zwischen Lüge und Wahrheit hin. Denn natürlich verzerren auch nicht-kommunistische Regierungen oder Institutionen die Wirklichkeit. Wirkung und strategische Dimension sind jedoch grundverschieden, so wie die Informationssysteme in West und Ost grundverschieden sind.

##### 1. Integrationskonzept und Elitekonzept

In der freien Welt ist das Grundrecht der Meinungsfreiheit ein „schlechthin konstituierendes“ Element des demokratischen Staatsgefüges, wie auch das Bundesverfassungsgericht ausdrücklich festgestellt hat<sup>55)</sup>. Dieses Grundrecht ermöglicht erst öffentliche Meinung als einen Prozeß sozialer, demokratischer Kontrolle. Dieser Prozeß läßt sich in zwei Konzepten denken, wie unter anderem Elisabeth Noelle-Neumann aufgezeigt hat<sup>56)</sup>. Sie unterscheidet formal zwischen dem „Integrationskonzept“ und dem „Elitekonzept“. Beim ersten kommt der öffentlichen Meinung eine konsensbildende und konsenserhaltende Funktion zu, die gesellschaftlich integrierend wirkt, weil sie im Austausch der verschiedenen Meinungen und Ideen die verbindende Kraft des Dialogs und der zwischenmenschlichen Kommunikation stärkt. Öffentliche Meinung fördert die soziale Komponente des Menschen. Sie knüpft ein Geflecht eigenständiger Ideen, das Netz oder Koordinatensystem, in dem und an dem sich die Mitglieder der Gesellschaft orientieren können. Es ist die „anonyme Urteilsinstanz“<sup>57)</sup>, die den werttragenden Funktionsraum des sozialen Verbandes bestimmt. Wer sich dem Urteil dieser In-

<sup>49)</sup> Vgl. R. Godson/R. Shultz (Anm. 35), S. 31; die Autoren berufen sich auf einen Bericht im Geheimdienst-Ausschuß des US-Kongresses.

<sup>50)</sup> Vgl. Hans Graf Huyn, Sieg ohne Krieg, München 1984, S. 49.

<sup>51)</sup> R. Godson in einem Interview mit den „Ost-Nachrichten“, Nr. 12, Dez./Jan. 1984/85, S. 5.

<sup>52)</sup> Vgl. Lawrence S. Eagleburger, Amerika-Dienst vom 25. 5. 1983, S. 7; vgl. auch Astrid von Borcke, KGB — die Macht im Untergrund, Stuttgart 1987, S. 90; für den Verlauf der Kampagne gegen die Neutronenwaffe vgl. J. Barron (Anm. 2), S. 257 ff.

<sup>53)</sup> Vgl. Soviet active measures in the era of Glasnost. United States Information Agency (Hrsg.), Washington 1988.

<sup>54)</sup> Disinformation Forecast, Nr. 9 (Sommer 1988), S. 8 und 9.

<sup>55)</sup> Bundesverfassungsgericht, Amtliche Sammlung, Bd. 7/208 vom 15. 1. 1958.

<sup>56)</sup> Elisabeth Noelle-Neumann, Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung — unsere soziale Haut, München-Zürich 1980.

<sup>57)</sup> Ebda., S. 93.

stanz nicht beugt, isoliert sich, macht sich zum Außenseiter der Gesellschaft — oder er bewirkt eine Änderung des Meinungsnetzes, einen Umschwung des Meinungsklimas, indem er neue Werte oder andere Wertprioritäten einführt, denen sich die Masse anschließt.

Das Elitekonzept, das im Gegensatz zum Integrationskonzept sehr viel jüngeren Datums ist, da es erst im 18. Jahrhundert im europäischen Denken Gestalt annimmt, zielt ab auf die Veränderung und Bestimmung der öffentlichen Meinung im Sinne einer Elite, die zunächst nur den Übergang vom Absolutismus zum Ständestaat, zur Republik und zur Demokratie vor Augen hatte. Später aber — im 19. und 20. Jahrhundert — wird dieses Konzept im Sinne der marxistisch-leninistischen Avantgarde angewandt und somit geradezu zum Antikonzept der Integrationsfunktion. Der Dialog wird durch das Meinungsmonopol, der Austausch der Meinungen und Ideen durch den öffentlichen Meinungszwang ersetzt. Das variable Koordinatensystem wird einer starren, totalitären Ideologie unterworfen, die das gesamte Gesellschaftsleben erfassen will.

## 2. Michel de Montaigne und Wladimir Iljitsch Lenin: Von der „opinion publique“ zur „Presse neuen Typs“

In diesem Zusammenhang sind zwei historische Gestalten exemplarisch: Michel de Montaigne (1533–1592) und Wladimir Iljitsch Lenin (1870–1924). Der französische Landedelmann ist nach heutigen Erkenntnissen der Schriftsteller, der den Begriff „öffentliche Meinung“ in der Ausgabe seiner „Essais“ 1588 zum erstenmal als einen soziologischen Begriff benutzt hat, auch wenn erst Jean-Jacques Rousseau die „opinion publique“ als Modewort der Aufklärung einführte<sup>58</sup>). Montaigne benutzte den Begriff als Bezeichnung für den integrativen Prozeß. Wir verdanken ihm die erste Beschreibung des damit verbundenen Abbaus individueller Unsicherheit durch das Übernehmen der Mehrheitsmeinung. Ferner die Schilderung der Sanktionsmechanismen der sozialen Kraft „öffentliche Meinung“ (insbesondere die Isolierung), sowie die Beschreibung der Änderung eines Meinungsklimas durch das gesellschaftliche Gewicht von bekannten Persönlichkeiten, die wir heute „opinion leaders“ oder Prominente nennen.

Montaigne hat auch erste Ansätze für das Elitekonzept der öffentlichen Meinung angedeutet, indem er die politische Bedeutung der Meinungsführerschaft erkannte und gleichzeitig die Ambivalenz der Demagogie und die schillernde Zwischenbeziehung zwischen Meinungsführer und Staat aufzeigte. Er schrieb dazu, die Redekunst — heute würden wir

sagen: die Medien — seien „ein Werkzeug, das dazu erfunden ist, auf einen großen, ungestümen Haufen zu wirken und ihn nach Gefallen zu lenken“.

Im Mittelpunkt von Montaignes Integrationskonzept steht der Mensch als „Kontrolleur aller Meinungen und Adressat neuer Ansichten“<sup>59</sup>). Das unterscheidet sein Konzept wesentlich von dem elitären Konzept Lenins, Stalins und ihrer Nachfolger. Denn „die Ideologie des Sozialismus“, schreibt Koschwitz, „legt fest, wem die Rolle der progressiven Minderheit zufällt und wer damit zugleich stellvertretend für die gesamte Gesellschaft als der originäre Träger der öffentlichen Meinung fungiert: die sich als Avantgarde der Massen verstehende proletarische Partei.“<sup>60</sup>) Daraus folgert er die bekannte Tatsache: Die sowjetische Medienpolitik ist Teil eines umfassenden und allgegenwärtigen Erziehungs- und Lenkungssystems. Deshalb können die Medien in der Sowjetunion auch nicht mehr sein als „Transmissionsriemen zwischen Partei und Arbeiterklasse zur Verknüpfung des politisch-ideologischen Überbaus mit der ökonomischen Praxis“<sup>61</sup>).

Lenin hat seine Theorie von der Partei neuen Typs auch auf die Presse angewandt. Er gilt als der Schöpfer der Presse neuen Typs, der Medienpolitik des Arbeiter- und Bauernstaates. Seine ursprünglich für die Parteizeitung „Iskra“ erfundene Formel, wonach diese Zeitung „nicht nur ein kollektiver Propagandist und kollektiver Agitator, sondern auch ein kollektiver Organisator“<sup>62</sup>) sein müsse, wurde nach der Revolution auf die ganze sowjetische Presse und später alle Massenmedien übertragen. Die Presse hatte in diesem Sinn zwei Funktionen zu erfüllen: vereinfachen und zurechtbiegen. „Diese zwei Charakteristika — vereinfachte, schon im voraus entworfene und zusammengestellte schematische Bilder und Auswahl und Zurechtbiegung aller Informationen entsprechend der Parteilinie — sind zum Rückgrat der kommunistischen Propaganda und Presse geworden.“<sup>63</sup>) Das erste und wichtigste Prinzip der Presse neuen Typs „ist das der kommunistischen Parteilichkeit . . . Indem er das Prinzip der kommunistischen Parteilichkeit herausstellte, wies Lenin auch auf die Bedingungen hin, die seine Verwirklichung garantieren. Die wichtigste ist — die Leitung der Presseorgane durch die Partei . . . einer der wichtigsten Lehrsätze in der leninschen Lehre von der Parteilichkeit der Presse ist die Forderung, klassengemäß an das Verständnis der Pressefreiheit heranzugehen.“<sup>64</sup>)

<sup>59</sup>) M. Raffel, ebda., S. 59.

<sup>60</sup>) Hansjürgen Koschwitz, Begriff und Funktion der Öffentlichen Meinung im bürgerlichen und sozialistischen Gesellschaftssystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 13/71, S. 21.

<sup>61</sup>) Stalin am 6. 5. 1923, zit. nach Paul Roth, Die kommandierte Öffentliche Meinung, Stuttgart 1982, S. 74 f.

<sup>62</sup>) Iskra, Nr. 4, Mai 1900, dokumentiert in: Lenins Werke, Bd. 5, Berlin (Ost) 1955, S. 9 ff.

<sup>63</sup>) Anton Buzek, Die kommunistische Presse, New York-Frauenfeld (Schweiz) 1965, S. 22.

<sup>64</sup>) W. I. Lenin, KPSS o pecati, Moskau 1970, S. 3 f.

<sup>58</sup>) Vgl. Michael Raffel, Der Schöpfer des Begriffs, „Öffentliche Meinung“: Michel de Montaigne, in: Publizistik, (1984)1–2, S. 49–62 und 50; und Michel de Montaigne, Essais, Paris 1964, Bd. II.

Dieser elitär-totalitären Konzeption liegt die Weltanschauung zugrunde, die im Bewußtsein nur einen „inneren Zustand der Materie“<sup>65)</sup> sieht und infolgedessen die Personhaftigkeit des Menschen gemäß dem Denken des westlichen Kulturkreises ausschließt. Bei der Schaffung des neuen Menschen sollen sich eben auch diese inneren Zustände der Materie wandeln, was einen Wandel der Wertvorstellungen bedeutet. Bei diesem Wertewechsel hat die öffentliche Meinung als Ausdruck des „inneren Zustandes“, als Form und Forum der Begriffe, eine Vorreiterrolle zu spielen.

### 3. Moralischer Nihilismus oder die Selbstermächtigung

Der langjährige sowjetische Geheimdienstchef Jurij Andropow, der 1959 die Desinformation mit einer eigenen Abteilung im KGB institutionalisierte, hat die Unterschiede der sozialen und philosophisch-ideologischen Wirklichkeit in Ost und West mit den Mitteln der Desinformation zu ändern versucht, um durch diesen Wertwandel ein verändertes Bewußtsein zu schaffen. Man darf dabei auch dem späteren Staats- und Parteichef marxistisches Sendungsbewußtsein unterstellen. Denn Moral, Menschlichkeit, Sittlichkeit waren auch für ihn, wie für alle Marxisten, Begriffe, die man in das Kalkül einzu beziehen hatte, die aber letztlich klassenbedingt seien.

Hugh Seton Watson spricht in diesem Zusammenhang von einem „moralischen Nihilismus“<sup>66)</sup>, und Lenin selbst verneint in der Tat jede übergeordnete Moral, wenn er schreibt: „Wir sagen, daß unsere Sittlichkeit völlig den Interessen des proletarischen Klassenkampfes untergeordnet ist. Unsere Sittlichkeit entspringt den Interessen des proletarischen Klassenkampfes. Alles, was für die Sache des Proletariats getan wird, ist ehrbar.“ Und sittlich ist, „was der Zerstörung der alten Ausbeutergesellschaft dient und dem Zusammenschluß aller Werktätigen und dem Proletariat, das die neue kommunistische Gesellschaft errichtet.“<sup>67)</sup>

Festzuhalten wäre: Dieses funktionalistisch-materialistische Prinzip ist das Fundament der Informationsstruktur im Marxismus-Leninismus und auch der Desinformation. Es fordert die Verkehrung und Leugnung metaphysischer Wirklichkeiten beziehungsweise die Umdeutung der gegebenen empirischen Umstände – im Dienst der Revolution oder

einer Sache. Es präsentiert eine Pseudowirklichkeit und erhebt somit die Lüge selbst zum Prinzip des Systems, solange die Wirklichkeit nicht so ist, wie sie nach dem Willen und den Vorstellungen der Marxisten-Leninisten oder der Desinformanten sein soll.

Immerhin gesteht Lenin noch indirekt ein, daß es eine Wahrheit, also eine dem Marxismus-Leninismus fremde Wirklichkeit gibt, wenn er seinem Parteigenossen Tschitscherin in einem Memorandum 1921 schreibt: „Die Wahrheit zu sagen ist eine kleinbürgerliche Gewohnheit.“<sup>68)</sup> Und folgerichtig ist für einen Revolutionär „lügen, überzeugend lügen, nicht nur ein Zeichen von Intelligenz, sondern eine Art Befehl, wenn er damit die Sache der Revolution voranbringen kann“<sup>69)</sup>. Die Sowjets finden es daher nicht unmoralisch, unterstreicht der amerikanische KGB-Experte John Barron, „Desinformationen zu verbreiten, die meistens eine Mischung von Tatsachen, Verzerrungen und Erfindungen, manchmal aber auch von A bis Z Lügen sind“<sup>70)</sup>.

Gerard Radnitzky spricht in diesem Sinn von einer „moralischen Selbstermächtigung“. „Durch den Anspruch auf ein Erkenntnismonopol zerstört die marxistische Lehre jede Argumentationssymmetrie und immunisiert sich: Wer ihr widerspricht, beweist dadurch, daß er sein klassenbedingtes falsches Bewußtsein noch immer nicht überwunden hat. Wer der Lehre nicht zustimmt, der ist . . . unvernünftig oder böswillig. Er lebt in Sünde. Er muß also (zum Beispiel durch eine Art Psychotherapie) zur Vernunft gebracht oder ins GULag gesperrt werden oder beides. Der Sündenfall der Dezentralisierung, wie ihn zum Beispiel freie Gewerkschaften exemplifizieren würden (siehe die polnische Herausforderung), darf bereits deswegen nicht geduldet werden, weil er die Zulassung von Meinungswettbewerb bedeuten würde. Dieses Bewußtsein der Unfehlbarkeit bildet die Grundlage der moralistischen Selbstermächtigung zur Gewalt.“<sup>71)</sup>

Desinformation entpuppt sich insofern auch als ein aus marxistisch-leninistischer Sicht notwendiger voluntaristischer Akt. Er ist der Befehl zur Lüge. Dieser voluntaristische Akt kommt übrigens in dem gebräuchlichen sowjetischen Ausdruck für Desinformationsaktionen zum Vorschein: Aktivnye Meropriatia – Aktive Maßnahmen.

<sup>65)</sup> Zit. nach Gustav A. Wetter, Sowjetideologie heute, Frankfurt-Hamburg 1962, S. 50.

<sup>66)</sup> Zit. nach Robert Conquest, The deeper roots of Disinformation, Vortrag auf dem Symposium in Paris am 5. 12. 1984, S. 1.

<sup>67)</sup> W. I. Lenin, Werke, Bd. 31, S. 281 f.

<sup>68)</sup> Zit. nach Arnaud de Borchgrave, Aspects on disinformation, Vortrag auf dem Symposium in Paris am 6. 12. 1984, S. 7.

<sup>69)</sup> Ebda.

<sup>70)</sup> John Barron, KGB heute, Moskaus Spionagezentrale von innen, Bern-München, S. 249 f.

<sup>71)</sup> Gerard Radnitzky, Die Selbstgefährdung der offenen Gesellschaft, Würzburg 1982, S. 110.

## V. Chancen zur Überwindung

Im voluntaristischen Charakterzug der Desinformation liegt vielleicht auch eine Chance. Er macht es möglich, dieses Instrument des politischen Kriegs zu überwinden oder „auszumustern“. Voraussetzung dafür wäre freilich die Erkenntnis, daß diese Waffe mehr Schaden als Nutzen bringt.

Das gilt zunächst für die inneren Verhältnisse. Unübersehbar ist das Bemühen, mittels mehr Offenheit (Glasnost) die Beziehungen zwischen Elite (Partei) und Masse (Bevölkerung) qualitativ zu verändern im Sinne einer erneuerten Legitimität in der Öffentlichkeit. Dabei geht es nicht nur um eine Renovation, wie sie leninistische Parteien, deren Führungsautorität ins Wanken geraten ist, in der Vergangenheit bereits versuchten. Vielmehr entwickelt sich, wie Daniel Nelson kürzlich beschrieb, in den Führungsschichten kommunistischer Staaten eine „Konstellation, in denen Sachkenntnis und eine gewisse Popularität erforderliche Qualitäten für einen Führungspolitiker sind“<sup>72</sup>). Die Regime kommen ohne Beteiligung der Bevölkerung nicht mehr aus. Diese Hauptvoraussetzung für das Gelingen der Reformen ist zugleich die größte Bedrohung für die kommunistischen Systeme. „Ohne Beteiligung wird kein Bemühen um die Dezentralisierung und Wiederbelebung des Staatssozialismus Früchte tragen; mit Beteiligung laufen derartige Systeme Gefahr, von Kräften überwältigt zu werden, die sie nicht mehr lenken und beschränken können.“<sup>73</sup>) Nelson sieht die Entwicklung schon so weit fortgeschritten, daß die Nomenklatura und der demokratische Zentralismus „wohl kaum je wieder als konzeptionelle Begrenzungen für die Politik derartiger Systeme ausreichen“ werden. Ja, „falls die Parteieliten den entstehenden Pluralismus verwerfen oder versuchen würden, ihn zu unterdrücken, kann eine konflikträchtige Zukunft nicht vermieden werden. Es ist jedoch kein Konflikt, bei dem die herrschenden kommunistischen Parteien in Europa erwarten können, die Oberhand zu behalten.“<sup>74</sup>)

In der Tat sind Ansätze für einen „entstehenden Pluralismus“ zu beobachten. Das reicht von einer Geschichtsglasnost (Behandlung der Nationalitätenfrage oder der Verbrechen Stalins) über eine Gegenwartsglasnost (Mißstände in der Versorgung) bis hin zu einer Zukunftsglasnost durch die öffentliche Erörterung von Menschenrechtsfragen (Psychiatrie-Mißbrauch, Religionsgesetze). Gorbatschow hat in fast allen Bereichen neue Gesetze angekündigt. Was bisher darüber bekannt geworden ist, berechtigt jedoch nicht zu der Annahme, daß diese neuen Gesetze über Glasnost und Perestroika eine Gewaltenteilung, also eine Demokratisierung im westlichen Sinn, zur Folge haben werden. Die fünf Grundwerte des Sozialismus bleiben vorerst unangetastet: Monismus (alle politischen Entscheidungsbefugnisse bleiben in der Hand der

Partei), demokratischer Zentralismus (er sichert die Entscheidungsprozesse von oben nach unten und verhindert die Entstehung einer Opposition), Atheismus, Kollektivismus (er bedingt ein grundsätzlich anderes Verständnis von Menschenrechten) und sozialistisches Eigentum (beziehungsweise Staatseigentum).

Allerdings sind an der Peripherie dieses das System hermetisch abriegelnden Fünfecks Erosionserscheinungen zu beobachten, die möglicherweise den Zerfall des traditionellen Systems nach sich ziehen. So läßt sich nach einer kurzen Analyse der Verfassung und der Reformgesetze für das Justizwesen bereits summarisch sagen, daß die Sowjetunion sich auf dem Weg vom Absolutismus der Partei zu einer sozialistischen Rechtsstaatlichkeit befindet, in der im Bereich des Rechts Staat und Partei getrennt werden. Auch das Recht auf Eigentum findet durch die Hintertür des Religionsgesetzes – noch nicht verabschiedet – Eingang, wenn es in Artikel 18 heißt: „Die religiösen Organisationen haben das Recht auf Eigentum . . . Bauten, Transportmittel und anderen Besitz, der den Zwecken ihrer Tätigkeit entspricht.“<sup>75</sup>) Im Bereich der Menschenrechte „beginnen sich die Verhältnisse . . . zum Besseren zu wenden“, wie Luchterhandt detailliert ausführt, auch wenn die „rechtlich-institutionelle Absicherung dieser Lage noch aussteht“<sup>76</sup>).

Es wäre sicher verfehlt oder verfrüht, schon im jetzigen Stadium den Abschied vom Kommunismus zu verkünden oder wie Sacharow eine „Konvergenz des kapitalistischen und sozialistischen Systems“ zu fordern. Momentan trifft wohl eher die Einschätzung der Wirkung von Glasnost zu, die eine junge russische Intellektuelle dem Verfasser bei dessen Besuch in Moskau Ende Oktober dieses Jahres gab. Sie bezeichnete die psychologischen Folgen von Perestroika und Glasnost als „tragisch“. Denn „jetzt erkennen wir, daß so viele Generationen vor uns umsonst gelebt haben und daß wahrscheinlich auch wir und weitere umsonst leben werden“. Sacharow zieht aus dieser Stimmungslage die Konsequenz: „Das Vertrauen der Menschen zur Perestroika hängt davon ab, ob die Taten und die Worte miteinander übereinstimmen werden . . . Gerade die Glasnost muß im Lande eine neue moralische Atmosphäre schaffen. Die Menschen müssen die Wahrheit wissen und die Möglichkeit haben, ihre Gedanken ungehindert zu äußern. Die verderbliche Lüge, das Verschweigen und die Heuchelei müssen ein für allemal aus unserem Leben verschwinden.“<sup>77</sup>)

<sup>75</sup>) Eugen Voss, Manuskript eines Vortrags in Stuttgart am 16. 9. 1988 über Die russische orthodoxe Kirche nach dem Millennium von 1988, S. 7.

<sup>76</sup>) Otto Luchterhandt, Zum Stand der Freiheitsrechte in den Warschauer-Pakt-Staaten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49/88, S. 26 ff.

<sup>77</sup>) Andrej Sacharow, zit. in: J. Afanassjew (Anm. 38), S. 167.

<sup>72</sup>) Daniel Nelson, in: Europa Archiv, (1988)22, S. 649.

<sup>73</sup>) Ebda., S. 655.

<sup>74</sup>) Ebda., S. 657.

Das ist mit den Maximen Lenins oder den alten Direktiven aus dem Handbuch für angehende Journalisten nur schwer zu bewerkstelligen. Da heißt es zum Beispiel: „Die sowjetische Presse ist auf zwei leninschen Prinzipien errichtet. Erstens auf dem Prinzip der Parteilichkeit, der ideologischen Ausrichtung. Das bedeutet, daß jede beliebige Frage in unserer Presse beleuchtet wird vom Gesichtspunkt der Interessen im Kampf für den Kommunismus, für die Parteilinie. Das widerspricht keinesfalls einer objektiven und wahrhaftigen Wiedergabe der Wirklichkeit, da die Wahrheit auf seiten des Kommunismus ist . . .“<sup>78)</sup> Obsolet sind die Maximen und Direktiven deshalb noch nicht. Gorbatschow selbst definiert die Grenzen von Glasnost, Kritik und Selbstkritik wie folgt: „Eins steht jedoch außer Zweifel — Kritik muß immer parteilich sein und auf der Wahrheit basieren, und das hängt von der Parteilichkeit des Redakteurs ab“, denn ein Artikel sei „eine gesellschaftliche Sache“<sup>79)</sup>. Sacharow dagegen — unwidersprochen: „Das Volk muß wissen, daß man ihm die Wahrheit sagt. Dazu ist es notwendig, die Wahrheit, die ganze Wahrheit, zu sagen und die Worte stets durch Taten zu bekräftigen.“

Inwieweit sich die „ganze Wahrheit“ überhaupt darstellen läßt, sei einmal dahingestellt. Viel wäre schon gewonnen, wenn anerkannt würde, daß es mehr als nur eine Wahrheit gibt. Denn dann würde sich die Desinformation im Sinne Sagers wenigstens

<sup>78)</sup> Hilfe für beginnende Journalisten, Moskau 1964, S. 13.

<sup>79)</sup> Rede von M. Gorbatschow vor Medienpolitikern der UdSSR vom 20. 2. 1987. Ähnlich bei einem Treffen mit Leitern der Massenmedien im Juli 1987.

zur Propaganda entwickeln. Das allerdings setzt voraus, daß die Partei und ihre Führer die sich zaghaft entwickelnde Praxis des Meinungspluralismus auch rechtlich anerkennen und theoretisch anders einordnen als unter Breschnew, wo man von dem „Orchester der Propaganda“ sprach und dabei an den Dirigenten Partei dachte.

Wenn nun Glasnost und Perestroika soviel Wahrheiten — sprich Meinungen — zuließen, daß das Monopol der Macht und der Wahrheit aufgelöst würde, dann würde auch der totalitäre ideologische Anspruch, der in der Desinformation verborgen ist, aufgelöst. Nur: Solange die Entwicklung in der Sowjetunion über die aufgezeigten Ansätze nicht hinausgeht, bleibt es durchaus zulässig, trotz Entspannung auf die anhaltende Aktualität der totalitären Bedrohung aufmerksam zu machen<sup>80)</sup> oder, wie Klaus Hornung die Perestroika als Peredyschka (Atempause) zu interpretieren<sup>81)</sup>. Der von Sacharow geforderte Beweis durch die Tat liegt im Bereich der Desinformation, sprich des ideologischen Kampfes, noch nicht vor. In der auch von ihm gesehenen Alternativlosigkeit oder Unvermeidbarkeit des Umbaus (Perestroika) liegt allerdings auch eine Chance zum graduellen Abbau dieser heimlichen Institution des totalitären Denkens.

<sup>80)</sup> Siehe dazu Karl Dietrich Bracher, Die Aktualität des Totalismusbegriffes, in: Totalitarismus contra Freiheit, Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.), München 1988, S. 19–26.

<sup>81)</sup> Vgl. Klaus Hornung, Gorbatschow und die Deutsche Frage — Der Zwang zur Atempause: Perestroika für Peredyschka, in: MUT vom Dezember 1988, S. 36 f.

## **Jakob Schissler/Christian Tuschhoff: Kognitive Schemata: Zur Bedeutung neuerer sozialpsychologischer Forschungen für die Politikwissenschaft**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53/88, S. 3-13

Dieser Beitrag nimmt seinen Ausgang von dem Paradigmenwechsel, der in der amerikanischen Forschung zur Kognitionspsychologie hin stattgefunden hat. Der zentrale Begriff im gegenwärtig Paradigma ist das sogenannte „Schema“. Das Individuum als aktiv denkender und problemlösender Akteur in sozialen Situationen strukturiert seine Denkbilder nicht hierarchisch. Vielmehr soll angenommen werden, daß bei Informationsverarbeitungsprozessen sowohl allgemeine Regeln als auch spezifische Erfahrungen anhand des aktuellen Kontextes gemischt werden. Diesem sozialpsychologischen Ansatz kommt eine große Bedeutung in der Modellbildung der Informationsverarbeitungswissenschaft (künstliche Intelligenz) zu. Die wichtigsten Fortschritte in beiden Disziplinen sind in den letzten Jahren durch wechselseitige Beeinflussung erzielt worden.

Für den Forschungsstand in der Bundesrepublik zur Sozialpsychologie und zur Politischen Psychologie ist zu konstatieren, daß die neueren Ansätze äußerst unzulänglich repräsentiert sind. In der amerikanischen Politikwissenschaft zeigt der Paradigmenwechsel erste empirische Ergebnisse sowie eine interpretative Umorientierung auf Forschungsfeldern wie Einstellungs- und Ideologieforschung, öffentliche Meinung, Wahlen und außenpolitische Entscheidungsfindung. Mit Hilfe von Schemata können Stereotypen, Vorurteile und Feindbilder in ihrer Bedeutung für politische Entscheidungen neu interpretiert werden.

Der vorliegende Beitrag stellt einen Bericht über den Stand der Forschung dar und will mit den grundlegenden Prämissen des neuen Paradigmas vertraut machen. Untermauert kann dieser Ansatz freilich nur dann werden, wenn es gelingt, seine vorwiegend theoretischen Konstrukte durch empirische Feldforschung abzustützen.

## **Eva Senghaas-Knobloch: Zur politischen Psychologie internationaler Politik**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52-53/88, S. 14-23

Durch die Friedensbewegung hat die psychologische Dimension in der Auseinandersetzung über Friedens- und Sicherheitspolitik einen neuen Stellenwert erhalten. Die Friedens- und Konfliktforschung wird dadurch genötigt, erneut in eine Debatte über die Bedeutung des subjektiven Faktors in sozialen und politischen Konflikten einzutreten. Psychologische Theorien zum Ost-West-Konflikt kommen nicht ohne politische Wertungen aus, und politikwissenschaftliche Analysen beinhalten oft alltagspsychologische Annahmen. Diese impliziten Anleihen bei anderen Disziplinen werden selten explizit gemacht.

In diesem Beitrag wird für eine situationsspezifische Beachtung psychologischer Sachverhalte plädiert. Insbesondere wird der Unterschied zwischen innergesellschaftlichen und internationalen Konflikten herausgestellt. Die kontextspezifischen Merkmale der internationalen Beziehungen stellen zum Beispiel die handelnden Personen vor Herausforderungen, die davon abhängig sind, ob die Akteure eine staatliche Vertretungskompetenz wahrnehmen oder zur großen Gruppe der Menschen gehören, die keine außenpolitischen Entscheidungsträger sind. Es gilt zu erkennen, auf welche Weise situationstypische Anforderungen und institutionelle Gegebenheiten mit individuellen Charakteristika und sozial-psychologischen Mechanismen zusammenwirken. Ein solches Zusammenspiel wird beispielhaft an der Kubakrise von 1962 nachgezeichnet. Vergleichbare Überlegungen werden auch über aktuelle psychoanalytisch orientierte Ansätze zum Verständnis der Abschreckungspolitik angestellt. Die Analyse mündet in ein Plädoyer zur Stärkung von internationalen Organisationen als überstaatlichen und interkulturellen Erfahrungsräumen.

### **Udo Margedant: Feindbilder sozialistischer Erziehung in der DDR**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/88, S. 24–33

In der gegenwärtigen Phase eines allmählichen Abbaus von Vorurteilen, Ängsten und Feindbildern stellt sich die Frage, ob das flexiblere Auftreten der DDR-Führung nach außen eine Entsprechung im Inneren findet.

Das einheitliche Bildungswesen in der DDR dient der Erziehung zur „allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit“. Dabei wird mit innerer Stringenz die Auseinandersetzung mit dem ‚Klassenfeind‘ verfolgt. Der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ und deren behaupteter Überlegenheit wird die „untergehende kapitalistische“ kontrastierend entgegengesetzt.

In den Schulbüchern, den Lehrplänen, den Unterrichtshilfen und den Fachzeitschriften für Pädagogik, Geschichte und Staatsbürgerkunde wird bis in die Gegenwart unverändert plakativ in Schwarzweißmalerei ein Feindbild gezeichnet, das die „bürgerliche Klasse“ in den westlichen Staaten mit den Attributen des aggressiven, imperialistischen, monopolkapitalistischen Feindes belegt.

In dem Beitrag wird das Feindbild bei der Erziehung zur sozialistischen Persönlichkeit in den Lehrplänen und Unterrichtswerken für die Fächer Wehrkunde, Geschichte und Staatsbürgerkunde umrissen.

### **Jürgen Liminski: Desinformation – Ein Relikt des Kalten Krieges?**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 52–53/88, S. 34–46

Die Feindbild-Diskussion hat Konjunktur. Vor allem im Ost-West-Verhältnis werden – vorwiegend publizistisch – Feindbilder abgebaut. Die politische Entspannung fordert ein entsprechendes politisches Bewußtsein. Angesichts der grundverschiedenen Informationsstrukturen in Ost und West und der damit verbundenen Funktionen der Träger der jeweiligen „öffentlichen Meinung“ stößt diese Forderung trotz Glasnost rasch an Systemgrenzen. Dies um so mehr, wenn die Feindbilder ideologisch verwurzelt sind und das gegenseitige Verständnis durch verschiedene Weltbilder und Kulturansprüche erschwert wird, wie sie in Theorie und Praxis der politischen Desinformation zutage treten. Hinzu kommt: Desinformation spielt sich zwar vorwiegend in offenen Gesellschaften und ihren offenen Informationsräumen ab, sie wird aber nicht nur im Osten ersonnen. Es gibt ein hausgemachtes, westliches Element, die Autodesinformation. Deshalb ist es ratsam, zunächst den Versuch zu unternehmen, die komplexen Begriffe zu klären und die Handlungsweise von Desinformations-Strategien zu erläutern. Erscheinungsweisen, Definition, Mittel und Methoden der Desinformation sind einige der zu klärenden Begriffe. Während im westlichen Ausland, insbesondere in Frankreich und in den USA, die politische Bedeutung von Desinformationspraktiken erkannt ist, scheint dieses Problem im deutschsprachigen Raum erst langsam im politischen Bewußtsein Platz zu greifen.